



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

5

Mai 1991

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

43. Jahrgang · Mai 1991

ISSN 0934—6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 971,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 9105



Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Nutzungsmöglichkeiten und -grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer für Wirtschaftsstrukturanalysen	249
	Die Hellwegzone des Ruhrgebietes	268
Volkszählung 1987	Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigkeit	257
Wahlen	Wählerverhalten bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990	275
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Stromerzeugung 1990	285
	Auftragseingänge in der Industrie im März 1991	285
Handwerk	Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im vierten Quartal 1990	256
Handel	Umsätze im Großhandel im Februar 1991	256
Geld und Kredit	Insolvenzen im ersten Quartal 1991	285
Preise, Löhne und Gehälter	Preisindex für die Lebenshaltung im April 1991	286
	Verdienste der Angestellten und Industriearbeiter im Januar 1991	285
Fremdenverkehr	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Februar 1991	285
<hr/>		
	Tabellenteil	289
	Zahlenspiegel	298

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Nutzungsmöglichkeiten und -grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer für Wirtschaftsstrukturanalysen

Neben der Aufgabe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die konjunkturelle Situation abzubilden, ist es eine ihrer wichtigsten Funktionen, Daten über die Wirtschaftsstrukturen bestimmter Gebiete bereitzustellen. Die Daten sollen den Strukturwandel der Wirtschaft erkennen lassen, über die Bedeutung ganz bestimmter Wirtschaftsbereiche in einem Gebiet informieren, Aufschluß über die Besetzung eines Gebietes mit wachstumsstarken und wachstumsschwachen Wirtschaftsbereichen geben sowie Vergleiche mit der Wirtschaftsstruktur anderer Gebiete ermöglichen.

Für Strukturanalysen ist es sehr wichtig, daß die Daten in möglichst feiner Wirtschaftsbereichsgliederung vorliegen. Denn oft treten nur auf diese Weise strukturelle Besonderheiten hervor. Hinsichtlich der verfügbaren Wirtschaftsbereichsgliederung der Daten haben die Datennutzer vielfach falsche Vorstellungen. Da ihnen bekannt ist, daß die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein differenziertes System volkswirtschaftlicher Größen darstellen, neigen sie dazu, eine allen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Tiefengliederung zu unterstellen. Darüber hinaus sind die Datennutzer sich zum Teil nicht über die den Ergebnissen zugrundeliegenden Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im klaren. Die Kenntnis dieser Konzepte kann in bezug auf die Einschätzung der Eignung des Datenmaterials für die vorgegebenen Analysezwecke von Bedeutung sein.

In der Praxis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer stoßen die Datenwünsche daher nicht selten an Grenzen, die die Bereitschaft zu Kompromissen notwendig machen. Ziel der folgenden Ausführungen ist es, die Möglichkeiten der Datennutzung für sektorale

Regionalanalysen überschaubar zu machen. Dabei wird vor allem auf Aspekte der Wirtschaftsbereichsgliederung auf Länder- und Kreisebene sowie auf konzeptionelle Einflüsse und die Verfügbarkeit langer Zeitreihen eingegangen. Gleichzeitig wird auf die in Kauf zu nehmenden Einschränkungen aufmerksam gemacht und durch Erläuterung der Hintergründe das Verständnis des Datennutzers für die Datenpraxis gefördert.

Gliederung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Gliederung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen leitet sich aus einer Grundsystematik ab, der sogenannten „Systematik der Wirtschaftszweige“. Sie wird in großen Zeitabständen immer wieder überarbeitet. Diese Systematik wurde erstellt, um „wirtschaftliche Institutionen möglichst einheitlich in allen hierfür in Betracht kommenden Statistiken nach bestimmten Merkmalen... zu ordnen“¹⁾. Das bedeutet, daß alle amtlichen Statistiken, die Angaben nach wirtschaftlichen Institutionen erheben und aufbereiten, sich auf diese Systematik gründen. In ihrer tiefsten Gliederung umfaßt sie über tausend Positionen. Für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Wirtschaftsbereiche zu ca. 100 Bereichen (s. Übersicht S. 288) zusammengefaßt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Ergebnisse in der Bundes- und in der Länderrechnung meist auf dieser untersten Stufe der Systematik berechnet. Die Ergebnisse werden jedoch nicht in dieser Tiefe herausgegeben. Unabhängig von einer anschließenden Veröffentlichung wird davon ausgegangen, daß eine Schätzung nach stark differenzierten Wirtschaftsberei-

chen den strukturellen Verhältnissen besser Rechnung tragen kann als eine Schätzung auf der Grundlage einer groben Gliederung. Außerdem bietet eine tiefe Berechnung bessere Ansatzmöglichkeiten zur Prüfung der Ergebnisse. Unplausibel erscheinende Daten lassen sich hierdurch schnell eingrenzen. Für die Länderrechnung kommt noch ein weiterer wichtiger Grund hinzu. Er hat mit dem in der Länderrechnung angewendeten Verfahren der Abstimmung aller Länderwerte auf die Bundeswerte (Koordinierung) zu tun. Dabei ist für einen übergeordneten Wirtschaftsbereich die Fehlerwahrscheinlichkeit geringer, wenn man die koordinierten Länderwerte der tiefgegliederten Unterbereiche aggregiert, anstatt die Werte des übergeordneten Bereichs direkt zu koordinieren.

In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt es verschiedene übergeordnete Ebenen, zu denen die Wirtschaftsbereiche der untersten Stufe zusammengefaßt werden können. Dabei werden vor allem drei Aggregationsebenen unterschieden, und zwar Ebenen mit 35, 11 und 5 Wirtschaftsbereichen (s. Übersicht S. 289).

Freigabeverfahren in der Länderrechnung

Auf welcher Ebene die Ergebnisse an die Datennutzer weitergegeben oder veröffentlicht werden, hängt davon ab, wie die Qualität der Ergebnisse eingeschätzt wird. Für die Länderrechnung entscheidet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ über die Freigabe der Ergebnisse. Da die Qualität der Datenbasis bei den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oft sehr unterschiedlich ist, wird im Arbeitskreis über die Freigabetiefe der Daten für jedes einzelne Aggregat entschieden.

1) Vgl. Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979, Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S. 7.

Nun besteht aber das Problem, daß die Ergebnisqualität nicht nur von Aggregat zu Aggregat, sondern auch zwischen den Ländern variiert. Zwar werden die Berechnungsmethoden für alle Länder einheitlich angewandt, doch weichen Struktur und Größe der Länder zum Teil stark voneinander ab. Dadurch ist z. B. bei den kleineren Ländern allein aufgrund der geringeren Besetzung mit Berichtseinheiten ein Fehlerausgleich, wie er bei größeren Ländern erwartet werden kann, weniger wahrscheinlich. Daher kann es sein, daß die Qualität der Ergebnisse auf einer bestimmten Ebene der Wirtschaftsbereichsgliederung für ein Land oder auch mehrere Länder als nicht mehr ausreichend angesehen wird.

Aus diesem Grunde arbeitet der Arbeitskreis mit einer gespaltenen Freigaberegulierung. Danach wird zunächst für ein Aggregat die tiefste Wirtschaftsbereichsebene festgelegt, auf der alle Länder einen Nachweis ihrer Ergebnisse noch für vertretbar halten. Das schließt den Nachweis der Ergebnisse für alle übergeordneten Ebenen mit ein. Diese Regelung wird als „Allgemeine Freigabe“ bezeichnet. Sie erlaubt die Darstellung und Kommentierung der Ergebnisse im Ländervergleich. Darüber hinaus werden meist auf einer darunterliegenden Aggregationsebene die Ergebnisse „für das eigene Land“ freigegeben. D. h., daß z. B. das LDS in dieser Tiefe nur die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen und das Bundesgebiet, bzw. die Ergebnisse für andere Länder nur mit deren ausdrücklicher Zustimmung, herausgeben darf. Alle Zahlen unterhalb dieses Aggregationsniveaus dürfen von den statistischen Landesämtern nur für interne Zwecke verwendet werden. Klare und einvernehmliche Vereinbarungen über die Freigabetiefe der Ergebnisse der anderen Länder sind auch erforderlich, weil jedes Land nicht nur über die Ergebnisse für das eigene Gebiet, sondern auch über

sämtliche Ergebnisse der anderen Länder verfügt. Dies bringt die innerhalb des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ praktizierte Arbeitsteilung mit sich, nach der jedes Land für das von ihm übernommene Aufgabengebiet die Berechnungen für alle Länder durchführt.

Bei der Entscheidung über die Freigabetiefe der Länderwerte orientiert sich der Arbeitskreis an den nachgewiesenen Wirtschaftsbereichsgliederungen der Bundeswerte. Das bedeutet nicht, daß der Arbeitskreis diese Gliederungen ebenfalls nachweist. Er

gibt vielmehr seine Ergebnisse meist auf der gegenüber der Bundesrechnung nächsthöheren Aggregationsstufe frei. Dieses Vorgehen wird damit begründet, daß die Bundesrechnung aufgrund ihrer besseren Datenbasis im Nachweis ihrer Werte wirtschaftssystematisch tiefer gehen kann als die Länderrechnung.

Freigabetiefe der Wirtschaftsbereiche

Die Übersicht zeigt für die verschiedenen Aggregate eine differenzierte Festlegung der Freigabetiefe der Wirt-

Tiefste freigegebene Wirtschaftsbereichsgliederung für originär berechnete Länderwerte ausgewählter Aggregate		
Aggregat	Freigabetiefe der Länderwerte nach der Anzahl bzw. Bezeichnung der Wirtschaftsbereiche	
	allgemein	für das eigene Land
Bruttoproduktionswert, Vorleistungen	11	35
Bruttowertschöpfung nominal und real	11	35
Abschreibungen	11	11
Produktionsteuern abzügl. Subventionen	5 (zusätzl. Verarbeitendes Gewerbe)	11
Brutto- und Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	5 (zusätzl. Verarbeitendes Gewerbe)	11
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Bruttolohn- und -gehaltsummen (Inlandskonzept)	10	34
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Inlandskonzept)	insgesamt	8
Bruttoanlageinvestitionen (neu), untergliedert nach Ausrüstungen und Bauten; nominal und real	5 (zusätzl. Verarbeitendes Gewerbe, bei den Bauten auch Wohnungsvermietung)	11 (Energiewirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe: wie in der 35iger-Gliederung)
Anlagevermögen	Unternehmen, gewerbl. Bereich, Verarbeitendes Gewerbe, Wohnungsvermietung, Staat einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck	9
Erwerbstätige, Arbeitnehmer, Selbständige (Inlandskonzept)	10	34

schaftsbereiche. Für einen Großteil der Aggregate sind die Ergebnisse allgemein in der 11er-Gliederung und für das eigene Land in der 35er-Gliederung freigegeben. Bei den Arbeitnehmerinkommen und den Bezugsgrößen Erwerbstätige, Arbeitnehmer und Selbständige werden nur 10 bzw. 34 Wirtschaftsbereiche nachgewiesen, weil hier für den funktional abgegrenzten Bereich „Wohnungsvermietung“ keine Ergebnisse anfallen. Auf der Ebene der 35 Bereiche sind die Länder nicht starr an den Nachweis jedes einzelnen Bereichs gebunden. Hier haben die Länder die Möglichkeit, je nach Qualität der Ergebnisse Bereiche zusammenzufassen oder aber eine weitere Untergliederung bedeutender Bereiche (Zusammenfassungen auf der untersten Stufe der Systematik) vorzunehmen.

Die geringe Freigabetiefe der Produktionsteuern abzüglich Subventionen und damit der Wertschöpfung zu Faktorkosten erklärt sich daraus, daß die Produktionsteuern und Subventionen wegen ihrer schwachen Datenbasis nur nach 11 Wirtschaftsbereichen berechnet werden. Auch das Anlagevermögen und die daraus abgeleiteten Abschreibungen werden aus methodischen Gründen nicht in der sonst üblichen tiefen Wirtschaftsbereichsgliederung ermittelt. Bei den Ergebnissen des Anlagevermögens für das eigene Land (Freigabe nach neun Bereichen) sind gegenüber der 11er-Gliederung die Bereiche Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefaßt. Außerdem sind die Bereiche Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen nicht getrennt freigegeben.

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dem Inlandskonzept werden als Differenz aus der Nettowertschöpfung und dem Bruttoeinkommen aus unselbständi-

ger Arbeit ermittelt. In dieser Differenz können sich die Fehler, die bei der Berechnung der Nettowertschöpfung und der Bruttoeinkommen entstanden sind, kumulieren. Aufgrund des hohen Unsicherheitsbereichs sind daher die Werte der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Ländervergleich nur unaufgegliedert freigegeben. Die einzelnen Länder können für ihr Gebiet die Zahlen auf der Ebene der elf Bereiche weitergeben. Da die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur im Unternehmenssektor erwirtschaftet werden und die Wohnungsvermietung mit dem Bereich „sonstige Dienstleistungen“ zusammengefaßt ist, reduziert sich die Zahl der nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche auf acht.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind im Produzierenden Gewerbe für das eigene Land besonders stark untergliedert, weil dieser Bereich datenmäßig am besten abgesichert ist. Allerdings sind nur neue Anlagen in dieser Tiefe freigegeben. Die um den Saldo aus ge- und verkauften gebrauchten Anlagen korrigierten Investitionen können wegen der ungünstigen Datenlage nur für die beiden Sektoren Unternehmen (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und Staat nachgewiesen werden.

Bereichsgliederung der Fortschreibungsergebnisse

Die Länderdaten sind nicht in der im vorigen Abschnitt vorgestellten Freigabetiefe bis zum jeweils aktuellen Berichtsjahr verfügbar. Die bisherige Darstellung bezieht sich auf die originär berechneten Werte. Sie sind das Ergebnis fundierter Berechnungen, für die das erforderliche Datenmaterial erst lange Zeit nach dem Berichtsjahr vorliegt. Um die Zeit bis zur Vorlage originär berechneter Werte zu überbrücken, werden für die wichtigsten Aggregate Fortschreibungen mit Hilfe geeignet erscheinender Indika-

toren durchgeführt²⁾. Wie unmittelbar einleuchtet, können die fortgeschriebenen Ergebnisse nicht die Qualität der Originärdaten erreichen. Dem größeren Fehlerspielraum wird dadurch Rechnung getragen, daß die fortgeschriebenen Werte nur für stark zusammengefaßte Wirtschaftsbereiche oder sogar unaufgegliedert nachgewiesen werden.

Zweifellos wäre es vorteilhafter, wenn die fortgeschriebenen Ergebnisse in tieferer Untergliederung vorlägen. Doch ist zu bedenken, daß es für Strukturuntersuchungen nicht so sehr auf die aktuellen Ergebnisse ankommt. Denn man kann davon ausgehen, daß sich die Strukturen normalerweise kurzfristig nicht wesentlich ändern.

Bereichsgliederung der Kreisergebnisse

Mit zunehmender regionaler Tiefe nimmt das Angebot an geeigneten laufenden Ausgangsdaten und damit die Qualität der Berechnungsergebnisse ab. Dies macht Einschränkungen in der Tiefe der nachgewiesenen Wirtschaftsbereiche wie auch in der Anzahl der Aggregate, für die Ergebnisse berechnet werden, erforderlich. Alle Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise werden nicht direkt, sondern mit Hilfe regionaler, nach Wirtschaftsbereichen differenzierter Schlüsselwerte aus den originär berechneten Landesergebnissen abgeleitet. Für die Herausgabe werden die Ergebnisse der Rechenbereiche stark aggregiert, um die entstandenen Schätzfehler zumindest teilweise auszugleichen.

Bundesweit werden Ergebnisse der kreisfreien Städte und Kreise nur für die Bruttowertschöpfung zu Markt-

2) Vgl. F. Kohlhuber, „Zielsetzung, Methode und Grenzen aktueller Berechnungen zum Wirtschaftswachstum“, in: Bayern in Zahlen, Heft 3/1990, S. 94 ff.

preisen und zu Faktorkosten berechnet. Dabei wird die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen auf der Ebene der fünf Bereiche veröffentlicht. Zusätzlich wird das Verarbeitende Gewerbe als „darunter“-Position des Produzierenden Gewerbes herausgestellt. Demgegenüber werden die Ergebnisse der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten aufgrund der schwachen Datenbasis der Produktionsteuern und besonders der Subventionen³⁾ nur unaufgegliedert bekanntgegeben.

Über die Bruttowertschöpfung hinaus werden für Nordrhein-Westfalen noch weitere Aggregate nach kreisfreien Städten und Kreisen berechnet. Wirtschaftssystematische Untergliederungen kommen bei dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inlandskonzept) und den Bruttoanlageinvestitionen in Frage. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit als Bestandteil der Wertschöpfung werden in derselben Gliederung wie die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen veröffentlicht; die Bruttoanlageinvestitionen nur in der Dreiteilung „Produzierendes Gewerbe, sonstige Unternehmensbereiche, Staat“.

Hierdurch wird deutlich, daß für den Nutzer, der die Wirtschaftsstrukturen unterhalb der Landesebene analysieren will, die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kaum ausreichen dürften. Sie können ihm allenfalls zu einer ersten Orientierung dienen.

Vergleich mit der Bundesrechnung

Die Bundesrechnung kann aufgrund ihrer besseren Datenbasis erheblich über das Programm der Länder hinausgehen. Dies betrifft vor allem die wirtschaftlichen Vorgänge mit der übrigen Welt – deren Erfassung den

Bundesländern wegen ihrer offenen Grenzen meist nicht möglich ist – wie auch eine starke Detaillierung der Positionen in der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung⁴⁾.

Nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Aggregate werden auf Bundesebene in feinerer Untergliederung als auf Landesebene veröffentlicht. Bei allen in Übersicht 2 dargestellten Aggregaten werden die Ergebnisse nach fast 60 Wirtschaftsbereichen herausgegeben. Ein Vergleich der Gliederungen zeigt, daß sich die tiefere wirtschaftssystematische Unterteilung in erster Linie auf das Verarbeitende Gewerbe konzentriert. Bei diesem Bereich ist – wie bei verschiedenen anderen Bereichen auch – die Bundesrechnung in der günstigen Situation, die für ihre eigenen Zwecke erhobenen Daten aus der Kostenstrukturhebung als Hauptfeiler der Berechnungen zur Verfügung zu haben. Für die Länderrechnung ist diese Datenquelle nicht so gut geeignet, weil sie nicht für die Länder repräsentative Ergebnisse und statt Ergebnissen für örtliche Einheiten nur Unternehmensergebnisse liefert⁵⁾.

Die Bundesrechnung weist die Ergebnisse nach etwa 60 Wirtschaftsbereichen seit Ende der 70er Jahre nach. Damals erfolgte eine Ausweitung auf Wunsch von fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten, die im Auftrag der Bundesregierung eine Strukturberichterstattung aufbauten⁶⁾. Der Erfüllung dieses Wunsches kam entgegen, daß zu dieser Zeit die Berechnungen durch die Um-

stellung des Systems der Statistiken im Produzierenden Gewerbe auf eine bessere Datengrundlage gestellt werden konnten.

Verfügbarkeit langer Zeitreihen

Zur Analyse des Strukturwandels ist es wichtig, über Datenmaterial für große Zeiträume verfügen zu können. Dabei müssen die Zahlen über den gesamten betrachteten Zeitraum vergleichbar sein. Die Vergleichbarkeit innerhalb der Zeitreihen wird jedoch durch den Übergang auf neue Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, neue Rechenverfahren, neues Ausgangsmaterial usw. immer wieder erheblich gestört. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, werden Revisionen durchgeführt, bei denen die Ergebnisse für die zurückliegenden Jahre den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Oft ist eine Rückrechnung für weit zurückliegende Jahre nur rein schematisch mit Hilfe eines mathematischen Verfahrens möglich, das zwar eine äußerliche Angleichung, aber kaum noch aussagefähige Ergebnisse erzeugt. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hält zur Zeit vergleichbare Zeitreihen ab 1970 für vertretbar. Auch im Rahmen der bevorstehenden Revision werden wieder Länderergebnisse von diesem Berichtsjahr an erstellt und nachgewiesen.

Anders ist die Situation auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise. Hier reichen die Zeitreihen nicht so weit zurück. Für die von allen Ländern ermittelte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten der kreisfreien Städte und Kreise gibt es vergleichbare Werte erst ab Berichtsjahr 1980. Dies wird von den Datennutzern sehr bedauert. Nicht selten versuchen sie, behelfsmäßige Schätzungen für weiter zurückliegende Jahre selbst vorzunehmen. Hiervon muß jedoch dringend abgeraten werden,

3) Vgl. Treeck, Hans Jürgen, „Zusammenhang zwischen dem Brutto- und dem Nettoinlandsprodukt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer“, Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1990, S. 654.

4) Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen; Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

5) Trotz der Nachteile der Kostenstrukturhebungen für die Verwendung in der Länderrechnung sind Berechnungsverfahren entwickelt worden, die die Daten der Kostenstrukturhebung im Produzierenden Gewerbe bestmöglich nutzen.

6) Vgl. Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Zehn Jahre Strukturberichterstattung, in Wirtschaft und Statistik, 10/87, S. 763 ff.

weil aufgrund verschiedener damaliger konzeptioneller und datenmäßiger Änderungen eine sinnvolle Anpassung ausgeschlossen ist. Eigene Schätzungen der Nutzer würden nur zu falschen Schlußfolgerungen über die regionalen Entwicklungen führen.

Für das Bundesgebiet revidiert das Statistische Bundesamt seine Ergebnisse regelmäßig bis 1960 zurück. Darüber hinaus hat es lange Reihen mit reduzierter Wirtschaftsbereichsgliederung und eingeschränktem Merkmalsprogramm für die Jahre ab 1950 berechnet und veröffentlicht⁷⁾.

Einfluß des Schwerpunktkonzepts

Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen wird auch durch die Wahl des Konzepts beeinflusst, nach dem der wirtschaftliche Schwerpunkt der Darstellungseinheiten festgelegt wird. Wegen der multi-regionalen Tätigkeit vieler Wirtschaftseinheiten kann in der Länderrechnung nicht wie in der Bundesrechnung das Unternehmen als Darstellungseinheit zugrunde gelegt werden. Um die Werte der Mehrbetriebsunternehmen regional richtig abzugrenzen, müssen die Berechnungen auf Angaben für örtliche Einheiten aufbauen. Dabei wäre zu erwarten, daß die örtlichen Einheiten wirtschaftssystematisch ihrem eigenen Schwerpunkt zugeordnet werden, wie es in den Fachstatistiken üblich ist. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Zweigbetriebe von Mehrbetriebsunternehmen erhalten in jedem Fall den wirtschaftlichen Schwerpunkt des zugehörigen Unternehmens, und zwar unabhängig davon, ob der Zweigbetrieb eine andere Tätigkeit ausübt als das Gesamtunternehmen. Denn nur so ist eine Abstimmung der Länderwerte nach Wirtschaftsbereichen auf die entsprechenden Bundeswerte

sinnvoll. Vergleicht man die nach diesem Konzept ermittelten Ergebnisse mit denjenigen, die vom Betriebschwerpunkt ausgehen, so stellt man in der Regel mehr oder weniger starke Abweichungen fest⁸⁾. Das Ausmaß der Abweichungen hängt von der Tiefe der Wirtschaftsbereichsgliederung wie auch von der Größe der betrachteten Region ab. Neben dem formalen Aspekt der Koordinierung auf die Bundeswerte läßt sich das Schwerpunktkonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder zwar auch inhaltlich begründen: „... für die Zukunftsaussichten z. B. eines Maschinenbaubetriebes, der zu einem Automobilunternehmen gehört und ihm zuliefert, ist weniger die Entwicklung des Maschinenbaus als vielmehr die des Straßenfahrzeugbaus entscheidend“⁹⁾. Doch hat dieses Konzept den Nachteil, daß der Datennutzer unter Umständen ein verzerrtes Bild erhält, wenn er soweit wie möglich richtige und differenzierte Informationen über die branchenmäßige Zusammensetzung der regionalen Wirtschaft braucht. Aus diesem Grunde fordert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Gutachten¹⁰⁾, das Konzept der Zuordnung zum Unternehmensschwerpunkt zugunsten des Betriebsschwerpunktkonzepts aufzugeben.

Zusätzlich zu dem allgemeinen Fehlerproblem der Daten trägt diese konzeptionelle Besonderheit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder dazu bei, daß die Ergebnisse nicht in der Tiefengliederung her-

ausgegeben werden, in der sie berechnet werden. Das gilt vor allem auch für die häufig gewünschte weitere Untergliederung des Verarbeitenden Gewerbes bei den Kreisberechnungen.

Eigentümerkonzept – Nutzerkonzept

Für den Datennutzer ist es sehr wichtig zu wissen, daß die Höhe der Investitionsergebnisse in den einzelnen Wirtschaftsbereichen davon abhängt, nach welchem Kriterium die Investitionen den Bereichen zugeordnet worden sind. Nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem Wirtschaftsbereich nur diejenigen Investitionen nachgewiesen, die sich im Eigentum der Wirtschaftseinheiten dieses Bereichs befinden (Eigentümerkonzept). Nicht berücksichtigt werden demnach die von den Wirtschaftseinheiten gemieteten und gepachteten Investitionsgüter (Leasing-Güter). Für die Wirtschaftsanalyse ist es dagegen von besonderem Interesse, mit welchem Kapitaleinsatz die Wirtschaftsleistung in den Bereichen erstellt worden ist, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Zur Ermittlung der das eingesetzte Kapital repräsentierenden Investitionen eines Bereichs müßten die sich im Eigentum der Wirtschaftseinheiten dieses Bereichs befindenden selbstgenutzten Investitionsgüter und die im Produktionsprozeß eingesetzten Leasing-Güter zusammengefaßt werden. Eine Zuordnung der Investitionsgüter nach diesem sog. „Nutzerkonzept“ würde aufgrund der erheblichen Dimensionen des Leasinggeschäfts zu einer deutlichen Verschiebung der Investitionswerte zwischen den Wirtschaftsbereichen führen, und zwar vor allem zwischen dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich. Dies erklärt sich daraus, daß die Leasing-Unternehmen

7) Vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S. 7, lange Reihen, 1950 bis 1984; Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

8) Vgl. Prof. Dr. W. Gerß „Wirtschaftssystematische Zuordnung von Unternehmen und Betrieben in der regionalen Sozialproduktsberechnung“ sowie „Ein alternatives Konzept der regionalen Sozialproduktsberechnung“ in: Stat. Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 4/1985, S. 217 ff. bzw. Heft 7/1985, S. 463 ff.

9) B. Struck, „Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, in: Stat. Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 7/1990, S. 154.

10) Vgl. „Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland“, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Gutachten im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin, Februar 1987, S. 24.

von ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt her vornehmlich dem Dienstleistungssektor angehören, die verleasten Güter jedoch zum großen Teil von den produzierenden Wirtschaftseinheiten genutzt werden¹¹⁾. Die Verschiebungen würden sich analog bei den Abschreibungen zeigen und sogar auf die Bruttowertschöpfung auswirken¹²⁾. Die Berechnung von Ergebnissen nach dem Nutzerkonzept setzt die Erhebung von Angaben über den Wert der von anderen Unternehmen gemieteten und gepachteten Anlagegüter voraus. In die Statistiken im Produzierenden Gewerbe ist diese Position mittlerweile einbezogen. Für den Dienstleistungsbereich werden solche Daten erst im Rahmen der geplanten laufenden Dienstleistungsstatistik zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.

Aussagefähigkeit von Produktionswerten und Vorleistungen

Die nachgewiesenen Produktionswerte und Vorleistungen beziehen sich im allgemeinen auf Güter, die am Markt verkauft oder erworben worden sind. Das hat zur Folge, daß die in einem Unternehmensteil produzierten und z. B. zur Weiterverarbeitung an einen anderen Teil dieses Unternehmens gelieferten Güter nicht als Produktionswert bzw. Vorleistungen in die Berechnungen einbezogen werden. Würden die Teile des Unternehmens dagegen rechtlich selbständige Einheiten darstellen, dann müßten die Transaktionen als Produktionswerte und Vorleistungen berücksichtigt werden. Die Höhe der ausgewie-

senen Produktionswerte und Vorleistungen eines Wirtschaftsbereichs hängt aus diesem Grunde stark von der Organisationsstruktur der Wirtschaftseinheiten ab. Daher ist der Vergleich eines Wirtschaftsbereichs über verschiedene Gebiete wie auch die Analyse der Bruttoproduktions- oder der Vorleistungsstruktur der Wirtschaft eines Gebietes mit diesen Daten ohne zusätzliche Informationen über die Größe der Unternehmen, die Existenz von Zweigbetrieben usw. wenig sinnvoll. Zeitliche Änderungen von Bruttoproduktionswert und Vorleistungen müssen nicht das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Sie können durch Auslagerung von Produktionsbereichen als selbständige Wirtschaftseinheiten oder durch Unternehmenskonzentrationen hervorgerufen worden sein.

Bruttoproduktionswert und Vorleistungen sind eigentlich nur Hilfsgrößen zur Ermittlung der Wertschöpfung. Zur Berechnung der Wertschöpfung ist es unerheblich, ob die Lieferungen zwischen selbständigen oder nichtselbständigen Einheiten stattfinden. Da der Produktionswert der einen Einheit die Vorleistungen der anderen darstellt, saldieren sich die Werte. Es handelt sich um „durchlaufende“ Posten.

Demgegenüber werden bei der Input-Output-Rechnung, die funktional nach Produktionsbereichen abgegrenzt ist, alle Produktions- und Vorleistungsströme einbezogen; sowohl die über den Markt gehenden wie auch die firmeninternen Ströme. Solche Daten sind jedoch für die meisten Länder nicht verfügbar (s. u.).

Nachweis von Produktionsverflechtungen

Der Datennutzer, der auf das sektorale Datenmaterial der Entstehungs- und Verwendungsrechnung zurückgreift, arbeitet mit Zahlen, die auf der Erfassung von Marktvorgängen beruhen.

Darstellungseinheit der zugrundeliegenden Ausgangsdaten sind die kleinsten am Markt auftretenden Institutionen, die selbst bilanzieren (z. B. Unternehmen) oder die eine eigene Haushaltsrechnung aufstellen (z. B. Gebietskörperschaften).

Wirtschaftssystematisch wird jede Wirtschaftseinheit vollständig demjenigen Wirtschaftsbereich zugeordnet, der dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit entspricht. Zusätzlich zu den nach dem Marktkonzept abgegrenzten Ergebnissen sind für die sektorale Strukturanalyse Angaben über die güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen (Funktionalkonzept) von großer Wichtigkeit. Der Nachweis solcher Ströme setzt die Ermittlung von Ergebnissen nach homogenen Produktionseinheiten voraus. „Die homogene Produktionseinheit ist durch eine einheitliche Tätigkeit, nämlich durch Gütereingänge, einen Produktionsprozeß und durch einen Produktionsausstoß homogener Güter gekennzeichnet“¹³⁾. Da eine Wirtschaftseinheit in der Wirklichkeit häufig verschiedene Tätigkeiten ausübt, muß sie in eine entsprechende Zahl homogener Produktionseinheiten fiktiv zerlegt werden. Die homogenen Produktionseinheiten werden zu Produktionsbereichen zusammengefaßt. Um die Verflechtungen zwischen den Bereichen wie auch die Verwendung der Waren und Dienstleistungen in konsistenter Form darstellen zu können, werden die Daten in sog. Input-Output-Tabellen nachgewiesen. Input-Output-Tabellen werden vor allem vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet berechnet und veröffentlicht¹⁴⁾. Die Input-Output-Rechnung gehört dagegen nicht zum Arbeitsprogramm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder. Das ist neben Kapazitätsproblemen vor allem auf die unzureichende Datensituation auf Länderebene zurückzuführen. So gibt es keine Statistiken

11) Vgl. H.-J. Treeck, „Die Dienstleistungsnehmen und ihre Wirtschaftsleistung aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, Stat. Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 1/1989, S. 12.

12) Vgl. H.-J. Treeck, „Zusammenhang zwischen dem Brutto- und dem Nettoinlandsprodukt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesländer“, Stat. Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1990, S. 657.

13) Vgl. Eurostat, Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, 2. Auflage 1984, S. 38.

14) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S. 12, Ergebnisse der Input-Output-Rechnung; Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

mit landesspezifischen Angaben über die Input-Struktur. Nur das Statistische Landesamt Baden-Württemberg stellt Input-Output-Tabellen auf. Es führte eigens zu diesem Zweck eine Materialeingangserhebung durch¹⁵⁾.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften fordert Länderergebnisse nach dem Funktionalkonzept, d. h. nach Produktionsbereichen, an. Da die Werte nur in der institutionellen Abgrenzung vorliegen, hat das Statistische Bundesamt bisher die Daten anhand einer bundeseinheitlichen Überleitungsmatrix im Rahmen seiner Input-Output-Rechnung umgerechnet. Aufgrund der Erweiterung der Berechnungen um die Gebiete der neuen Bundesländer hält das Statistische Bundesamt das pauschale Überleitungsverfahren nicht mehr für vertretbar. Die Länder sollen nun die Berechnungen selbst übernehmen und versuchen, anhand einer Sonderaufbereitung des Produktionsberichts zumindest im Verarbeitenden Gewerbe eine länderspezifische Überleitung zu erreichen.

Zugangswege zu den sektoralen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Zur Beschaffung von sektoral gegliedertem Datenmaterial der Länder stehen dem Datennutzer verschiedene Wege offen, die im folgenden kurz geschildert werden.

● Gemeinschaftsveröffentlichungen der Länder

Sie sind das wichtigste Veröffentlichungsorgan für Länderwerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im bundesweiten Überblick.

Es handelt sich dabei nicht um laufende Veröffentlichungen mit gleichbleibendem Veröffentlichungsprogramm, sondern um unregelmäßig erscheinende Publikationen wechselnden Inhalts. Abgesehen von den Heften mit Kreisergebnissen sind die Veröffentlichungen darauf angelegt, lange Zeitreihen darzustellen. Da anlässlich von Revisionen auch die Ergebnisse weit zurückliegender Jahre angepaßt werden müssen, ist dies meist der Anlaß, ein Heft mit den neuen Zahlen herauszugeben. Die davor veröffentlichten Zahlen sind damit überholt.

Die umfassendsten Gemeinschaftsveröffentlichungen sind diejenigen mit den Ergebnissen aus der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts (aktuellste Veröffentlichung: Heft 15). Dennoch können sie nicht das gesamte Spektrum der für alle Länder freigegebenen Werte abdecken. In der Tiefengliederung ist die Wertschöpfung der Länder zwar nach 11 Wirtschaftsbereichen nachgewiesen, andere Aggregate wie Produktionswert, Vorleistungen, Abschreibungen, Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Erwerbstätige usw. jedoch nur nach 5 oder 6 Bereichen. Die Investitionen sind als Aggregat der Verwendungsrechnung ebenfalls in diesen Veröffentlichungen enthalten. Zusätzlich wurden sie in erweiterter Wirtschaftsbereichsgliederung in einem eigenen Heft (Heft 11) veröffentlicht. Die Aufnahme der Berechnungen des Anlagevermögens sowie die damit zusammenhängende Neuberechnung der Abschreibungen führten dazu, daß diese neuermittelten Daten zusammen mit den Anlageinvestitionen – untergliedert nach Wirtschaftsbereichen – in einer weiteren Gemeinschaftsveröffentlichung herausgegeben wurden (Heft 17). Neben der Veröffentlichung von Länderwerten ist der Nachweis der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten der kreisfreien Städte und Kreise fester Bestandteil des Veröffentlichungsprogramms (aktuellste Veröffentlichung: Heft 18).

● Ländereigene Veröffentlichungen

Über die Gemeinschaftsveröffentlichungen hinaus geben die einzelnen Länder eigene Veröffentlichungen heraus. Es handelt sich dabei in erster Linie um „Statistische Berichte“. Sie tragen zwar bundesweit ländereinheitliche Kennziffern, sind aber vom Tabellenaufbau her nicht zwischen den Ländern abgestimmt. Bei diesen Publikationen steht die Darstellung von Ergebnissen für das eigene Land – einschließlich des Bundesvergleichs – im Vordergrund. Dies ermöglicht das Ausschöpfen der tiefsten freigegebenen Wirtschaftsbereichsgliederung bei den nachgewiesenen Aggregaten. Die Statistischen Berichte sind meist laufende Veröffentlichungen. Sie haben die Aufgabe, die jeweils aktuellen Zahlen bekanntzugeben. Gelegentlich wird umfangreiches Zeitreihenmaterial in anderen Schriftenreihen der statistischen Landesämter veröffentlicht.

Einen Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem neuesten Berechnungsstand geben die statistischen Jahrbücher der Länder. Dem Charakter eines Jahrbuchs entsprechend ist dort allerdings für sektoral gegliederte Daten nur im begrenzten Maße Raum.

● Datenbanken

Auch in den Datenbanken der Länder sind Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu finden. In der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen sind allein die Kreis- und Arbeitsmarkregionen-Ergebnisse gespeichert, da diese Datenbank als Regionaldatenbank konzipiert ist. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die amtliche Statistik Daten über das Btx-System der Deutschen Bundespost anbietet. In diesem Rahmen

15) Vgl. W. Münzenmaier und H.-H. Steiger, „Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg 1972“, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/1978, S. 252.

sind auch Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder abrufbar.

● Direkte Ansprache des Fachbereichs

Jedem Datennutzer steht es frei, sich unmittelbar an den Fachbereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in einem statistischen Landesamt zu wenden. Dies ist sogar ratsam, wenn seine Wünsche über das veröffentlichte Datenmaterial hinausgehen. Denn wie dargelegt worden ist, schöpfen die Veröffentlichungen nicht den gesamten Freigabebereich der Daten aus. Vom Fachbereich wird der Datennutzer individuell beraten und auf die Möglichkeiten und Grenzen der Datenbereit-

stellung und -verwendung aufmerksam gemacht. Im Rahmen der Freigabeberegelung können ihm auch Daten der anderen Bundesländer übermittelt werden. Umfangreiches Material, das der Datennutzer maschinell weiterverarbeiten will, kann auf Datenträger geliefert werden. Weiterhin ist eine Kontaktaufnahme mit dem Fachbereich sinnvoll, wenn der Nutzer ihm vorliegende Zeitreihen „am aktuellen Rand“ ergänzen will. Oft stellt sich nämlich heraus, daß seinen Zahlen ein alter Berechnungsstand zugrunde liegt. Die neu angeforderten Daten passen dann nicht mehr zu seinen veralteten Zeitreihen. In diesem Fall müssen Teile der Zeitreihen oder – falls inzwischen eine Revision stattgefunden hat – die gesamten Zeitreihen ausgetauscht werden.

Abschließende Bemerkungen

Theoretisches Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und die Fähigkeit, komplizierte Auswertungsverfahren und -modelle anzuwenden oder auch zu entwickeln, reichen nicht aus, um fundierte Wirtschaftsstrukturanalysen durchführen zu können. Voraussetzung ist die Kenntnis des Datenangebots und des Zustandekommens der Zahlen.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß die Grenzen der Datennutzung zum Teil eng gesteckt sind. Dies gilt besonders für das Angebot an Strukturdaten für den Ländervergleich und vor allem für die Gebietsebene der kreisfreien Städte und Kreise. Auch die Zeitreihen mit vergleichbaren Ergebnissen sollten sicherlich für viele Untersuchungen länger sein. Darüber hinaus sind die Auswirkungen der konzeptionell bedingten Einflüsse auf die nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Ergebnisse nicht zu unterschätzen.

Genügt das Datenmaterial den Ansprüchen des Datennutzers nicht, bleibt ihm die Möglichkeit, auf andere Statistiken mit tieferer Wirtschaftsbeziehungsgliederung, anderen Konzepten usw. auszuweichen. Beim Zurückgreifen auf einzelne, voneinander unabhängige Statistiken muß er jedoch auf Vorteile verzichten, die das Wesen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausmachen. Denn es handelt sich hier um ein konsistentes System, in dem die Ergebnisse der verschiedensten Statistiken nach einheitlichen Konzepten aufeinander abgestimmt sind. Nur hier findet der Datennutzer Ergebnisse für alle wichtigen volkswirtschaftlichen Größen, die laufend, vollständig und für alle Wirtschaftsbezüge bereitgestellt werden. Allerdings besteht der Preis, der für die Realisierung eines solch komplexen Schätzsystems zu zahlen ist, in den dargelegten Einschränkungen bei der Nutzung der Daten. ■

Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im vierten Quartal 1990

Das nordrhein-westfälische Handwerk setzte im vierten Quartal letzten Jahres 11,9 % mehr um als ein Jahr zuvor; die Zahl der Beschäftigten stieg um 2,1 %. Für das gesamte Jahr 1990 ergab sich sogar ein Umsatzplus von 13,1 % und ein Beschäftigtenzuwachs von 3,4 %. Die höchste Umsatzsteigerung meldete dabei das Holzgewerbe (+16,5 %), wo die Beschäftigtenzahl um 3,9 % stieg.

Ähnlich positiv war die Entwicklung im Bau- und Ausbaugewerbe (Umsatz +15,1 %, Beschäftigte +7,4 %), im Metallgewerbe (+15,5 %, +5,1 %) und im Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe (+12,9 %, +3,4 %). Im Nahrungsmittelgewerbe nahm der Umsatz um 4,6 % zu, und die Zahl der Beschäftigten wuchs um 0,6 %. Umsatzverbesserungen bei gleichzeitigem Beschäftigungsrückgang meldeten das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (+6,6 %, -1,8 %) und das Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe (+7,0 %, -0,4 %).

Umsätze im Großhandel im Februar 1991

Die nordrhein-westfälischen Großhandelsunternehmen setzten im Februar 1991 nominal 9,3 % mehr um als im gleichen Vorjahresmonat. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Plus von 6,1 %. Dabei verlief die Geschäftsentwicklung in beiden Hauptbereichen positiv: Während der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren um 4,4 % (real: +0,8 %) zunahm, erzielten die Fertigwaren-Großhändler sogar einen Umsatzzuwachs von +13,6 % (real: +11,6 %).

Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Das Erwerbskonzept der Volkszählung

Für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik sind statistische Angaben über die Erwerbstätigkeit unverzichtbar. Sie entstammen unterschiedlichen Quellen, wie z. B. dem Mikrozensus oder den Statistiken der Arbeitsverwaltung¹⁾. Keine dieser Statistiken ermöglicht jedoch im gleichen Umfang wie die im Rahmen von Volkszählungen erhobenen Daten eine Darstellung der Gesamterwerbstätigkeit der Bevölkerung zu einem bestimmten Stichtag in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung.

Im Rahmen der Volkszählung werden die Angaben zur Erwerbstätigkeit auf der Grundlage des Erwerbskonzepts erhoben. Danach wird die Bevölkerung in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterschieden.

Zu den Erwerbspersonen zählen alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

Als erwerbstätig gelten alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Erwerbstätige Personen, die gleichzeitig mehrere Tätigkeiten ausüben, werden in der Volkszählung nur einmal gezählt. Dieses Personenkonzept weicht damit von der Darstellung der Beschäftigungsfälle in der Arbeitsstättenzählung ab.

Zur weiteren Unterscheidung der Erwerbstätigen in der Volkszählung von den Beschäftigten in der Arbeitsstättenzählung sei noch darauf verwiesen, daß die Erwerbstätigen am Wohnort, die Beschäftigten jedoch am Arbeitsort gezählt werden. Außerdem werden im Rahmen der Arbeitsstättenzählung Betriebe und Beschäftigte aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft nur gezählt, wenn es sich steuerlich um Gewerbebetriebe handelt²⁾.

Zu den Nichterwerbspersonen zählen alle Personen, die eine Erwerbstätigkeit weder ausüben noch suchen, also z. B. Hausfrauen und Hausmänner, die ausschließlich haushaltsführende Tätigkeiten ausüben, Schüler und Studierende, soweit sie nicht nebenher – auch nicht geringfügig – erwerbstätig sind, sowie alle Kinder unter 15 Jahren.

Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind oder nicht. Im Unterschied dazu gilt der Status „arbeitslos“ nur für beim Arbeitsamt gemeldete Personen.

Für die Darstellung des nicht ausgeschöpften Potentials des Faktors „Arbeit“ eignet sich der umfassendere Begriff Erwerbslose besser als der Begriff Arbeitslose. Einschränkend ist zu bemerken, daß in bestimmten Fällen Personen sich aufgrund bestehender Ansprüche auf Arbeitslosengeld/-hilfe zu den Erwerbspersonen rechnen, obwohl sie an einer Erwerbstätigkeit

möglicherweise nicht ernsthaft interessiert sind. Darüber hinaus kann der Umfang der „Stillen Reserve“ nur geschätzt werden, da nicht bekannt ist, wie viele Personen z. B. bei günstigeren Arbeits- oder Lebensumständen wieder für den Arbeitsprozeß zur Verfügung stehen würden.

Die Ergebnisse der Volkszählung 1987 führten in Nordrhein-Westfalen zu einer niedrigeren Arbeitslosenquote als die von der Arbeitsverwaltung bis dahin errechnete. Die auf der Ebene der Arbeitsamtsbezirke festgestellte Zahl der abhängigen Erwerbspersonen lag über der bis dahin aufgrund der Fortschreibung geschätzten Zahl. Die Spannweite der Veränderungen reichte von minus 0,5 Prozentpunkten in Wuppertal und Solingen bis zu minus 2,3 Punkten in Essen³⁾. Die absoluten Arbeitslosenzahlen und die Qualität des Problems der Arbeitslosigkeit blieben von der statistischen Neuberechnung unberührt.

Beteiligung am Erwerbsleben

Erwerbspersonen

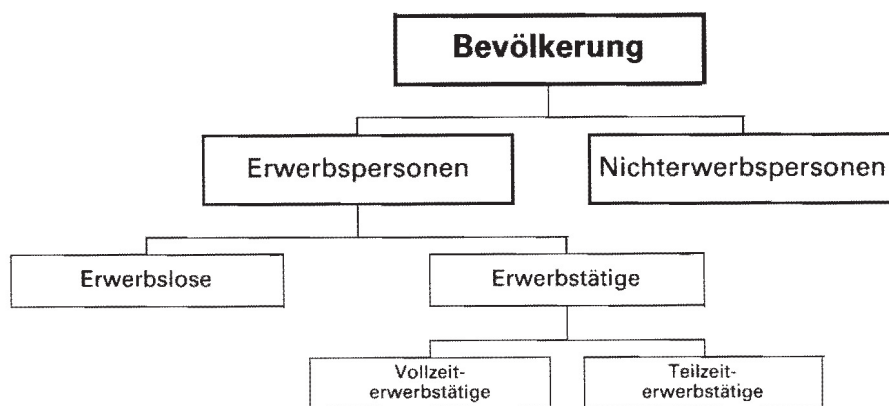
Am 25. Mai 1987 waren von den 16,7 Mill. Einwohnern in Nordrhein-Westfalen 9,1 Mill. Nichterwerbspersonen und 7,6 Mill. Erwerbspersonen. Das entsprach einer Erwerbsquote von 45,5 %.

Gegenüber 1970 hat sich die Zahl der Erwerbspersonen um rd. 611 000 erhöht, das entspricht einer Zunahme um 8,7 %. Zwar ist in diesem Zeitraum ein Rückgang der Bevölkerung um 1,2 % zu verzeichnen, betrachtet man jedoch nur die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren als derjenigen Altersgruppe, die auch die potentiellen Erwerbspersonen stellt, so entspricht diese Zunahme der Entwicklung in dieser Altersgruppe. Denn die

1) Ergebnisse des Mikrozensus über Erwerbstätigkeit und der Beschäftigtenstatistik über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer erscheinen jährlich in statistischen Berichten des LDS NW. Arbeitslosen-Statistiken können vom Landesarbeitsamt NW bezogen werden.

2) Vgl. Berke, Paul: Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 mit Daten aus anderen Statistiken, in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1989, S. 255-260.

3) Vgl. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 6/1989, S. 274 ff.



Zahl der 15- bis 64jährigen ist von 1970 bis 1987 um rd. 932 000 angestiegen, das entspricht einem Zuwachs um 8,6 %. (Siehe Tab. S. 294.)

Für den Anstieg der allgemeinen Erwerbsquote von 1970 bis 1987 war der deutlich veränderte Altersaufbau der Bevölkerung entscheidend. Während der Anteil der unter 15jährigen von 23,3 % auf 14,4 % zurückging, stieg der Anteil der 15- bis 64jährigen von 64,4 % auf 70,7 % und jener der 65jährigen oder älteren von 12,3 % auf 14,8 %. Als Folge dieser veränderten Altersstruktur ist die Erwerbsquote von 41,3 % im Jahre 1970 auf 45,5 % im Jahre 1987 angestiegen; bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 - 64 Jahren ist die Erwerbsquote von 62,9 auf 63,8 % gestiegen. Eine Ursache für diesen Anstieg liegt in der stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Erwerbstätige und Erwerbslose

Trotz des Zuwachses der Zahl der Erwerbspersonen waren zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 mit 6,9 Mill. rd. 23 500 Einwohner weniger erwerbstätig als 17 Jahre zuvor, das entspricht einem Rückgang von 0,3 %. Die Volkszählung 1970 fand zu einer Zeit der Vollbeschäftigung statt; damals bezeichneten sich nur 32 700 oder 0,5 %

der Erwerbspersonen als arbeitslos oder arbeitssuchend. Im Mai 1987, einem Jahr andauernder Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, waren es mehr als 667 000 Menschen. Die Erwerbslosenquote belief sich stichtagsbezogen auf 8,8 %. Von den männlichen Erwerbspersonen waren 8,1 %, von den weiblichen 10,0 % erwerbslos. Die Ausländer waren mit 14,3 % Erwerbslosen deutlich stärker von den Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt betroffen, als die deutschen Erwerbspersonen mit 8,3 %.

Hinter der nur geringfügigen Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen zwischen den beiden Volkszählungen 1970 und 1987 verbergen sich erhebliche strukturelle Verschiebungen.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse der Volkszählung 1987 und deren Vergleich zur letzten Zählung fällt auf, daß die Zahl der männlichen Erwerbstätigen deutlich um 328 000 zurückgegangen ist (- 6,9 %), während die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um 305 000 gestiegen ist, das entspricht einer Zunahme von 13,8 %. Insgesamt wurden am 25. Mai 1987 6,933 Millionen Erwerbstätige, davon 4,419 Millionen Männer und 2,514 Millionen Frauen gezählt.

Die geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten für die 15- bis 64jährigen zeigen deutlich den Wandel des Erwerbsverhaltens. Während von den Männern im erwerbsfähigen Alter 1970 noch 88,4 % einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es 1987 nur noch 73,9 %. Dagegen stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen in dieser Altersklasse im gleichen Zeitraum von 38,4 % auf 42,4 % an.

Erwerbstätigenquoten und Altersgruppen

Eine differenzierte Betrachtung der Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen im Zeitvergleich 1970 zu 1987 verdeutlicht die Auswirkungen verlängerter Ausbildungswege, verkürzter Lebensarbeitszeit und veränderten Erwerbsverhaltens.

Erwerbstätigenquoten am 27. 5. 1970 und 25. 5. 1987 nach Altersgruppen						
Altersgruppe	Erwerbstätigenquote					
	27. 5. 1970			25. 5. 1987		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Alter von ... bis unter ... Jahren						
15 - 20	66,3	67,7	64,9	31,9	35,6	28,1
20 - 25	75,0	86,7	63,2	69,6	73,5	65,6
25 - 30	69,3	94,2	43,2	66,9	78,4	55,0
30 - 35	67,8	97,8	35,1	68,2	87,1	49,0
35 - 40	68,2	98,0	35,4	69,6	90,0	48,9
40 - 45	67,6	97,4	37,5	70,3	90,6	49,3
45 - 50	63,0	95,7	38,0	68,1	90,0	45,2
50 - 55	58,7	92,6	33,4	62,6	85,8	38,4
55 - 60	50,5	84,1	25,9	47,1	66,5	27,6
60 - 65	33,6	62,4	12,3	16,1	27,5	7,6
65 und mehr	6,8	12,0	3,6	1,8	3,5	1,0

Bei den 15- bis 19jährigen hat sich der Anteil der Erwerbstätigen mehr als halbiert. 1970 zählten noch zwei Drittel dieser Altersgruppe zu den Erwerbstätigen. 17 Jahre später waren es weniger als ein Drittel. Bei den Frauen sank der Erwerbstätigen-Anteil in dieser Altersgruppe sogar von 65 % auf 28 %.

Eine Halbierung des Erwerbstätigen-Anteils ist auch in der Altersgruppe der 60- bis 64jährigen zu beobachten. Hier führte vor allem die Flexibilisierung der Altersgrenze dazu, daß der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe von einem Drittel im Jahre 1970 bis 1987 auf 16 % zurückging. Insbesondere bei den Männern führten die veränderten Möglichkeiten, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen, dazu, daß von den 60- bis 64jährigen nur noch jeder Vierte erwerbstätig war (1970 noch zwei Drittel). Unterteilt man diese Altersgruppe entsprechend der flexiblen Altersgrenze, die für Männer bei 63 Jahren liegt, so nehmen von den 60- bis 62jährigen Männern immerhin noch mehr als ein Drittel aktiv am Erwerbsleben teil, während es von den 63- und 64jährigen nur noch 15,7 % waren.

In der Altersgruppe der 20- bis 49jährigen sank der Anteil der männlichen Erwerbstätigen von 95 % auf 84 %, bei den Frauen stieg der Erwerbstätigenanteil dagegen deutlich an. 1987 stand bereits mehr als die Hälfte der Frauen dieser Altersgruppe im aktiven Erwerbsleben.

Teilzeit-Erwerbstätigkeit

Neben dem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um insgesamt knapp 24 000 ist die Verlagerung von der Vollzeit-Erwerbstätigkeit zu der Teilzeit-Erwerbstätigkeit von besonderem Interesse. In dem hier betrachteten Zeitraum zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 ist die Zahl der Er-

werbstätigen, die vollzeitbeschäftigt waren, um 366 000 zurückgegangen. Dabei ist ausschließlich die Zahl der vollzeitbeschäftigten Männer gesunken, und zwar um rd. 372 000, während immerhin 5 000 Frauen mehr mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von in der Regel mehr als 36 Stunden erwerbstätig waren.

Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren

Der nur geringfügige Rückgang der Erwerbstätigenzahl in Nordrhein-Westfalen um rd. 24 000 gegenüber 1970 verbirgt als Saldo erhebliche strukturelle und regionale Verschiebungen.

Erwerbstätige am 27. 5. 1970 und 25. 5. 1987 nach Geschlecht und Beschäftigungsumfang						
Geschlecht Jahr	Erwerbstätige					
	insgesamt		davon			
			Vollzeit- erwerbstätige		Teilzeit- erwerbstätige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt						
1970	6 956,6	100	6 335,8	91,1	620,9	8,9
1987	6 933,1	100	5 969,6	86,1	963,5	13,9
männlich						
1970	4 747,2	100	4 643,2	97,8	104,0	2,2
1987	4 419,0	100	4 271,7	96,7	147,4	3,3
weiblich						
1970	2 209,5	100	1 692,6	76,6	516,9	23,4
1987	2 514,0	100	1 697,9	67,5	816,1	32,5

Gleichzeitig hat die Teilzeit-Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewonnen. Mehr als 963 000 Erwerbstätige gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach, das waren 342 600 mehr als 17 Jahre zuvor. Dieser Zuwachs ging zu 87 % auf eine verstärkte Frauenerwerbstätigkeit zurück. Für die Männer spielt die Teilzeitarbeit keine nennenswerte Rolle; bei ihnen stieg der entsprechende Anteil nur von 2,2 % im Jahre 1970 auf 3,3 % im Jahre 1987. Bei den Frauen hingegen gewinnt bei zunehmender Erwerbsorientierung die Teilzeitarbeit an Attraktivität. Waren 1970 bereits fast ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt, so stieg ihr Anteil bis 1987 auf 33 %. Bei den Ausländerinnen ist allerdings der entsprechende Anteil deutlich geringer. Nur jede vierte erwerbstätige Ausländerin steht in einem Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis.

Um die Veränderungen zu verdeutlichen, wird die Darstellung der Erwerbstätigenentwicklung auf die institutionelle Abgrenzung der Wirtschaftssektoren bezogen. Danach wird unterschieden in den primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in den sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) und in den tertiären Sektor (Dienstleistungsbe-⁴⁾reich⁴⁾. Die Gliederung einer komplexen Volkswirtschaft in drei Sektoren erscheint zunächst relativ grob. Für eine Beurteilung von Gesamtzusammenhängen und zur Vermittlung von Erkenntnissen über Richtung und In-

4) Zur Begründung der Drei-Sektoren-Theorie vgl. u. a.: Fourastié, Jean, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts; Köln 1969.

Wirtschaftsabteilungen	Wirtschaftsbereiche	Wirtschaftssektoren
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Primärer Sektor
1 Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Produzierendes Gewerbe	Sekundärer Sektor
2 Verarbeitendes Gewerbe		
3 Baugewerbe		
4 Handel	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Tertiärer Sektor (Dienstleistungssektor)
5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung		
6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Übrige Wirtschaftsbereiche	
7 Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht		
8 Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte		
9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung		

tensität des wirtschaftlichen Strukturwandels im Zeitablauf ist diese Einteilung jedoch geeignet.

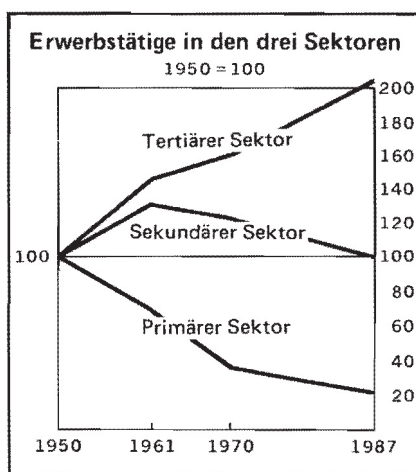
Die in diesem Drei-Sektoren-Modell beschriebene langfristige gesellschaftliche Entwicklung zeigt einen Trend hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Dieser Strukturwandel und seine Gewichtsverschiebungen vom primären Sektor zum Produzierenden Gewerbe und im weiteren Zeitablauf zu den Dienstleistungen begründet sich u. a. aus der über längere Zeiträume eintretenden Verschiebung der Nachfrage, die sich im Zeitablauf schwerpunktmäßig ebenfalls von landwirtschaftlichen Erzeugnissen verlagert zu industriellen Produkten und nachfolgend zu privaten und öffentlichen Dienstleistungen.

Da sich mit dem Bedeutungswandel der drei Sektoren auch die Beschäftigungsmöglichkeiten verändern, läßt sich dieser langfristige Trend auch an der Veränderung der Erwerbstätigenzahlen ablesen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen zwischen den Volkszählungen 1950 und 1987 läßt drei Entwicklungslinien erkennen:

- Im primären Sektor ist die Zahl der Erwerbstätigen von 669 000 kontinuierlich auf 137 000 zurückgegangen. Der Beschäftigungsanteil des Agrarsektors ging somit von 12,1 % (1950) auf 2,0 % (1987) zurück.

- im sekundären Sektor ist entsprechend der in den fünfziger Jahren typischen Nachfragestruktur die Erwerbstätigenzahl von rd. 3 Millionen in 1950 auf fast 4 Millionen im Jahre 1961 gestiegen und seitdem bis 1987 auf den niedrigsten Stand geschrumpft. Erstmals waren mit 43,6 % weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe tätig.
- im tertiären Bereich ist ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 1,8 Millionen auf 3,8 Millionen festzustellen. Hier stieg der Anteil von 33,2 % (1950) auf 54,5 % (1987).



Über diese Gesamtzusammenhänge hinaus bringt eine fachlich tiefergehende Analyse für die Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftsabteilungen weitere Aufschlüsse über die Entwicklungen im sekundären und tertiären Sektor. (Siehe Tab. S. 261.)

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes, das die Wirtschaftsabteilungen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe umfaßt, hat insbesondere das Verarbeitende Gewerbe, dessen Anteil 1987 bei rd. 76 % (1970 = rd. 78 %) in diesem Sektor lag, durch den Rückgang um mehr als 0,6 Mill. die Entwicklung maßgeblich beeinflußt. Gleichwohl bleibt es mit einem Anteil von 33,2 % an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen die bedeutendste Wirtschaftsabteilung.

Der tertiäre Sektor, der sich aus den beiden Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie übrige Wirtschaftsbereiche zusammensetzt, hat seit 1950 kontinuierlich expandiert. Es kann davon ausgegangen werden, daß dieser seit 40 Jahren zu beobachtende Trend anhalten wird, da Produktivitätszuwachs und Wirtschaftskonzentration im primären und sekundären Sektor ebenso wirksam bleiben, wie die sich wandelnden Bedürfnisse der Bevölkerung sich positiv auf die Nachfrage nach dem Faktor Arbeit im tertiären Sektor auswirken.

primäre Sektor hatte mit der landesweiten Abnahme von 43,1 % der Beschäftigungsmöglichkeiten seit 1970 die relativ stärkste Veränderung zu

verzeichnen. Lediglich in den Regierungsbezirken Detmold und Münster lag der Anteil dieses Sektors noch über 3 %.

Das Produzierende Gewerbe unterschritt 1987 erstmalig, und zum Teil sehr deutlich, in allen Regierungsbezirken die 50 %-Marke, im Regierungsbezirk Köln, der bereits 1970 mit 49,5 % die niedrigsten Anteilswerte aufwies, waren 1987 lediglich 39,3 % der Berufstätigen im sekundären Sektor beschäftigt. Der Rückgang schwankt zwischen 7,8 Prozentpunkten im Regierungsbezirk Detmold und 10,9 Punkten im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Die geringe Spannweite der in allen Regierungsbezirken zu verzeichnenden relativen Zuwachsraten bei den Dienstleistungen zwischen 11,4 Punkten (Düsseldorf) und 12,2 Punkten (Münster) belegt die landesweit fortschreitende Tertiärisierung.

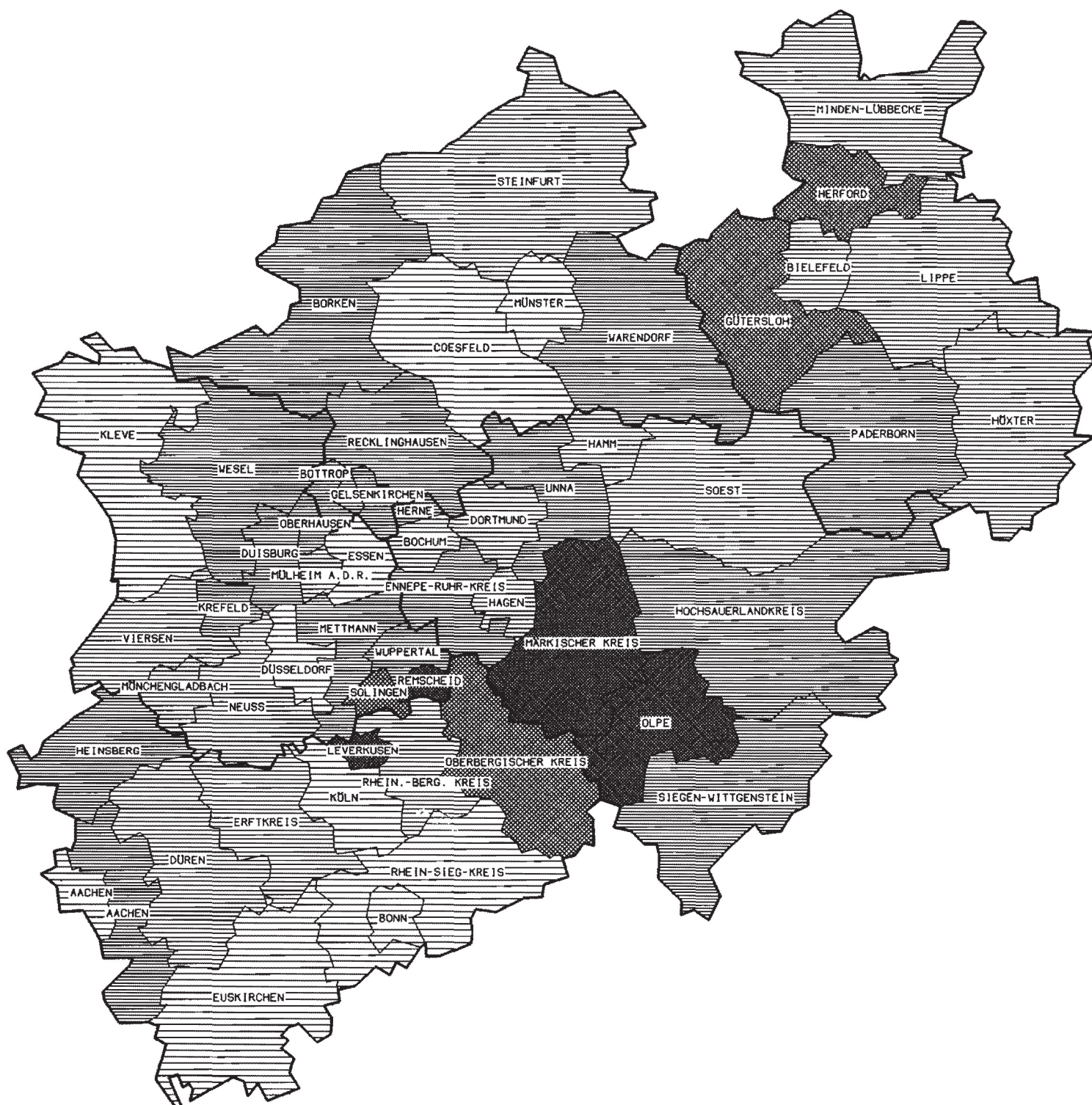
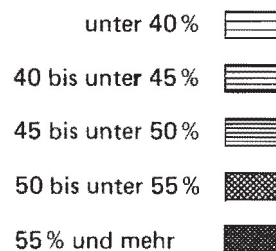
Bei den sektoralen Verschiebungen ist kein signifikanter Unterschied zwischen kreisfreien Städten und Kreisen seit 1970 erkennbar. Daher verbleiben bei gleichgerichteter Entwicklung – der relative Abstand der Tertiärisierung zwischen kreisfreien Städten und Kreisen ist seit 1970 fast gleichgeblieben – aufgrund unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen deutliche Unterschiede in der regionalen Bedeutung der einzelnen Sektoren.

Die Land- und Forstwirtschaft hat in den Kreisen Kleve (7,6 %), Borken (6,2 %), Coesfeld (6,1 %) und Höxter (6,0 %) die höchsten Werte und somit regional eine andere Bedeutung als in den Kreisen mit den niedrigsten Erwerbstätigenanteilen wie Mettmann (1,1 %), Siegen (1,2 %) und Ennepe-Ruhr-Kreis (1,2 %). In den kreisfreien Städten mit Werten zwischen 0,5 % (Köln) und 1,8 % (Münster) spielt der primäre Sektor bei der Zahl der Beschäftigten nur eine untergeordnete Rolle.

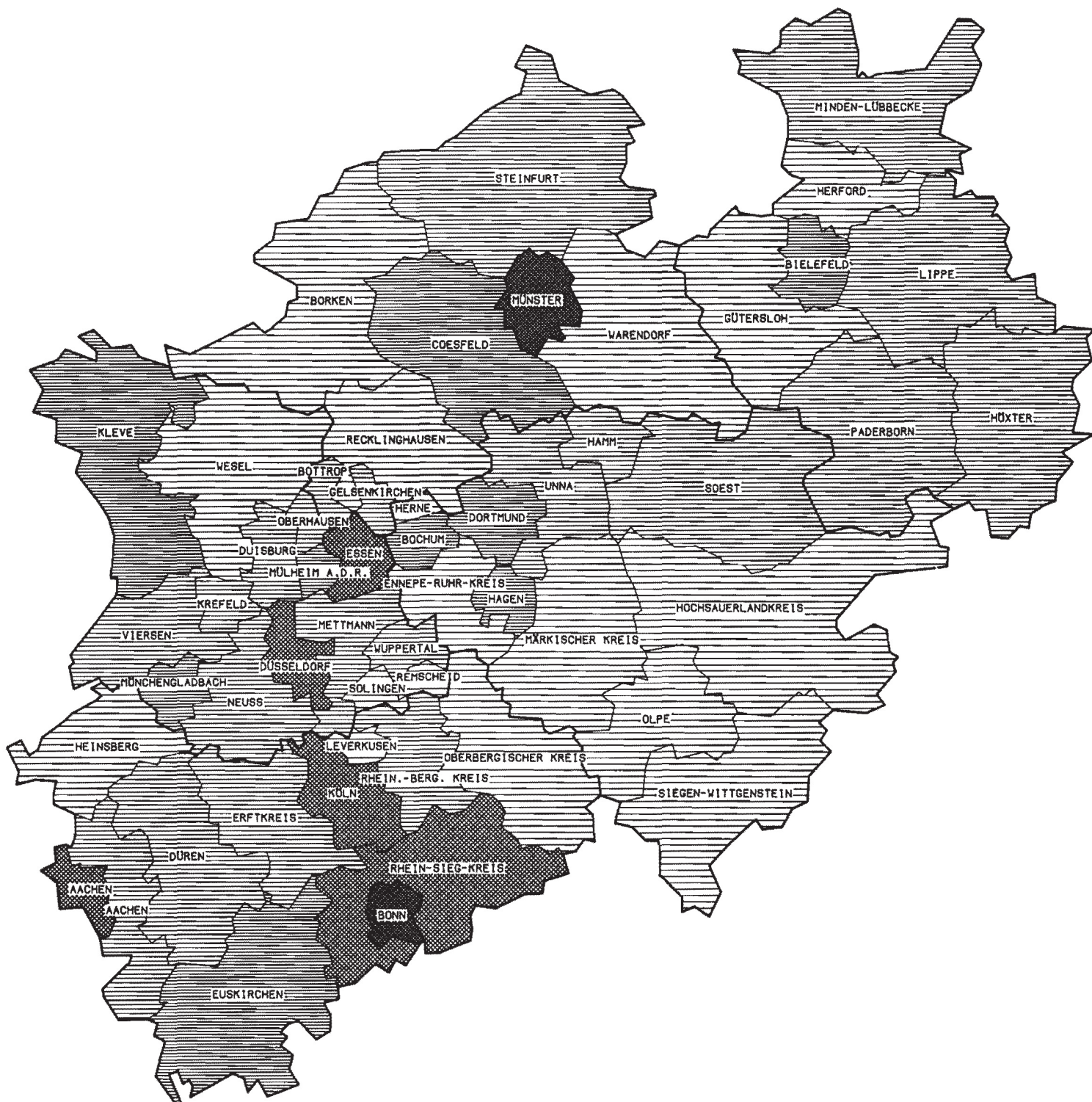
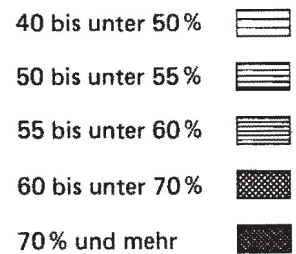
Für drei von den dreiundzwanzig kreisfreien Städten und fünf von einunddreißig Kreisen war das Produzierende Gewerbe 1987 unverändert die tragende wirtschaftliche Kraft mit

Erwerbstätige am 27. 5. 1970 und 25. 5. 1987 nach Wirtschaftsbereichen und Regierungsbezirken						
Verwaltungsbezirk a = Anzahl b = %		Erwerbstätige				
		insgesamt	davon im Wirtschaftsbereich			
Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe		Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung	übrige Wirtschaf- tsbereiche		
1970						
Regierungsbezirke						
Düsseldorf	a	2 274 137	46 805	1 237 801	454 856	534 675
	b	100	2,1	54,4	20,0	23,5
Köln	a	1 543 311	46 982	763 962	282 033	450 334
	b	100	3,0	49,5	18,3	29,2
Münster	a	904 469	55 766	475 872	152 830	220 001
	b	100	6,2	52,6	16,9	24,3
Detmold	a	735 985	52 934	396 280	123 776	162 995
	b	100	7,2	53,8	16,8	22,1
Arnsberg	a	1 499 013	39 061	865 472	271 986	322 494
	b	100	2,6	57,7	18,1	21,5
Nordrhein-Westfalen	a	6 956 915	241 548	3 739 387	1 285 481	1 690 499
	b	100	3,5	53,8	18,5	24,3
davon kreisfreie Städte	a	3 396 315	30 966	1 737 660	710 483	917 206
	b	100	0,9	51,2	20,9	27,0
Kreise	a	3 560 600	210 582	2 001 727	574 998	773 293
	b	100	5,9	56,2	16,1	21,7
1987						
Regierungsbezirke						
Düsseldorf	a	2 139 252	33 425	930 186	413 453	762 188
	b	100	1,6	43,5	19,3	35,6
Köln	a	1 639 190	26 984	643 938	279 639	688 629
	b	100	1,6	39,3	17,1	42,0
Münster	a	942 463	31 424	408 296	156 041	346 702
	b	100	3,3	43,3	16,6	36,8
Detmold	a	761 952	23 345	350 436	125 657	262 514
	b	100	3,1	46,0	16,5	34,5
Arnsberg	a	1 450 232	22 306	686 789	250 433	490 704
	b	100	1,5	47,4	17,3	33,8
Nordrhein-Westfalen	a	6 933 089	137 484	3 019 645	1 225 223	2 550 737
	b	100	2,0	43,6	17,7	36,8
davon kreisfreie Städte	a	2 991 845	24 613	1 203 387	576 726	1 187 119
	b	100	0,8	40,2	19,3	39,7
Kreise	a	3 941 244	112 871	1 816 258	648 497	1 363 618
	b	100	2,9	46,1	16,5	34,6

**Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe
an den Erwerbstätigen insgesamt
am 25. Mai 1987**



**Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich
an den Erwerbstätigen insgesamt
am 25. Mai 1987**



über 50 % der Erwerbstätigen. Die Stadt Leverkusen, deren Wirtschaftsstruktur eindeutig durch die chemische Industrie dominiert wird, wies mit 57,9 % landesweit den höchsten Wert auf. Weitere besondere regionale Schwerpunkte mit Anteilen oberhalb von 55 % waren die Stadt Remscheid mit 56,2 % (Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren) sowie der Märkische Kreis mit 57,2 % (Elektrotechnik, Eisen-, Blech- und Metallwaren) und der Kreis Olpe mit 55,6 % (Maschinenbau, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren).

In allen 54 kreisfreien Städten und Kreisen waren 1987 über 40 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig, in 35 der 54 Verwaltungsbezirke waren es mehr als 50 %. Als ausgesprochene Dienstleistungszentren mit einem Anteil von rd. vier Fünfteln sind die Städte Bonn (79,5 %) und Münster (79,0 %) anzusehen. Nicht ganz so ausgeprägt mit Werten zwischen 60 und 70 %, aber noch deutlich über dem Landesdurchschnitt waren die Quoten (in alphabetischer Reihenfolge) in den Verwaltungs- und Universitätsstädten Aachen, Düsseldorf, Essen und Köln sowie in dem vom nahegelegenen Bonn mitgeprägten Rhein-Sieg-Kreis.

Untersucht man die These der fortschreitenden Tertiärisierung für das Gebiet des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, der mit seinen ihm angeschlossenen 4 Kreisen und 11 kreisfreien Städten einen Anteil von rd. 31,5 % an der Bevölkerung und rd. 29,5 % an den Erwerbstätigen Nordrhein-Westfalens repräsentiert, wird erkennbar, daß sich auch in der einstmaligen Hochburg des Produzierenden Gewerbes ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen hat. Im Wirtschaftsraum Ruhrgebiet waren 1987 mit 45,7 % (1970 = 57,0 %) der Erwerbstätigen zwar noch mehr Personen als im Landesdurchschnitt (43,6 %) im Produzierenden Gewerbe tätig, doch sind 53,1 % Erwerbstätige im Sektor Dienstleistungen in 1987

Erwerbstätige im Gebiet des Kommunalverbandes Ruhrgebiet am 27. 5. 1970 und 25. 5. 1987 nach Wirtschaftsbereichen

Gebietskörperschaft Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige				
	insgesamt	davon im Wirtschaftsbereich			
		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung	übrige Wirtschafts- bereiche
Anzahl	%				
1970					
Kommunalverband					
Ruhrgebiet	2 220 695	1,5	57,0	19,8	21,8
davon					
kreisfreie Städte	1 550 246	0,8	55,4	21,3	22,5
Kreise	670 449	2,9	60,5	16,4	20,1
1987					
Kommunalverband					
Ruhrgebiet	2 044 910	1,2	45,7	18,7	34,4
davon					
kreisfreie Städte	1 336 861	0,8	43,9	20,0	35,3
Kreise	708 049	1,8	49,2	16,3	32,6

(1970 = 41,6 %) Indiz für die sich vollziehende Anpassung an die neuen Wirtschaftsstrukturen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Regionaltypen

Die Zuordnung von Gemeinden zu Regionaltypen⁵⁾ orientiert sich an der Art und Dichte der Besiedlung. Danach wird unterschieden zwischen Verdichtungsgebieten und ländlichen Zonen. Die Verdichtungsgebiete wiederum sind eingeteilt in Ballungskerne, Ballungsrandzonen und solitäre Verdichtungsgebiete (siehe die Karte auf Seite 266). Der folgenden Darstellung liegt diese räumliche Grundstruktur zugrunde, erweitert um die Einteilung nach Größenklassen innerhalb der jeweiligen Gebietstypen, um die regionalstrukturellen Unterschiede darzustellen.

Der Stellenwert der einzelnen Gebietstypen ergibt sich aus ihrem jeweiligen Anteil am Landesergebnis. Wie die Tabelle auf S. 294 ausweist, wohnt

nahezu die Hälfte der Bevölkerung in den Ballungskernen und ein Drittel in ländlichem Gebiet.

Gegenüber 1970 haben die Ballungskerne einen Bevölkerungsverlust von knapp 10 %, die solitären Verdichtungsgebiete einen Rückgang von 1,2 % zu verzeichnen. Einen entsprechenden Bevölkerungszuwachs registrierten die Randzonen der Ballungsgebiete (+7,3 %) und die ländlichen Gebiete (+7,4 %).

Die Bevölkerungsverschiebung von den Gebietstypen mit höherer Bevölkerungsdichte zugunsten der Ballungsrand- und ländlichen Zonen hat zwangsläufig auch ihren Niederschlag bei der Zahl der Erwerbstätigen gefunden. Insbesondere die großen Städte in den Ballungskernen haben einen überdurchschnittlichen Rückgang ihrer erwerbstätigen Bevölkerung zu verzeichnen.

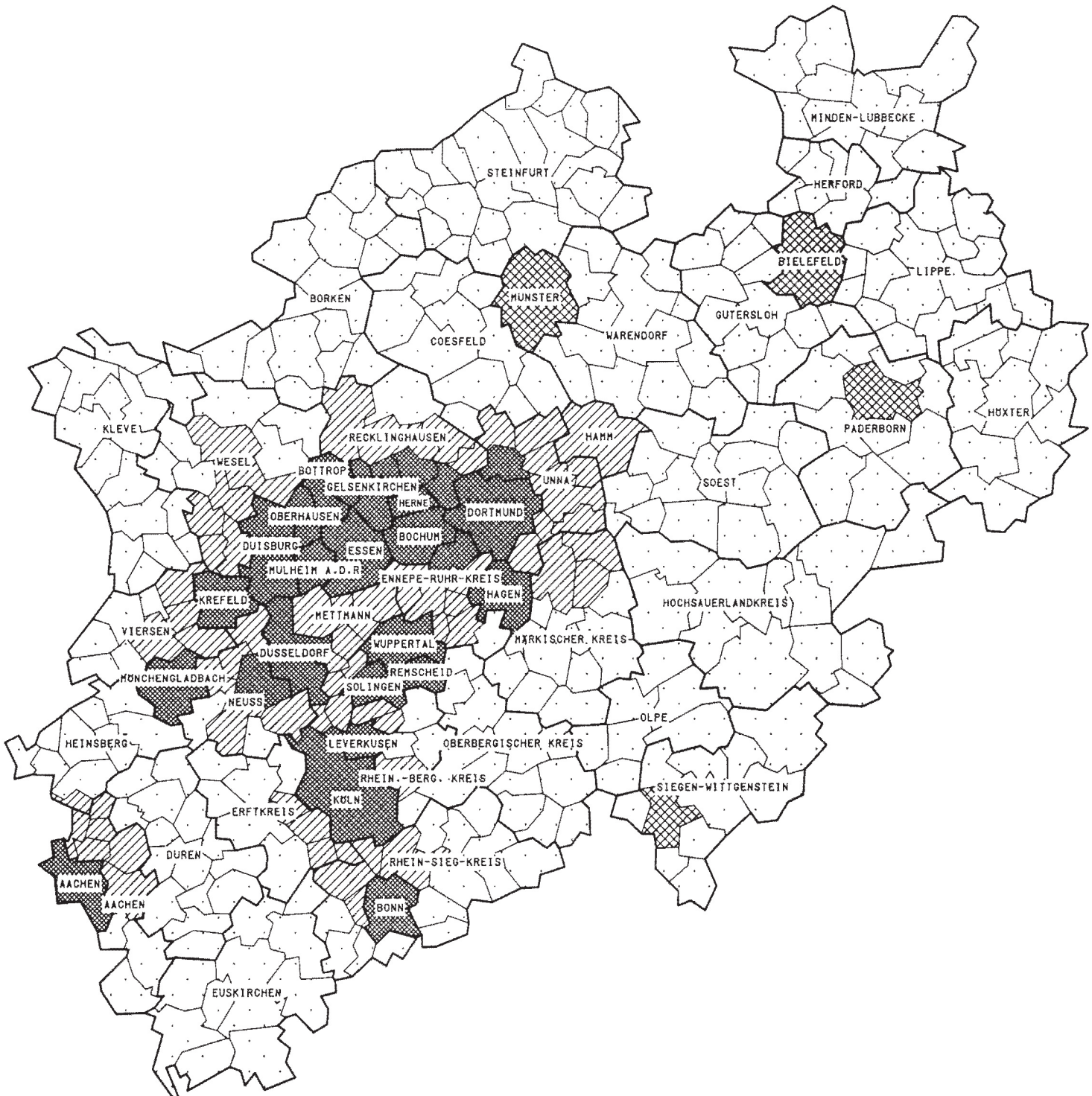
Während die Ballungskern-Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern jeden siebten Erwerbstätigen und jeden achten Einwohner verloren, lebten in den ländlichen Gemeinden mit

5) Landesentwicklungsplan I/II „Raum und Siedlungsstruktur“ vom 1. 5. 1979 (MBL NW S. 1080 – 1114). Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) vom 5. 10. 1989 (GV. NW 1989 S. 485).

Zuordnung der Gemeinden zu Regionaltypen

gemäß § 19 LEPro

Ballungkerne	
Solitäre Verdichtungsgebiete	
Ballungsrandzonen	
Ländliche Zonen	



Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen von 1970*) bis 1987 nach Regionaltypen und Gemeindegrößenklassen)**

Gemeindegrößenklasse	Regionaltyp							
	Ballungskerne		Ballungsrandzonen		solitäre Verdichtungsgebiete		ländliche Zonen	
	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	%							
unter 10 000	x	x	x	x	x	x	+10,7	+17,1
10 000 – 20 000	x	x	+9,4	+12,6	x	x	+10,0	+16,5
20 000 – 50 000	x	x	+9,7	+15,0	x	x	+7,1	+12,3
50 000 – 100 000	- 6,3	- 8,4	+5,7	+9,2	x	x	+1,7	+1,8
100 000 – 200 000	- 7,5	- 8,3	+3,2	+5,4	+2,4	+3,4	x	x
200 000 – 500 000	- 8,5	-10,5	x	x	-2,5	-1,1	x	x
500 000 und mehr	-12,0	-15,3	x	x	x	x	x	x
Insgesamt	- 9,8	-12,3	+7,3	+11,5	-1,2	+0,1	+7,4	+12,2

*) umgerechnet auf Gebietsstand 1. 7. 1976 – **) Gemeindegrößenklassen am 25. 5. 1987

weniger als 10 000 Einwohnern 17 % mehr Erwerbstätige und 11 % mehr Einwohner als 1970.

Die Betrachtung der Erwerbstätigenzahlen nach den 3 Wirtschaftssektoren zeigt, daß 1987 in allen 4 Gebietstypen mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig waren. Dabei haben die in solitärer Lage befindlichen Städte ihre Stellung als Dienstleistungszentren am stärksten ausgebaut. Nahezu zwei Drittel ihrer erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet im tertiären Sektor. Mit einem Anteil von knapp 58 % Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich liegen die Ballungskerne zusammen ebenfalls noch über dem Landesdurchschnitt von 54,5 %.

(Siehe Tabelle S. 294.)

Den zunehmenden Grad der Tertiärisierung verdeutlichen die in folgender

Tabelle dargestellten Erwerbstätigenquotienten für 1970 und 1987. Dazu wurde die Zahl der Erwerbstätigen des Dienstleistungssektors auf 100 Erwerbstätige des primären und sekundären Sektors bezogen. Dabei zeigt sich, daß die Tertiärisierung in allen Gebietstypen und Gemeindegrößenklassen gleichermaßen fortgeschritten ist. Eine strukturelle Verschiebung zwischen den Gemeindetypen nach Gemeindegrößenklassen hinsichtlich des Umfangs der zunehmenden Tertiärisierung ist trotz des Bevölkerungsaustauschs von den Ballungskernen und solitären Verdichtungsgebieten zu den Randzonen und ländlichen Gebieten nicht zu erkennen.

Von dem starken Anwachsen der Erwerbstätigkeit im tertiären Bereich haben alle Regionen etwa gleich stark profitiert. Allerdings hat sich damit

auch der Abstand zwischen den Gebietstypen und zwischen kleinen und großen Gemeinden verfestigt.

Am 25. Mai 1987 kamen auf 100 Erwerbstätige im Produktionsbereich in den Solitärstädten 175 und in den Ballungskernen 137 Dienstleistungserwerbstätige. In den Randzonen und ländlichen Gebieten hat sich dieses Verhältnis mit 108 bzw. 102 Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich bezogen auf 100 Erwerbstätige im primären und sekundären Sektor nahezu ausgeglichen.

Betrachtet man die Entwicklung innerhalb der 4 Gebietstypen nach Gemeindegrößenklassen, bestätigt sich dieser Trend bei unterschiedlichem Ausgangsniveau der kleinen und großen Gemeinden.

In der jeweils kleinsten Gemeindegrößenklasse der Ballungskerne, der Ballungsrandzonen und der ländlichen Zonen lag die Zahl der Dienstleistungs-Erwerbstätigen 1970 zwischen 51 und 56 je 100 Produktions-Erwerbstätige, bis 1987 stieg diese Zahl auf 90 bis 113.

In gleichem Maße veränderte sich dieses Verhältnis in den größeren Gemeinden mit der Folge, daß in den größeren ländlichen Gemeinden rund 11 %, in den größeren Randzonen-Gemeinden rund 21 % und in den größeren Ballungskern-Gemeinden rund 59 % mehr Erwerbstätige des tertiären Bereichs als des Produzierenden Bereichs wohnten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß

- der primäre Sektor in keinem Gebietstyp bei der Zahl der Erwerbstätigen mehr von großer Bedeutung ist;
- der sekundäre Sektor in jedem Regionaltypus, insbesondere in den Ballungskernen, rückläufig ist;
- der tertiäre Sektor in jedem Regionaltyp inzwischen der dominierende Faktor ist.

Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich je 100 Erwerbstätige im primären und sekundären Wirtschaftsbereich am 25. 5. 1987

Gemeindegrößenklasse	Regionaltyp							
	Ballungskerne		Ballungsrandzonen		solitäre Verdichtungsgebiete		ländliche Zonen	
	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern								
unter 10 000	-	-	-	-	-	-	51,3	96,7
10 000 – 20 000	-	-	56,0	112,7	-	-	51,0	92,2
20 000 – 50 000	-	-	60,3	109,4	-	-	63,3	107,0
50 000 – 100 000	56,4	89,5	58,6	103,0	-	-	72,6	111,4
100 000 – 200 000	62,1	101,2	78,1	121,1	92,6	126,3	-	-
200 000 – 500 000	88,0	138,0	-	-	130,1	199,6	-	-
500 000 und mehr	101,9	159,1	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	87,6	136,7	61,4	108,2	118,8	175,3	59,6	101,7

Die Hellwegzone des Ruhrgebietes

In mehreren Aufsätzen werden in der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen ausgewählte Regionen, die zu wirtschaftspolitischen Zwecken aus benachbarten Gemeinden gebildet worden sind, nach bis zu 100 wirtschaftlichen, sozialen, umweltbezogenen oder demographischen Merkmalen beschrieben. Die dazu verwendeten Ausgangsdaten und Methoden der Datenpräsentation und -analyse wurden im Heft 1/1991 dieser Zeitschrift dargestellt.¹⁾ Die Ergebnisse der ersten Untersuchung dieser Art beziehen sich auf die Emscherzone und wurden im Heft 4/1991 veröffentlicht.

Die Hellwegzone wurde vor längerer Zeit für wirtschaftsstatistische und -politische Analysen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen abgegrenzt und der vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) durchgeführten „wirtschaftsstrukturellen Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet“ zugrundegelegt.²⁾ Die „klassische“ Hellwegzone umfaßte nach dem bis Ende des Jahres 1974 gültigen Gebietsstand die damals kreisfreien Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Mülheim, Wattenscheid und Witten. Bei der späteren Fortschreibung der „wirtschaftsstrukturellen Bestandsaufnahme“ verzichtete das RWI auf die Einbeziehung von Witten in die Hellwegzone.³⁾ Dieser Verzicht erfolgte zwangsläufig, weil die Untersuchung des RWI auf Daten für kreisfreie Städte und – nicht nach Gemeinden aufgliederte – Kreise beschränkt war und die inzwischen in Kraft getretene kom-

munale Gebietsreform des Jahres 1975 die Kreisfreiheit von Witten aufgehoben hatte; die Hellwegzone konnte somit nicht mehr in der früheren Abgrenzung exakt statistisch nachgewiesen werden. Dagegen werden hier Daten für – auch kreisangehörige – Gemeinden ausgewertet, so daß die vom RWI vorgenommene Einschränkung vermeidbar ist. Die Hellwegzone wird daher grundsätzlich wie früher abgegrenzt, jedoch nach dem aus der kommunalen Neugliederung resultierenden aktuellen Gebietsstand. Sie schließt also neben den kreisfreien Städten Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Mülheim auch die zum Ennepe-Ruhr-Kreis gehörende Stadt Witten ein. Die in der kreisfreien Stadt Bochum aufgegangene Stadt Wattenscheid tritt nicht mehr selbständig in Erscheinung. Die Hellwegzone umfaßt nunmehr auch Gebiete, die von außerhalb in die Städte der Zone eingemeindet wurden. Die statistischen Daten der Untersuchung beziehen sich entweder auf das Berichtsjahr 1989 oder das jeweils in Klammern angegebene Jahr.

Im folgenden wird zunächst die Hellwegzone insgesamt – d. h. das gewogene arithmetische Mittel der sechs zugehörigen Gemeinden – mit dem Gesamtgebiet von Nordrhein-Westfalen – dem gewogenen Mittel der 396 Gemeinden des Landes – nach den 25 in jeder der vier Merkmalsgruppen untersuchten Merkmalen verglichen.

In der Gruppe der wirtschaftlichen Merkmale sind Angaben über die Inanspruchnahme von Grundflächen, die Branchenstruktur, die Arbeitnehmer, einige gesamtwirtschaftliche Aggregate, die öffentlichen Finanzen und das Beherbergungswesen zusammengefaßt. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Katasterfläche ist in der Hellwegzone (27,5 %) sehr gering (Land 53,2 %), der Anteil der Betriebsfläche ist dagegen verhältnismäßig hoch (2,2 %; Land 1,0 %). Die landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb liegt mit 18,0 ha geringfügig unter dem Landesdurchschnitt (18,3 ha). Die Branchenstruktur ist durch einen niedrigen Anteil des Wirtschaftsbezugsbereichs Land- und Forstwirtschaft (0,7 %; Land 2,4 %) und durch einen hohen Anteil des Bereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung (23,3 %; Land 20,0 %) an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) gekennzeichnet. Die Beschäftigtenanteile der Wirtschaftsbezugsbereiche Energie-, Wasserversorgung und Bergbau (2,8 %; Land 3,2 %), Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe (36,1 %; Land 37,5 %), Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe (17,7 %; Land 17,4 %) und Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte (19,4 %; Land 19,5 %) weichen nur wenig vom Landesdurchschnitt ab. Kennzeichnend für die Wirtschaftsstruktur ist auch die große Durchschnittszahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (258; Land 178). Von 100 Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) sind in der Hellwegzone 86, im Land dagegen nur 80 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern sind 63,1 % (Land 61,6 %) Männer, 55,4 % (Land 53,7 %) Personen mit Dienstleistungsberufen, 22,7 % (Land 22,3 %) Facharbeiter

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Multivariate Beschreibung von Regionen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 1/1991, S. 15 ff.

2) Vgl. Klaus Löbke und Roswitha Kruck: Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Neue Folge Heft 37. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, S. 14.

3) Vgl. Rolf Brune, Henning Hennies-Rautenberg und Klaus Löbke: Wirtschaftsstrukturelle Bestandsaufnahme für das Ruhrgebiet. 1. Fortschreibung. Gutachten, erstellt im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Münster. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen 1978, S. 17 f.

und 9,0 % (Land 9,0 %) Teilzeitbeschäftigte. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weist für die Hellwegzone hohe Beträge der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (86 935 DM; Land 79 845 DM; Berichtsjahr 1988) oder zu Faktorkosten (80 016 DM; Land 72 356 DM; Berichtsjahr 1986) je Beschäftigten, dagegen knapp unterdurchschnittliche Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten (13 889 DM; Land 14 836 DM; Berichtsjahr 1988) aus. Bei den untersuchten Merkmalen der öffentlichen Finanzen erreicht die Hellwegzone nach der Realsteuerkraft (674 DM; Land 789 DM) und der Steuereinnahmekraft (1 140 DM; Land 1 238 DM) je Einwohner niedrige Werte, nach den kommunalen öffentlichen Schulden je Einwohner (2 578 DM; Land 2 263 DM) dagegen einen relativ hohen Betrag. Der durchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital übersteigt mit 427 % den Landesdurchschnitt (391 %). Bei den Merkmalen des Beherbergungswesens fallen die niedrige Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner (5,1; Land 13,8) und der hohe Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten (22,0 %; Land 16,2 %) auf. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage je Person) in Beherbergungsstätten ist in der Hellwegzone mit 2,2 kürzer als im Land (3,1).

In der Gruppe der sozialen Merkmale sind Angaben über die politischen Wahlen, die allgemeinbildenden Schulen, das Wohnungswesen, die Einkommenslage und die Krankenhäuser zusammengefaßt. Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1989 war in der Hellwegzone großstadttypisch gering (61,6 %; Land 65,6 %). Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1990 weichen die Stimmenanteile der SPD (51,9 %;

Land 41,1 %) und der CDU (31,2 %; Land 40,5 %) in entgegengesetzter Richtung sehr weit, die Anteile der F.D.P. (9,0 %; Land 11,0 %) und der GRÜNEN (4,3 %; Land 4,3 %) dagegen nur weniger bzw. gar nicht vom Landesdurchschnitt ab. Die Schulstatistik weist für die Hellwegzone einen besonders hohen Anteil der Ausländer an den Grundschulern (17,4 %; Land 14,4 %) und ebenfalls überdurchschnittliche Anteile der Personen ohne Hauptschulabschluß an den Schulabgängen aller weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (6,8 %; Land 6,3 %) und der Abiturienten an den Schulabgängen (30,1 %; Land 28,8 %) aus. Der Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs beträgt 27,5 % (Land 30,6 %), der Anteil der Realschüler 17,7 % (Land 23,4 %) und der Anteil der Gymnasialschüler 30,5 % (Land 32,1 %). Auf einen Grundschullehrer kommen in Region und Land 18,5 Grundschüler. Das Wohnungswesen ist durch hohe Werte der Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung (99,3 m²; Land 93,2 m²) und der Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (3,5; Land 2,4) sowie niedrige Werte der Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung (3,9; Land 4,3) und des Anteils der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (91,6 %; Land 94,3 %) gekennzeichnet. Alle Gemeinden der Hellwegzone haben auf der Fünf-Stufen-Skala der Wohngeldstatistik die Mietenstufe 3 (Landesdurchschnitt 3,1). Das verfügbare Einkommen je Einwohner ist geringfügig überdurchschnittlich (21 231 DM; Land 21 043 DM), das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (23 714 DM; Land 24 836 DM) unterdurchschnittlich (Berichtsjahr 1987). Zur Beschreibung der Einkommenslage im weiteren Sinne wird hier auch die Anzahl der Insolvenzen von Privatleuten je 100 000 Einwohner verwendet (6,2; Land 7,0). Die Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern beträgt je Haus 431

(Land 346) und je 1 000 Einwohner 9,1 (Land 7,7). In diesen Krankenhäusern gibt es je 1 000 betriebene Betten 177 hauptamtliche Ärzte (Land 161) und 459 Krankenschwestern und Krankenpfleger (Land 475). Je Hebamme haben in den Allgemeinkrankenhäusern im Berichtsjahr 102 (Land 107) Frauen entbunden.

Die Gruppe der umweltbezogenen Merkmale umfaßt Angaben über die umweltrelevante Flächennutzung, den Straßenverkehr, die Umweltschutzinvestitionen, die festen Abfälle und das Abwasser. Die Katasterfläche der Hellwegzone wird in sehr starkem Maße von der Gebäude- und (Gebäuden zugeordneten) Freifläche (35,2 %; Land 11,0 %), der Verkehrsfläche (13,9 %; Land 6,3 %) und der Erholungsfläche (5,2 %; Land 1,1 %), dagegen nur sehr wenig von der Waldfläche (10,4 %; Land 24,7 %) in Anspruch genommen. Der Anteil des Dauergrünlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche bleibt deutlich hinter dem Landesdurchschnitt zurück (22,2 %; Land 30,2 %). Auf einen Quadratkilometer entfallen 2 349 Einwohner (Land 502), 4 445 m³ (Land 1 706) Rauminhalt von Baufertigstellungen (Neubau und Wiederaufbau) in Wohn- und Nichtwohngebäuden und 15 655 (Land 1 338) Tonnen Steinkohleneinheiten an Energieverbrauch (außer Strom) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Bezogen auf 1 000 Einwohner sind der Bestand an Kraftfahrzeugen (479; Land 523) und die Anzahl der Straßenverkehrsunfälle (7,3; Land 7,9) unterdurchschnittlich; der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle (64,1 %; Land 63,6 %) ist dagegen geringfügig überdurchschnittlich. Die Umweltschutzinvestitionen erreichen in der Hellwegzone einen Anteil von 14,8 % (Land 13,2 %) an den Gesamtinvestitionen des Produzierenden Gewerbes (Berichtsjahr 1988). Die untersuchten

abfall- bzw. abwasserstatistischen Merkmale beziehen sich auf das Berichtsjahr 1987. Hinsichtlich der festen Abfälle ist die Hellwegzone durch hohe Werte der eingesammelten Abfallmenge an Haus- und Sperrmüll je Einwohner (447 kg; Land 379 kg), der an öffentliche Abfallbeseitigungsanlagen gelieferten Abfallmenge außer Haus- und Sperrmüll je Einwohner (1 068 kg; Land 777 kg) und besonders des Sonderabfallaufkommens aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner (235 kg; Land 82 kg) gekennzeichnet; die Kapazität (Restvolumen) je Einwohner der öffentlichen Abfalldeponien (5,4 m³; Land 8,6 m³) und besonders der betriebseigenen Abfalldeponien des Produzierenden Gewerbes und der Krankenhäuser (6,7 m³; Land 16,5 m³) ist dagegen gering. In der Hellwegzone sind fast alle Einwohner (98,9 %; Land 91,9 %) an öffentlichen Kläranlagen angeschlossen. Die bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Abwassermengen werden – bis auf eine sehr geringe Menge in Essen – überhaupt nicht direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleitet (Land 0,5 %), abgesehen von Duisburg (28,2 %) in allen Städten zu 100 % in biologischen Kläranlagen behandelt (Land 94,0 %) und zu 20,7 % (Land 30,9 %) über die biologische Behandlung hinaus einer weitergehenden chemisch-physikalischen Behandlung unterzogen. Die bei der betriebseigenen Abwasserbeseitigung des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes anfallenden Abwassermengen (ohne Kühlwasser) werden zu 25,3 % (Land 32,7 %) direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleitet, außer in Duisburg (17,1 %) in keiner Stadt auch nicht anteilig in biologischen Kläranlagen behandelt (Land 47,5 %) und in der ganzen Region über diese biologische Behandlung hinaus keiner weitergehenden che-

misch-physikalischen Behandlung unterzogen (Land 25,2 %). Die Konzentration der Abwasserschädlichkeit bei öffentlichen Kläranlagen vor der Behandlung, berechnet anhand des chemischen Sauerstoffbedarfs, beträgt in der Hellwegzone 438 (Land 439) Milligramm pro Liter des gereinigten Abwassers.

Zur Gruppe der demographischen Merkmale gehören Angaben über die Staatsangehörigkeit, das Geschlecht, das Lebensalter, die Erwerbspersoneneigenschaft, die natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung insgesamt und die Veränderung der Einwohnerzahl. In der Hellwegzone sind die Anteile der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (9,6 %; Land 8,7 %), den Einwohnern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren (9,5 %; Land 8,8 %), den Lebendgeborenen (17,5 %; Land 13,9 %) und besonders an den Zuzügen (37,0 %; Land 22,4 %) und den Fortzügen (32,4 %; Land 19,6 %) überdurchschnittlich. Die Anteile der männlichen Personen an der Gesamtbevölkerung (47,6 %; Land 48,1 %), den Einwohnern im Alter ab 65 Jahren (32,8 %; Land 33,6 %), den Lebendgeborenen (50,8 %; Land 51,1 %), den Zuzügen (52,2 %; Land 51,6 %) und den Fortzügen (52,4 %; Land 51,6 %) und den ausländischen Einwohnern (54,6 %; Land 54,6 %) weichen generell nur wenig vom Landesdurchschnitt ab. Die Anteile der Personen im Alter von unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung (16,2 %; Land 18,2 %), den Zuzügen (20,7 %; Land 22,7 %) und den Fortzügen (15,6 %; Land 19,2 %) sind verhältnismäßig niedrig. Die Anteile der Personen im Alter ab 65 Jahre betragen bei der Gesamtbevölkerung 16,7 % (Land 15,0 %), den Zuzügen 3,9 % (Land 4,1 %) und den Fortzügen 6,2 % (Land 4,8 %). Relativ zum Landesdurchschnitt ist der Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen mit 25,8 % (Land 30,2 %) auffallend niedrig, an den Fortzügen mit 38,1 % (Land 37,1 %) dagegen eher hoch. Während

die natürliche Bevölkerungsbewegung mit 9,9 Lebendgeborenen (Land 10,9) und 12,7 Gestorbenen (Land 11,1) je 1 000 Einwohner keine größeren Abweichungen vom Landesdurchschnitt aufweist, ist die räumliche Bewegung mit 42,6 Zuzügen (Land 52,7) und 31,2 Fortzügen (Land 39,1) je 1 000 Einwohner durch sehr niedrige Werte gekennzeichnet. Die Veränderung der Einwohnerzahl verlief in der Hellwegzone im Berichtsjahr 1989 in gleicher Richtung (+0,9 %; Land +1,4 %), im Zehnjahreszeitraum ab 1979 in entgegengesetzter Richtung (–3,5 %; Land +0,5 %) wie im Land Nordrhein-Westfalen.

Im folgenden wird jede Gemeinde der Hellwegzone gesondert nach den Merkmalen beschrieben, in denen sie innerhalb der Region und auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt herausragende Werte hat. Dabei werden diejenigen Merkmale betrachtet, nach denen die Gemeinde in gleicher Richtung wie der regionale Mittelwert weiter als jede andere Gemeinde der Region vom landesdurchschnittlichen Wert abweicht. Diese Merkmalswerte werden als am besten geeignet angesehen, die Gemeinde zu charakterisieren.

Bochum weist unter den wirtschaftlichen Merkmalen hohe Werte des Anteils der Facharbeiter an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1988), dagegen einen niedrigen Wert der Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1988) auf. Von den sozialen Merkmalen zugeordneten Merkmalen des Wohnungssektors ist der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden besonders niedrig, die Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung dagegen groß. Je 1 000 Einwohner gibt es verhältnismäßig viele betriebene Betten in Allgemein-

krankenhäusern. Die zu den sozialen Merkmalen gerechnete Anzahl der entbundenen Frauen je Hebamme in Allgemeinkrankenhäusern ist gering. Von den umweltrelevanten Daten zur Flächennutzung sind die Anteile der Gebäudefläche (einschließlich der Gebäuden zugeordneten Freifläche) und der Waldfläche an der Katasterfläche als charakteristisch zu erwähnen. Die Gebäude nehmen sehr viel, der Wald sehr wenig Fläche in Anspruch. Groß ist auch der Rauminhalt der Baufertigstellungen (Neubau und Wiederaufbau) in Wohn- und Nichtwohngebäuden je km². Unter den umweltstatistischen Merkmalen fällt ferner der niedrige Anteil der bei der betriebseigenen Abwasserbeseitigung des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleiteten Abwassermengen (ohne Kühlwasser) auf (Berichtsjahr 1987). Zur Kennzeichnung der demographischen Situation ist die niedrige Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner zu erwähnen. Die Personen im Alter ab 65 Jahren sind an den Zuzügen besonders wenig, an den Fortzügen dagegen stark beteiligt.

Dortmund erreicht im definierten Sinne charakteristische Werte wirtschaftlicher Merkmale bei der Realsteuereinkraft und der Steuereinnahmekraft je Einwohner; beide sind sehr gering. Ein weiteres auffallendes wirtschaftliches Merkmal ist die niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Person in Beherbergungsstätten. Nach den sozialen Merkmalen weist Dortmund keine besonderen Kennzeichen auf. Unter den demographischen Merkmalen ist hier nur der niedrige Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen von Belang. Die unter den extremen Merkmalen am stärksten vertretene Gruppe ist die der umweltbezogenen Merkmale. Von den umweltrelevanten Flächendaten ist der

Anteil des Dauergrünlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche sehr gering. Der großstadtypisch niedrige Bestand an Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner ist in besonderem Maße ausgeprägt. In Dortmund wird innerhalb der Hellwegzone je Einwohner die größte Abfallmenge (ohne Haus- und Sperrmüll) an öffentliche Abfallbeseitigungsanlagen geliefert (Berichtsjahr 1987). Die Konzentration der Abwasserschädlichkeit bei öffentlichen Kläranlagen vor der Behandlung, berechnet anhand des chemischen Sauerstoffbedarfs in Milligramm pro Liter des gereinigten Abwassers, ist besonders niedrig.

Duisburg hat in der Region den kleinsten Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987). Zu den charakteristischen wirtschaftlichen Merkmalen – hier mit besonders hohen Werten – gehören auch der Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Sehr hoch ist ferner der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten. Die kommunalen Schulden je Einwohner sind größer als in jeder anderen Gemeinde der Hellwegzone. Unter den sozialen Merkmalen erreicht der Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1990 einen sehr hohen und der Anteil der F.D.P. einen besonders niedrigen Wert. Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1989 war gering. Duisburg ist durch hohe Anteile der Ausländer an den Grundschulern und der Personen ohne Hauptschulabschluß an den Schulabgängen aller weiterführenden allgemeinbildenden Schulen gekennzeichnet. Das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1987) ist verhältnismäßig niedrig. Von den umweltschutzstatistischen Merkmalen (Berichtsjahr 1987) weisen das Sonderabfallauf-

kommen aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner und der Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner hohe, der Anteil der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen dagegen einen niedrigen Wert auf. Der ebenfalls umweltrelevante Anteil der Verkehrsfläche an der Katasterfläche ist relativ hoch. Extrem groß ist der Energieverbrauch (außer Strom) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je km². Bei den demographischen Merkmalen fallen in Duisburg vor allem die hohen Anteile der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, den Einwohnern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, den Lebendgeborenen, den Zuzügen und den Fortzügen auf. Die Anteile der männlichen Personen an den Lebendgeborenen sind verhältnismäßig niedrig, an den Zuzügen und den Fortzügen hoch. Innerhalb der Hellwegzone hat die Einwohnerzahl in Duisburg im Zehnjahreszeitraum von 1979 bis 1989 prozentual am stärksten abgenommen.

Für Essen sind besonders viele wirtschaftliche Merkmale charakteristisch. Von der Katasterfläche entfällt ein relativ großer Anteil auf die Betriebsfläche und ein verhältnismäßig kleiner Anteil auf die Landwirtschaftsfläche. An der Gesamtzahl der Beschäftigten sind die Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe vergleichsweise stark, der Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe dagegen eher schwach beteiligt (Berichtsjahr 1987). Hoch sind die Anteile der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987) und der Personen mit Dienstlei-

stungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Beschäftigten (Berichtsjahr 1986) ist in Essen größer als in den anderen Gemeinden der Hellwegzone. Von den untersuchten sozialen Merkmalen fallen nur die große Anzahl der hauptamtlichen Ärzte in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 betriebene Betten und die große Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude auf. Von den umweltrelevanten flächenbezogenen Daten sind die große Anzahl der Einwohner je km², aber auch der hohe Anteil der Erholungsfläche an der Katasterfläche zu erwähnen. Besonders hoch ist auch der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen des Produzierenden Gewerbes (Berichtsjahr 1988). Demographische Merkmale mit charakteristischen Werten für Essen sind die geringe Anzahl der Zuzüge und der Fortzüge je 1 000 Einwohner und der niedrige Anteil der Personen im Alter von unter 18 Jahren an den Fortzügen. Niedrig ist auch der Anteil der Männer an den Einwohnern im Alter ab 65 Jahren. Die Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner ist in Essen größer als in den anderen Gemeinden der Region.

Mülheim hat als wirtschaftliche Merkmale relativ kleine Anteile der Wirtschaftsbereiche Energie-, Wasserversorgung und Bergbau sowie Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Berichtsjahr 1987). Soziale Merkmale mit großen Werten sind das verfügbare Einkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1987) und der Anteil der Abiturienten an den Schulabgängen. Kennzeichen des Gesundheitswesens sind die große Anzahl der betriebenen Betten je Allgemeinkrankenhaus und die relativ kleine Anzahl der Krankenschwestern

und Krankenpfleger in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 betriebene Betten. Bei den umweltstatistischen Merkmalen (Berichtsjahr 1987) sind die große eingesammelte Abfallmenge an Haus- und Sperrmüll je entsorgten Einwohner und die geringe Kapazität (Restvolumen) der betriebseigenen Abfalldeponien von Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner zu erwähnen. In demographischer Hinsicht sind für Mülheim die niedrigen Anteile der Männer und der Personen im Alter von unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung und der Personen im Alter von unter 18 Jahren an den Zuzügen sowie der hohe Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen charakteristisch. Die Einwohnerzahl hat im Berichtsjahr 1989 in Mülheim prozentual schwächer zugenommen als in den anderen Gemeinden der Hellwegzone.

Witten weist außer der kleinen landwirtschaftlich genutzten Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb und der geringen Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner keine im Sinne der Untersuchung charakteristischen wirtschaftlichen Merkmale auf. Von den sozialen Merkmalen ist der Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs ziemlich niedrig; dies gilt auch für den Anteil der Gymnasialschüler. Der Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl 1990 ist vergleichsweise gering. Kleiner als in den anderen Gemeinden der Region ist auch die Anzahl der Insolvenzen von Privatleuten je 100 000 Einwohner. Die zu den umweltrelevanten Merkmalen gerechnete Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner ist relativ niedrig, der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle dagegen hoch. Witten hat keine im definierten Sinne charakteristischen demographischen Merkmale.

Die Homogenität der Hellwegzone kann mit dem Intraklass-Korrelationskoeffizienten gemessen werden. Der

Koeffizient erreicht sein Maximum +1 für ein Merkmal bei totaler Übereinstimmung der Merkmalswerte aller zu der Region gehörenden Gemeinden. Dieser Fall maximaler Homogenität tritt bei den 100 untersuchten Merkmalen in zwei Fällen auf. Alle Gemeinden der Hellwegzone haben auf der Fünf-Stufen-Skala der Wohngeldstatistik die Mietenstufe 3. In keiner Gemeinde gibt es eine betriebseigene Abwasserbeseitigungsanlage des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, in der das Abwasser sowohl biologisch als auch weitergehend chemisch-physikalisch behandelt wird (Berichtsjahr 1987). Negative Werte der Intraklass-Korrelation – als Hinweise auf relative Heterogenität – erreichen nur Beträge von maximal 0,2 und treten bei sechs wirtschaftlichen, sechs umweltbezogenen, drei sozialen und keinem demographischen Merkmal auf. Die Auflistung auf Seite 273 enthält alle Merkmale, die für die Hellwegzone extrem hohe positive Intraklass-Korrelationskoeffizienten (mit Werten von mehr als +0,9) haben. In Klammern ist für jedes Merkmal der Wert des Koeffizienten sowie durch den Buchstaben W, S, U oder D die Zugehörigkeit zu der Gruppe der wirtschaftlichen, sozialen, umweltbezogenen oder demographischen Merkmale angegeben. Von diesen Merkmalen, in denen das Ausmaß der Homogenität der Hellwegzone am stärksten zum Ausdruck kommt, gehören 11 zu den sozialen, 6 zu den umweltbezogenen, 5 zu den wirtschaftlichen und 5 zu den demographischen Merkmalen. Das ungewogene arithmetische Mittel der Koeffizienten aller je 25 Merkmale beträgt für die sozialen Merkmale +0,71, die demographischen +0,64, die wirtschaftlichen +0,49 und die umweltbezogenen +0,45. Über alle 100 Merkmale ergibt sich ein Mittelwert von +0,57. Die sozialen Merkmale haben demnach nach dieser Maßzahl für die gemeinsame Beschreibung der Gemeinden der Hellwegzone besondere Be-

**Merkmale mit hohen Werten der Intraklass-Korrelationskoeffizienten
für die Gemeinden der Hellwegzone
(Berichtsjahr 1989 oder angegebenes Jahr)
– Erläuterungen im Text –**

- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik (Fünf-Stufen-Skala) (+1 S)
- Anteil der Abwassermengen mit biologischer und weitergehender chemisch-physikalischer Behandlung bei betriebseigenen Abwasseranlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (%) (Berichtsjahr 1987) (+1 U)
- Anteil der bei der öffentlichen Abwasserbeseitigung direkt in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleiteten Abwassermengen (%) (Berichtsjahr 1987) (+0,9999 U)
- Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (%) (Berichtsjahr 1987) (+0,9994 W)
- Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (%) (+0,9973 W)
- Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner (+0,9959 W)
- Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung (+0,9950 S)
- Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (%) (+0,9851 S)
- Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl 1990 (%) (+0,9839 S)
- Anteil der Realschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs (%) (+0,9815 S)
- Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (+0,9804 S)
- Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (%) (Berichtsjahr 1987) (+0,9785 U)
- Anzahl der Krankenschwestern und Krankenpfleger in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 betriebene Betten (+0,9699 S)
- Anteil der Einwohner im Alter von unter 18 Jahren (%) (+0,9681 D)
- Veränderung der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum 1979 bis 1989 (%) (+0,9681 D)
- Anzahl der betriebenen Betten je Allgemeinkrankenhaus (+0,9635 S)
- Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner (+0,9576 D)
- Anzahl der entbundenen Frauen je Hebamme in Allgemeinkrankenhäusern (+0,9551 S)
- Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1990 (%) (+0,9539 S)
- Anteil der Gebäude- und (Gebäuden zugeordneten) Freifläche an der Katasterfläche (%) (+0,9421 U)
- Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (%) (Berichtsjahr 1987) (+0,9389 W)
- Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Katasterfläche (%) (+0,9356 W)
- Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahren (%) (+0,9346 D)
- Anzahl der hauptamtlichen Ärzte in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 betriebene Betten (+0,9342 S)
- Anteil der Verkehrsfläche an der Katasterfläche (%) (+0,9208 U)
- Anteil der Männer an der Gesamtbevölkerung (%) (+0,9134 D)
- Anzahl der Einwohner je km² (+0,9108 U)

deutung. Auch bei der Beschreibung der Emscherzone standen – wenn auch teilweise andere – soziale Merkmale im Vordergrund.⁴⁾

Das 95 %-Quantil der Mahalanobis-Distanzen aller möglichen Gemeindepaare, die innerhalb der Hellwegzone gebildet werden können, ist ein geeignetes Maß dafür, wie relativ homogen bzw. heterogen die Hellwegzone im Vergleich zum Land Nordrhein-Westfalen ist. Innerhalb der Hellwegzone sind 15, innerhalb des Landes 78 210 paarweise Vergleiche von Gemeinden möglich und damit Distanzen berechenbar. Das 95 %-Quantil der Distanzen der Hellwegzone nimmt in der vom kleinsten zum größten Wert geordneten Reihe der Distanzen des Landes bei den wirtschaftlichen Merkmalen die laufende Nummer 10 773, bei den sozialen Merkmalen die Nummer 23 159, bei den umweltbezogenen Merkmalen die Nummer 75 985 und bei den demographischen Merkmalen die Nummer 14 188 ein. Bei Zusammenfassung aller 100 Merkmale hat das 95 %-Quantil der Hellwegzone unter den Distanzen des Landes die laufende Nummer 69 875. Die der letztgenannten Nummer entsprechende Nummer für die Emscherzone war 49 809. Danach ist die relative Homogenität der Hellwegzone deutlich geringer als die der Emscherzone. Die maximale Distanz innerhalb der Hellwegzone nach den wirtschaftlichen Merkmalen besteht zwischen den Gemeinden Essen und Witten und macht 6 % der (nicht theoretisch erreichbaren, sondern tatsächlich vorkommenden) maximalen und 53 % der (als ungewogenes arithmetisches Mittel berechneten) durchschnittlichen Distanz innerhalb des Landes aus. Die maximale Distanz der Region nach den sozialen Merkmalen besteht zwischen Duisburg und Mül-

4) Vgl. Wolfgang Gerß: Die Emscherzone. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 4/1991, S. 178 ff. (bes. S. 182).

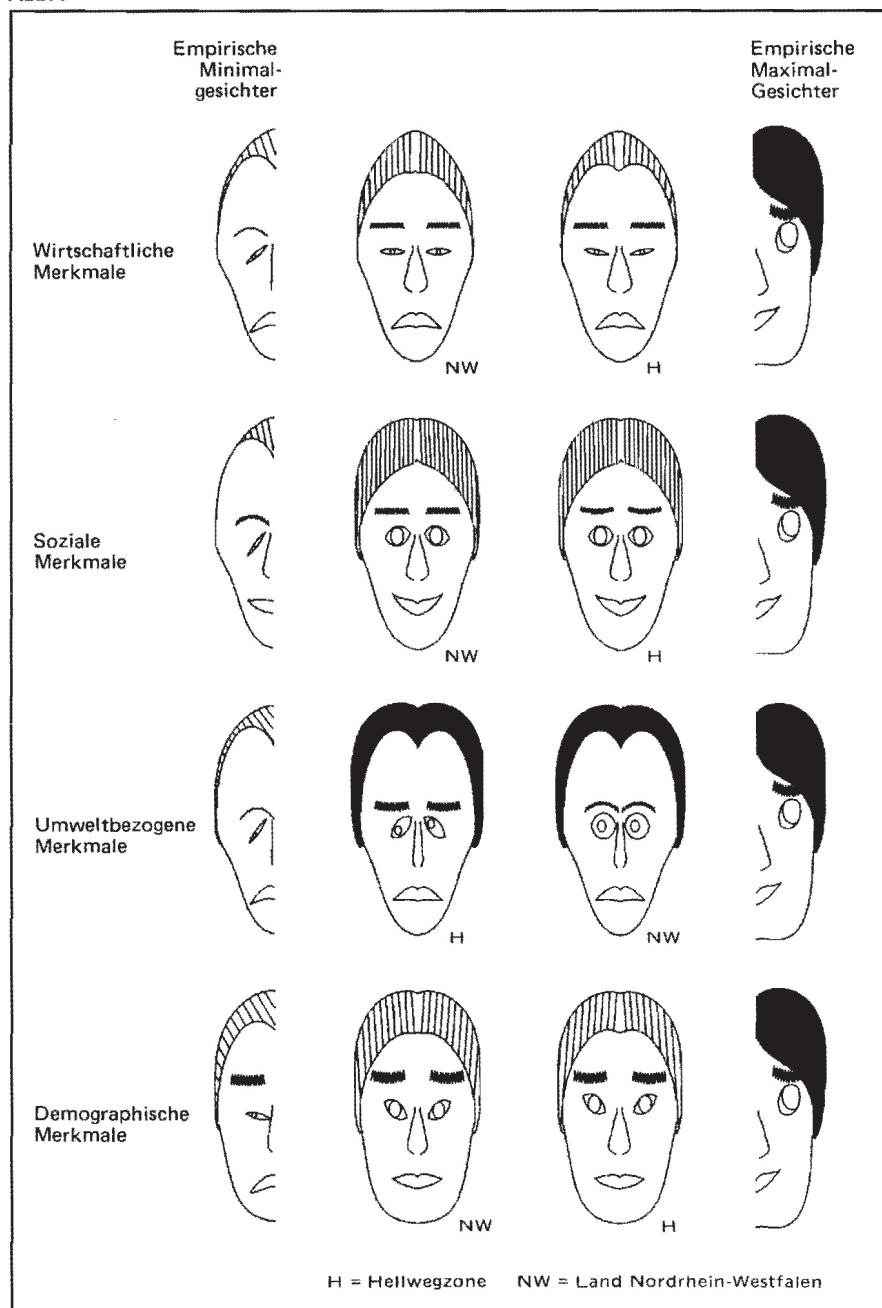
heim und macht 17 % der maximalen und 78 % der durchschnittlichen Distanz des Landes aus. Die maximale Distanz der Region nach den umweltbezogenen Merkmalen besteht zwi-

schen Duisburg und Essen und macht 26 % der maximalen und 296 % der durchschnittlichen Distanz des Landes aus. Die maximale Distanz der Region nach den demographischen

Merkmalen besteht zwischen Duisburg und Bochum und macht 6 % der maximalen und 59 % der durchschnittlichen Distanz des Landes aus. Bei Zusammenfassung aller 100 Merkmale erreicht die maximale Distanz der Region – zwischen Duisburg und Essen – 44 % der maximalen und 142 % der durchschnittlichen Distanz des Landes. Für die Emscherzone ergaben sich demgegenüber bei Zusammenfassung aller 100 Merkmale höchstens 35 % der maximalen und 115 % der durchschnittlichen Distanz des Landes. Damit bestätigt sich die im Vergleich zur Emscherzone geringere Homogenität der Hellwegzone. Trotzdem ist diese noch erheblich homogener als das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt.

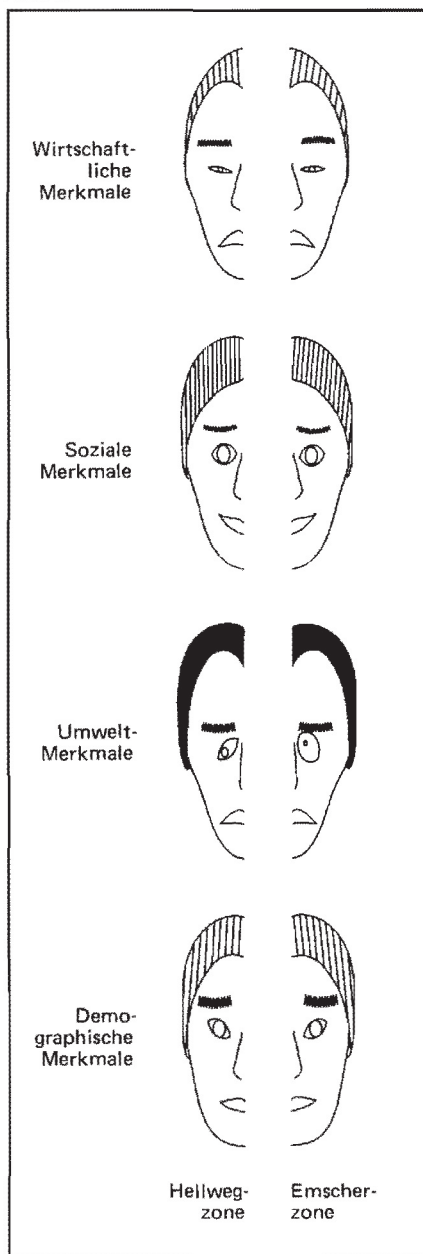
Die Abbildung 1 symbolisiert die Stellung der Hellwegzone gegenüber extremen bzw. durchschnittlichen Merkmalsausprägungen in wirtschaftlicher, sozialer, umweltbezogener und demographischer Hinsicht durch den einzelnen Merkmalen zugeordnete Parameter des menschlichen Gesichts. Das für jede Merkmalsgruppe angegebene empirische Minimal- bzw. Maximalgesicht stellt die bei einer der 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich vorkommenden minimalen bzw. maximalen Werte dar. Die Gesichter „Land Nordrhein-Westfalen“ zeigen – wie die Gesichter der Hellwegzone – die als gewogenes arithmetisches Mittel berechneten Durchschnittswerte aller zum Land bzw. zur Region gehörenden Gemeinden. Die Anordnung der Gesichter in jeder Zeile der Abbildung gibt – nach dem Gesamteindruck der Merkmalsgruppe – die Richtung der Abweichung der Hellwegzone vom Landesdurchschnitt wieder. Die Zuordnung der Merkmale zu den Gesichtsparametern ist im Heft 1/1991 der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen (Seiten 18 bis 20) beschrieben. Die Abbildung macht deutlich, wie weit die Hellwegzone von den empirischen Extremwerten entfernt bzw. wie nahe sie den landesdurchschnittlichen Werten steht. In

Abb. 1



Wahlverhalten bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

Abb. 2



der Abbildung 2 sind die Gesichter der Hellwegzone denen der Emscherzone gegenübergestellt. Dadurch wird auf einen Blick sichtbar, in welchem Maße sich die beiden Regionen nach der wirtschaftlichen, sozialen, umweltbezogenen oder demographischen Lage unterscheiden.

Vorbemerkung

Die amtlichen Ergebnisse der Bundestagswahlen werden in der Wahlnacht als vorläufiges Ergebnis und etwa 10 bis 14 Tage später als endgültiges Ergebnis festgestellt und dokumentiert. Diese auf der Ebene der einzelnen Wahlkreise, Verwaltungsbezirke, Länder und des gesamten Bundesgebietes zusammengestellten Informationen über die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten und ihre Stimmabgabe für die zur Wahl angetretenen Direktkandidaten und Parteien vermitteln jedoch ein unzureichendes Gesamtbild, da sie auf „Durchschnittswerten“ sämtlicher zur Wahl zugelassenen oder an ihr teilnehmenden Männer und Frauen aller Altersgruppen beruhen.

Die nach jeder Wahl einsetzende politische Nachlese erstreckt sich nicht nur auf die Bemühungen zur Klärung der Fragen, welche Ursachen z. B. für eine hohe oder geringe Wahlbeteiligung maßgebend gewesen sind oder zum Wahlerfolg oder Mißerfolg von Parteien oder Direktkandidaten geführt haben; die Erforschung der Ursachen für ein bestimmtes Wahlverhalten der Bevölkerung, der sich u. a. zahlreiche wissenschaftliche Institute widmen, vollzieht sich vor dem Hintergrund der von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt auf wahlgesetzlicher Grundlage – § 51 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes und § 85 der Bundeswahlordnung – durchgeführten repräsentativen Wahlstatistik, die die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der männlichen und der weiblichen Wahlbevölkerung in der Gliederung nach Altersgruppen untersucht.

Diese besondere Wahlstatistik, deren Ergebnisse auf einer bundesweit angelegten „geschichteten“ (jedes Land bildet eine Schicht) Zufallsauswahl von Wahlbezirken basieren, wird seit der 2. Bundestagswahl 1953 geführt, zunächst ohne Beteiligung des Saarlandes sowie von Rheinland-Pfalz und

Bayern, seit der Bundestagswahl 1957 unter Einbeziehung aller Bundesländer. In der Folgezeit wurden derartige Auswertungen auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt, in Nordrhein-Westfalen z. B. bei Landtagswahlen seit 1954 und bei Kommunalwahlen seit 1961.

Durch besondere organisatorische Maßnahmen – z. B. Festlegung einer Mindestzahl von Wahlberechtigten je Auswahlbezirk, Veröffentlichungsverbot für Ergebnisse einzelner Wahlbezirke – ist Vorsorge getroffen worden, daß der durch das Grundgesetz gebotene Schutz des Wahlgeheimnisses voll gewährleistet ist.

Die Prozentanteile der in die repräsentative Bundestagswahlstatistik einbezogenen Auswahlbezirke (sog. Auswahlsätze) weichen in den verschiedenen Bundesländern mehr oder weniger stark voneinander ab, je nachdem, ob auch für regionale Gliederungen unterhalb der Landesebene (z. B. für Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen) oder für kleinere Länder und/oder kleinere Parteien noch aussagefähige Ergebnisse gewonnen werden sollen. Bei der Bundestagswahl 1987 schwankten z. B. die Auswahlsätze zwischen 1,0 % in Hamburg und 5,5 % im Saarland, bei einem bundesdurchschnittlichen Satz von 3,3 %.

Die statistischen Landesämter ebenso wie das Statistische Bundesamt sind dem berechtigten Anliegen der Konsumenten nach einer schnellen Verfügbarkeit der wahlstatistischen Daten durch organisatorische und technische Maßnahmen im Rahmen des Möglichen entgegengekommen, auch wenn sicherlich noch Wünsche offenbleiben.

In Nordrhein-Westfalen wurden für die Bundestagswahl 1990 von insgesamt 14 610 allgemeinen Wahlbezirken (ohne Briefwahlbezirke) 563 nach

einem besonderen Verfahren ausgewählte Wahlbezirke in die wahlstatistischen Untersuchungen einbezogen; das entsprach einem Auswahl-satz von etwa 4 %. Die durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten je Stichprobenwahlbezirk betrug 945.

Aufbereitete Merkmale

Für die Feststellung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse herangezogen, die neben dem Stimmabgabe- oder Wahlscheinvermerk (Haken bzw. W) auch Angaben über das Geschlecht (Vornamen) und das Geburtsdatum enthalten. Die wahlberechtigten Männer und Frauen wurden nach 10 Geburtsjahrgruppen unterschieden.

Geburtsjahr	Entsprechendes Alter (ungefähr)
1970 – 1972	18 bis unter 21 Jahre
1966 – 1969	21 bis unter 25 Jahre
1961 – 1965	25 bis unter 30 Jahre
1956 – 1960	30 bis unter 35 Jahre
1951 – 1955	35 bis unter 40 Jahre
1946 – 1950	40 bis unter 45 Jahre
1941 – 1945	45 bis unter 50 Jahre
1931 – 1940	50 bis unter 60 Jahre
1921 – 1930	60 bis unter 70 Jahre
1920 und früher	70 Jahre und älter

Für die einzelnen Altersgruppen der wahlberechtigten Männer und Frauen werden in jedem repräsentativen Wahlbezirk folgende Zahlen ermittelt:

1. Wahlberechtigte insgesamt
- davon
- 1.1 Wahlberechtigte mit Sperrvermerk W für ausgegebene Wahlscheine
- 1.2 Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk W
2. Wähler ohne Wahlschein
3. Nichtwähler ohne Wahlschein

Auf der Ebene der Wahlbezirke sind die Zahlen der Wähler und Nichtwähler unter den Wahlscheininhabern grundsätzlich nicht feststellbar, da die Briefwähler ihren Wahlbrief mit dem Wahlschein und den Briefwahlunterlagen an den für den Wahlkreis zuständigen Kreiswahlleiter senden und die übrigen Wahlberechtigten mit Wahlschein – ohne Briefwahlunterlagen – in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises wählen können.

Bei der Berechnung der Wahlbeteiligung werden daher die Wähler mit Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis (solche ohne Wahlscheinvermerk W) zahlenmäßig in Beziehung gesetzt zu den Wahlberechtigten ohne Sperrvermerk W für ausgegebene Wahlscheine. Da die bei der letzten Bundestagswahl knapp 1,4 Mill. Wahlberechtigten mit Wahlschein (10,5 %), die erfahrungsgemäß eine höhere Wahlbeteiligung haben als die übrigen Wähler, unberücksichtigt blieben, liegen die im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik ermittelten Wahlbeteiligungsquoten etwas zu niedrig.

Grundlage für die Untersuchung der Stimmabgabe waren Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen, gegliedert nach jeweils 5 Geburtsjahrgruppen:

Geburtsjahr	Entsprechendes Alter (ungefähr)
1966 – 1972	18 bis unter 25 Jahre
1956 – 1965	25 bis unter 35 Jahre
1946 – 1955	35 bis unter 45 Jahre
1931 – 1945	45 bis unter 60 Jahre
1930 und früher	60 Jahre und älter

Bei den auszuzählenden Stimmzetteln handelte es sich einmal um diejenigen der in den Wählerverzeichnissen der Wahllokale eingetragenen Wahlberechtigten (ohne Sperrvermerk W), die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, ferner um die Stimmzettel der Personen mit ei-

nem „gewöhnlichen“ Wahlschein, die an der Urnenwahl teilgenommen haben. Infolgedessen braucht die aufgrund der Stimmzettelauszählung ermittelte Wählerzahl nicht mit der Wählerzahl übereinzustimmen, die aus den Wählerverzeichnissen (Personen mit Stimmabgabevermerk) gewonnen worden ist. Die Zahl der Wähler laut Stimmzettel kann größer oder gleich, aber nicht kleiner als die Zahl der Wähler laut Wählerverzeichnis sein.

In die Stimmzettelauszählung werden die Briefwählerstimmen vor allem wegen der möglichen Gefährdung des Wahlheimnisses, aber auch wegen der technisch schwierigen oder nicht möglichen Zuordnung zu den einzelnen Auswahlbezirken grundsätzlich nicht einbezogen. Dieser Sachverhalt ist bei der Analyse und Interpretation der Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik zu berücksichtigen. In Anbetracht einer Briefwählerquote von 12,5 % – gemessen an der Gesamtwählerzahl – und der aus langer Wahlerfahrung bekannten Regel, daß die Gesamtergebnisse insbesondere der beiden großen Parteien durch die Briefwahl beeinflußt werden – bei der SPD ungünstig, bei der CDU dagegen günstig –, ist es verständlich, daß das Stichprobenergebnis der SPD bei den Erst- und Zweitstimmen um jeweils 1,3 Punkte über dem jeweiligen Totalergebnis liegt, während die entsprechenden Vergleichswerte für die CDU um 1,2 bzw. 1,0 Punkte darunter bleiben. Auch bei der F.D.P. und den GRÜNEN (hier allerdings nur bei den Zweitstimmen) liegen die Stichprobenergebnisse etwas ungünstiger, d. h. verbessert die Briefwahl das jeweilige Gesamtergebnis.

Die Nichteinbeziehung der Briefwähler in die Stichprobenstatistik beeinflußt nicht nur die Stimmenquoten der Parteien, sondern auch die Wahlbeteiligung, und zwar im negativen

Ergebnisvergleich zwischen der repräsentativen und der allgemeinen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990

Ergebnisart Wahljahr	Wahlbeteiligung	Stimmenanteil					
		SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	
		%					
Erststimmen							
Stichprobenergebnis (ohne Briefwahl)	1987	84,3	47,0	41,9	3,9	6,3	0,8
	1990	76,8	44,5	41,2	6,7	5,1	2,6
Totalergebnis ohne Briefwahl	1987	84,2	46,1	42,9	4,0	6,3	0,8
	1990	76,8	44,0	41,9	6,6	5,0	2,5
Totalergebnis mit Briefwahl	1987	85,4	44,9	43,6	4,1	6,5	0,8
	1990	78,7	43,2	42,4	6,8	5,1	2,5
Zweitstimmen							
Stichprobenergebnis (ohne Briefwahl)	1987	84,5	45,1	38,6	8,1	7,3	0,9
	1990	76,8	42,4	39,5	10,8	4,2	3,2
Totalergebnis ohne Briefwahl	1987	84,2	44,3	39,5	8,1	7,2	0,9
	1990	76,8	41,8	40,2	10,7	4,2	3,1
Totalergebnis mit Briefwahl	1987	85,4	43,2	40,1	8,4	7,5	0,9
	1990	78,7	41,1	40,5	11,0	4,3	3,1

Sinne: Gegenüber der ohnehin sehr niedrigen Gesamtwahlbeteiligung (78,7 %) lag der Stichprobenwert – entsprechend der Wahlbeteiligungsquote der Urnenwähler (= Wähler im Wahllokal) – bei nur 76,8 %.

Wahlberechtigte, Wähler, Nichtwähler

Seit der Bundestagswahl 1987 erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen um 270 000 auf 13,1 Mill. Von der Gesamtzahl waren etwa 6,1 Mill. Männer (46,7 %) und 7,0 Mill. Frauen (53,3 %). Bemerkenswert ist die Feststellung, daß der Anteil der wahlberechtigten Männer von Bundestagswahl zu Bundestagswahl allmählich, aber kontinuierlich gestiegen ist, innerhalb von 10 Jahren um fast einen Prozentpunkt (1980: 45,8 %, 1990: 46,7 %).

Bundestagswahl	Männliche Wahlberechtigte in %	Weibliche Wahlberechtigte in %
1980	45,8	54,2
1983	46,2	53,8
1987	46,5	53,5
1990	46,7	53,3

Hinsichtlich der Altersgliederung der Wahlberechtigten haben sich gegenüber der Bundestagswahl 1987 keine gravierenden Veränderungen ergeben: Nach wie vor entfallen auf die Altersbereiche unter 30 Jahre 23 %, 30 bis unter 50 Jahre 33 % und 50 und mehr Jahre 44 % der Wahlberechtigten. In der Feingliederung wurden geringere Besetzungsquoten vor allem bei den 45- bis 49jährigen und den ab

70 Jahre alten Wahlberechtigten festgestellt (–1,9 bzw. –1,2 Punkte), relative Zuwächse dagegen vor allem bei den 25- bis 29jährigen sowie bei den 30- bis 34jährigen Wahlberechtigten (+0,7 bzw. +0,9 Punkte).

Der bereits erwähnte allmähliche Anstieg des Anteils männlicher Wahlberechtigter ergibt sich auch aus der Meßgröße „wahlberechtigte Frauen je 1 000 wahlberechtigte Männer“. Sie betrug bei den Bundestagswahlen

1980: 1 184
1983: 1 164
1987: 1 152
1990: 1 140

Wie sich aus der nach Altersgruppen gegliederten Übersicht ablesen läßt, ist nur im Altersbereich etwa zwischen 40 und 60 Jahren das Zahlenverhältnis zwischen wahlberechtigten Männern und Frauen ausgeglichen. Der stärkste Männerüberhang zeigte sich bei den unter 21jährigen Wahlberechtigten (965 Frauen je 1 000 Männer), während im Altersbereich ab 70 Jahren die Frauen mehr als doppelt so stark vertreten waren (2 256 Frauen je 1 000 Männer).

Wahlberechtigtenquoten bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe	Wahlberechtigte						Wahlberechtigte Frauen je 1 000 wahlberechtigte Männer	
	Männer		Frauen		Männer und Frauen		1987	1990
	1987	1990	1987	1990	1987	1990		
	%							
Alter etwa von ... bis unter ... Jahren								
18 – 21	4,6	4,6	3,9	3,9	4,2	4,2	965	965
21 – 25	9,4	8,7	7,9	7,5	8,6	8,0	974	985
25 – 30	10,8	11,5	9,1	9,7	9,9	10,6	974	967
30 – 35	9,4	10,3	7,9	8,7	8,6	9,5	960	966
35 – 40	8,5	8,9	7,4	7,7	7,9	8,3	997	980
40 – 45	7,5	8,0	6,5	6,9	7,0	7,4	1 002	991
45 – 50	10,3	8,0	8,9	7,2	9,5	7,6	996	1 015
50 – 60	17,9	18,2	15,6	16,3	16,6	17,2	1 007	1 018
60 – 70	11,8	13,1	14,6	14,9	13,3	14,0	1 428	1 298
70 und mehr	9,8	8,7	18,3	17,2	14,4	13,2	2 142	2 256
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	1 152	1 140

Ebenso wie bei den Wahlberechtigten sind auch bei den Wählern vor allem im Altersbereich zwischen 45 und 49 Jahren, weniger dagegen bei den Wählern ab 70 Jahren gegenüber der Bundestagswahl 1987 geringere Besetzungsquoten (–2,1 bzw. –0,5 Punkte) festgestellt worden. Eine stärkere Wählerbesetzung zeigte sich bei den Altersgruppen der 50- bis 59- und der 60- bis 69jährigen (+1,2 bzw. +1,5 Punkte). Auf diesen 20 Jahre umfassenden Altersbereich entfielen bei der Bundestagswahl 1990 mehr als ein Drittel aller Wähler (34,8 %, 1987: 32,2 %).

Die für die 2,7 Mill. Nichtwähler des Landes errechnete Quote von knapp 21 % war die höchste seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und lag um etwa 6 Punkte über dem Vergleichswert der Bundestagswahl 1987. Die Verteilung der Nichtwähler auf die einzelnen Altersgruppen zeigt eine relativ stärkere Besetzung in den Bereichen zwischen 18 und 20, 25 und 44 sowie zwischen 50 und 59 Jahren und gibt damit einen Hinweis auf die altersspezifischen Schwerpunkte der gestiegenen Wahlenthaltung. (Siehe Tabelle Seite 295.)

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligungsquote (Wähler je 100 Wahlberechtigte) ist ein Durchschnittswert, dessen Höhe weit überwiegend von den sogenannten „Urnenwählern“ bestimmt wird, die zur Stimmabgabe ein Wahllokal aufsuchen (1990: 87,5 %), zum geringeren Teil dagegen von den sogenannten „Wahlscheinwählern“, die ihre Stimme in der Regel auf brieflichem Wege abgeben (1990: 12,5 %). Erfahrungsgemäß liegt die für die Wahllokale errechnete Beteiligungsquote um 2 bis 3 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnittswert, der auch die Wähler mit Wahlschein einschließt.

Wahlbeteiligungsquoten bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 bis 1990				
Wahl		Wahlbeteiligungsquoten der		
		Wähler insgesamt	Urnenwähler ¹⁾	Wähler mit Wahlschein
Bundestagswahl	1987	85,4	84,3	95,2
Europawahl	1989	62,3	59,3	93,2
Kommunalwahlen	1989 ²⁾	65,6	62,7	91,1
Landtagswahl	1990	71,8	68,8	94,5
Bundestagswahl	1990	78,7	76,8	94,9

1) Wähler in Wahllokalen – 2) in Kreisen und kreisfreien Städten

Die Kategorie der Wahlscheinwähler zeichnet sich durch sehr hohe, regelmäßig über 90 % liegende Wahlbeteiligungsquoten aus, die allerdings – wegen des geringeren zahlenmäßigen Gewichtes dieser Personengruppe – den Gesamtdurchschnitt gegenüber der Urnen-Wahlbeteiligungsquote nur um die erwähnte Marge (2 bis 3 Punkte) verbessern.

Infolge der Nichteinbeziehung der Briefwähler in die repräsentative Wahlstatistik lag der Durchschnittswert der Wahlbeteiligungsquote (76,8 %) um etwa einen Punkt unter dem entsprechenden Wert der Totalauszählung und entsprach exakt dem Prozentsatz derjenigen Wähler, die im Wahllokal ihre Stimme abgaben. Die Männer sind – wie auch bei früheren Wahlen – insgesamt wahlfreudiger

als die Frauen, allerdings nicht in allen Altersbereichen: Frauen im Alter zwischen 30 und 44 Jahren kamen dieser staatsbürgerlichen Pflicht mit einer um 0,3 bis 1,4 Punkte höheren Beteiligungsquote nach. Im Gesamtdurchschnitt erreichten die Männer eine um 1,5 Punkte höhere Wahlbeteiligung als die Frauen. Im übrigen bestätigt sich der seit langem bekannte Sachverhalt, daß die Wahlbeteiligungsquote nach einem relativ hohen – wenn auch unterdurchschnittlichen – Anfangswert für die 18- bis 20jährigen Jungwähler bei den Wählern des folgenden Altersjahrfünftes zunächst sehr stark – um knapp 4 Punkte – absinkt, um dann mit zunehmenden Alter der Wähler anzusteigen. Sie überstieg erst bei den 40- bis 44jährigen Wählern den Durchschnittswert und erreichte bei den 60- bis 69jährigen

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Altersgruppen und Geschlecht der Wähler						
Altersgruppe	Wahlbeteiligung ¹⁾					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	1987	1990	1987	1990	1987	1990
Alter etwa von ... bis unter ... Jahren						
18 – 21	81,3	69,8	78,4	66,4	79,9	68,1
21 – 25	76,9	65,6	74,4	62,9	75,7	64,3
25 – 30	77,7	68,1	76,8	66,5	77,2	67,3
30 – 35	80,1	70,5	80,2	70,8	80,1	70,6
35 – 40	84,0	73,8	84,9	75,2	84,5	74,5
40 – 45	86,5	78,9	87,4	79,5	87,0	79,2
45 – 50	88,3	81,8	88,6	81,8	88,4	81,8
50 – 60	90,4	85,3	89,8	84,4	90,1	84,9
60 – 70	92,0	88,6	89,0	85,7	90,2	87,0
70 und mehr	86,5	82,3	78,8	72,5	81,3	75,6
Insgesamt	85,1	77,6	83,5	76,1	84,3	76,8

1) Wähler (ohne Briefwähler) in % der Wahlberechtigten ohne Wahlschein

mit 87,0 % das Maximum, das um mehr als 10 Punkte über dem Mittel lag. Der starke Abfall der Wahlbeteiligungsquote bei den 70 und mehr Jahre alten Wählern spricht nicht gegen den grundsätzlich bestehenden Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung, sondern dürfte eine Folge des besonderen Wahlverhaltens der alten Menschen (hohe Briefwahlbeteiligung) sein.

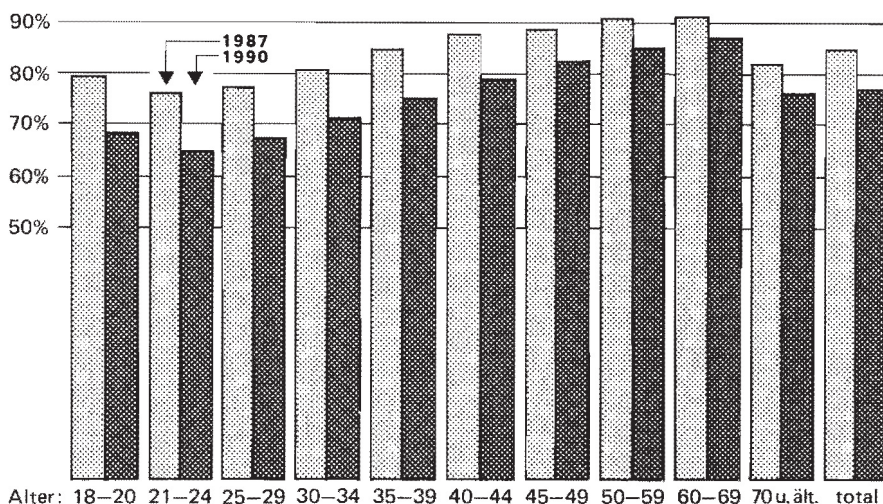
Nach wie vor besteht auch ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Größe der Gemeinde. Allgemein gilt die Regel, daß die Wahlbeteiligungsquote mit steigender Bevölkerungszahl der Gemeinden abnimmt. Bei den in der Stichprobenerhebung untersuchten 6 Gemeindegrößenklassen lag die Wahlbeteiligung in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern um etwa 5 Punkte über dem Landesdurchschnitt und in den Großstädten mit 200 000 und mehr Einwohnern um etwa 3 Punkte darunter. In Gemeinden direkt unterhalb der Großstadtschwelle, in der Größenordnung zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern, wurde dagegen der landesdurchschnittliche Satz erreicht.

Wählerstruktur der Parteien

Bei der Bundestagswahl 1990 waren von den Wählern, die gültige Erst- und/oder Zweitstimmen abgegeben haben, 47,8 % Männer und 52,2 % Frauen. Die seit vielen Jahren festzustellende, allmähliche Angleichung der Geschlechterproportion hat sich weiter fortgesetzt: So nahm z. B. seit der Bundestagswahl 1976, also innerhalb eines Zeitraums von etwa 14 Jahren, der Prozentanteil der Männer um 1,4 bzw. 1,7 Punkte zu und der der Frauen entsprechend ab.

Unter den Wählern, die für die vier zahlenmäßig stärksten Parteien Nordrhein-Westfalens gestimmt haben,

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1987 und 1990 nach Altersgruppen



überwiegen nach wie vor die Frauen. Bei den Erststimmen erreichte die F.D.P., bei den Zweitstimmen die CDU den höchsten Frauenanteil (54,1 % bzw. 53,4 %). Gegenüber der Bundes-

tagswahl 1987 ist der Frauenanteil in der SPD- und in der CDU-Wählerschaft bei den Erststimmen ebenso wie bei den Zweitstimmen jeweils leicht rückläufig, während er bei den GRÜNEN

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Gemeindegrößenklassen und Geschlecht der Wähler

Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung ¹⁾					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	1987	1990	1987	1990	1987	1990
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern						
unter 10 000	89,2	82,9	87,5	80,5	88,3	81,7
10 000 – 20 000	87,6	81,5	86,1	80,0	86,9	80,7
20 000 – 50 000	87,3	80,5	85,6	79,0	86,4	79,7
50 000 – 100 000	85,4	77,6	84,0	75,9	84,6	76,7
100 000 – 200 000	85,4	77,7	84,0	76,1	84,7	76,9
200 000 und mehr	82,5	74,4	81,2	73,1	81,8	73,7
Insgesamt	85,1	77,6	83,5	76,1	84,3	76,8

1) Wähler (ohne Briefwähler) in % der Wahlberechtigten ohne Wahlschein

Stimmenanteile der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1976 – 1990
%

Wahl	Gültige Erststimmen		Gültige Zweitstimmen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bundestagswahl 1976	46,1	53,9	46,4	53,6
Bundestagswahl 1980	46,6	53,4	46,6	53,4
Bundestagswahl 1983	46,7	53,3	46,7	53,3
Bundestagswahl 1987	47,4	52,6	47,4	52,6
Bundestagswahl 1990	47,8	52,2	47,8	52,2

Wählerschaft der Parteien bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach dem Geschlecht

Wähler mit gültiger Stimmabgabe					
Partei	Männer		Frauen		Männer und Frauen
	1987	1990	1987	1990	1987/90
	jeweilige Partei = 100				
Erststimmen					
SPD	48,3	48,5	51,7	51,5	100
CDU	46,5	46,8	53,5	53,2	100
F.D.P.	44,0	46,0	56,0	54,1	100
GRÜNE	47,6	46,2	52,4	53,8	100
Sonstige	60,3	59,4	39,7	40,6	100
Insgesamt	47,4	47,8	52,6	52,2	100
Zweitstimmen					
SPD	47,9	48,1	52,1	51,9	100
CDU	46,0	46,6	54,0	53,4	100
F.D.P.	49,3	48,0	50,7	52,0	100
GRÜNE	49,6	48,2	50,4	51,8	100
Sonstige	53,8	57,3	46,1	42,7	100
Insgesamt	47,4	47,8	52,6	52,2	100

generell und bei der F.D.P. im Zweitstimmenbereich zugenommen hat. Der bereits erwähnte allmähliche Anstieg des männlichen Anteils unter den Wählern fand demzufolge bei den SPD-sowie bei den CDU-Wählern – bei den F.D.P.-Wählern nur im Erststimmenbereich – entsprechenden Niederschlag, während in der Wählerschaft der GRÜNEN das männliche Element, und nicht nur seit der Bundestagswahl 1987, deutlich rückläufig ist.

Zur Altersgliederung der Wähler ist festzustellen, daß 10,8 % auf Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren entfallen. Ihr Anteil ist gegenüber der Bundestagswahl 1987 (12,1 %) geringer geworden. Dagegen ist der zwei Jahrzehnte umfassende Altersbereich der 25- bis 44jährigen Wähler stärker vertreten (1987: 33,2 %, 1990: 34,4 %). Nahezu unverändert bei knapp 55 % lag der Anteil der Wähler ab dem 45. Lebensjahr, wobei allerdings einem relativen Rückgang bei den 45- bis 59jährigen ein fast gleich starker Zuwachs bei den 60 und mehr Jahre alten Wählern gegenüberstand.

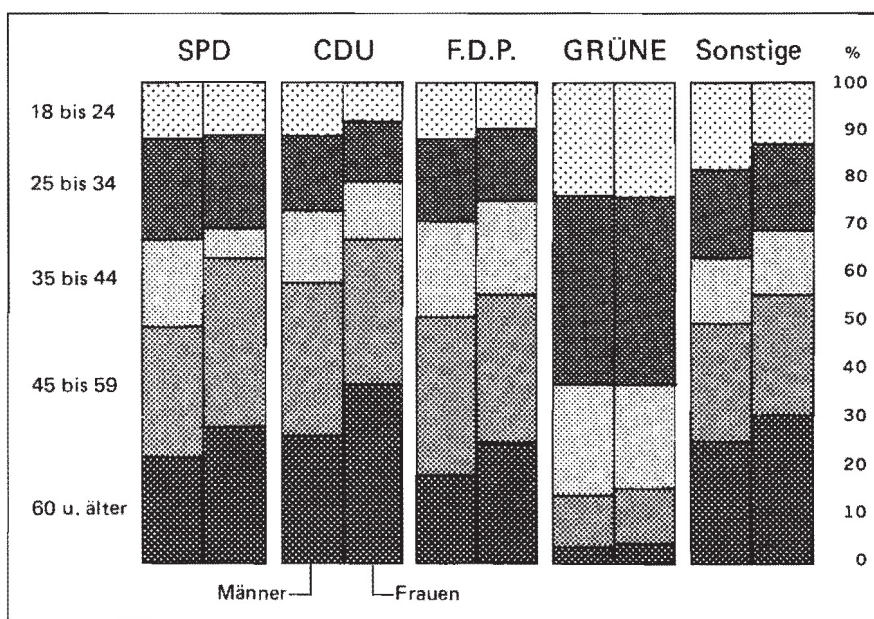
In den einzelnen Parteien weicht die Altersgliederung der sie tragenden Wähler zum Teil deutlich von den aufgezeigten Durchschnittswerten ab. So liegt z. B. – auf der Grundlage des Zweitstimmenergebnisses – der

Altersbereich ab 45 Jahren bei der SPD mit einem Wähleranteil von 51,7 %, bei der F.D.P. mit 53,9 % etwas unterhalb des Durchschnittswertes (54,8 %), während die entsprechenden Vergleichswerte der CDU mit 62,6 % und der GRÜNEN mit 15,5 % am weitesten entfernt waren.

Unter den SPD-Wählern sowie unter den F.D.P.-Wählern waren die Jungwähler (18 bis 24 Jahre) jeweils mit einem dem Landesdurchschnitt von 10,8 % entsprechenden Prozentanteil vertreten. Bei der CDU lag die entsprechende Quote (9,1 %) unter, bei den GRÜNEN (24,0 %) weit über diesem mittleren Wert. Als Besonderheit ist anzumerken, daß bei insgesamt rückläufigem Jungwähleranteil gegenüber der Bundestagswahl 1987 nur die GRÜNEN einen leichten Zuwachs (von 23,1 % auf 24,0 %) verzeichneten, nachdem diese Partei bei der Bundestagswahl 1987 unter den Wählern dieses Altersbereiches einen starken Einbruch um mehr als 10 Punkte hatte hinnehmen müssen (1983: 33,8 %).

(Siehe Tabelle Seite 295.)

Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1990 nach Altersgruppen und Geschlecht (Zweitstimmenergebnis)



Stimmabgabe der Wähler

Bei der Analyse der Wahlergebnisse stellt sich zunächst die Frage nach geschlechtsspezifischen Unterschieden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß z. B. die Verluste an Zweitstimmen, die SPD und GRÜNE hinnehmen mußten, mehr den Männern als den Frauen zuzurechnen sind (SPD: -2,8 bzw. -2,5 Punkte, GRÜNE: -3,4 bzw. -2,9 Punkte). Während die CDU ihren Stimmengewinn überwiegend ihren männlichen Wählern verdankt (+1,1 bzw. +0,7 Punkte), sind die Erfolge der F.D.P. mehr den Frauen zuzuschreiben (+2,4 bzw. +2,9 Punkte).

Im Gesamtergebnis werden allerdings die (Zweit-) Stimmenanteile der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN immer noch stärker von den männlichen als von den weiblichen Wählern bestimmt, wenn auch die Unterschiede geringer geworden sind. Demgegenüber steht die CDU nach wie vor überwiegend in der Gunst der Frauen, jedoch auch hier in geringerem Maße als 1987.

Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990

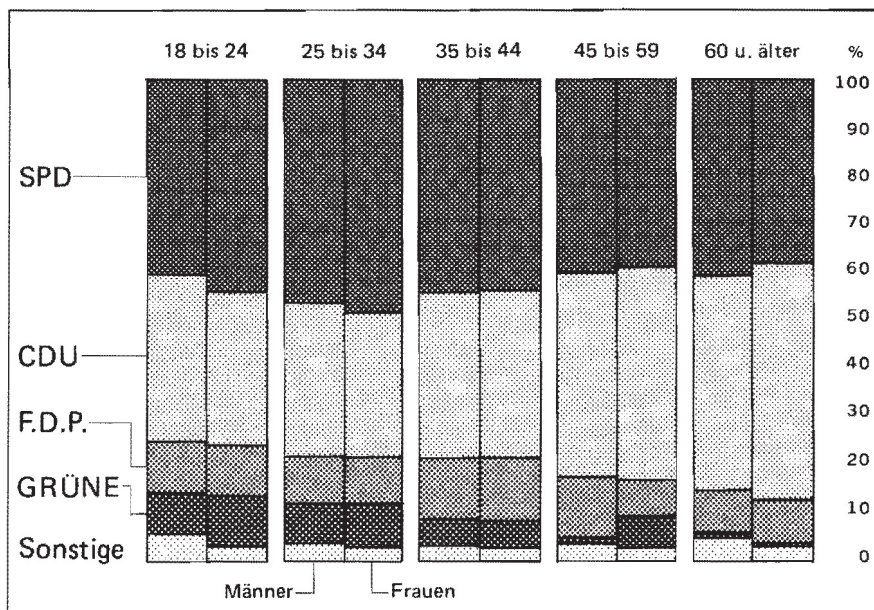
Partei	Wähler mit gültiger Stimmabgabe					
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	1987	1990	1987	1990	1987	1990
jeweiliges Geschlecht = 100						
Erststimmen						
SPD	47,9	45,1	46,3	43,9	47,0	44,5
CDU	41,1	40,3	42,7	41,9	41,9	41,2
F.D.P.	3,6	6,4	4,2	6,9	3,9	6,7
GRÜNE	6,3	4,9	6,3	5,2	6,3	5,1
Sonstige	1,0	3,2	0,6	2,0	0,8	2,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Zweitstimmen						
SPD	45,5	42,7	44,7	42,2	45,1	42,4
CDU	37,4	38,5	39,7	40,4	38,6	39,5
F.D.P.	8,4	10,8	7,8	10,7	8,1	10,8
GRÜNE	7,6	4,2	7,0	4,1	7,3	4,2
Sonstige	1,0	3,8	0,8	2,6	0,9	3,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Neben der geschlechtsspezifischen Differenzierung der Wahlergebnisse ergeben sich auch durch das unterschiedliche Alter der Wähler bedingte Abweichungen von der landesdurchschnittlichen Stimmenverteilung. Die SPD erzielte bei den Jungwählern ein dem Landesdurchschnitt dieser Partei

entsprechendes Zweitstimmenergebnis und in den darauffolgenden Altersgruppen der 25- bis 34- bzw. 35- bis 44jährigen einen um 5,6 bzw. 1,9 Punkte über dem Durchschnitt liegenden Stimmenanteil. Mit zunehmendem Alter der Wähler verschlechterten sich die Chancen der SPD: Ihre Stimmenanteile lagen bei den 45- bis 59jährigen Wählern -2,3 Punkte und bei den 60 und mehr Jahre alten Wählern -2,4 Punkte unterhalb des Durchschnitts. Gegenüber der Bundestagswahl 1987 erreichte die SPD ein besseres Ergebnis bei den Wählern im Alter von 25 bis 34 (+1,3 Punkte) und von 35 bis 44 Jahren (+0,9 Punkte), während sie bei den Jungwählern sowie bei den Wählern ab 60 und vor allem zwischen 45 und 59 Jahren Verluste hinnehmen mußte (-3,1 bzw. -4,3 bzw. -5,5 Punkte).

Die CDU erzielte in dem für die SPD besonders verlustreichen Altersbereich der Wähler (45 Jahre und älter) überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile (+3,6 bzw. +7,7 Punkte). Dagegen lagen die Quoten bei den Jungwählern und vor allem bei den zwischen 25 und 34 Jahre alten Wählern erheblich unterhalb des Mittelwertes (-6,3 bzw. -9,0 Punkte). Allerdings

Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 1990 nach Altersgruppen (Zweitstimmenergebnis)



konnte die CDU in diesen Altersbereichen gegenüber der Bundestagswahl 1987 Stimmengewinne verbuchen (+1,9 bzw. 1,3 Punkte), während sie bei den 35- bis 44jährigen Wählern Einbußen hinnehmen mußte (-2,4 Punkte).

Die F.D.P. erreichte bei den Jungwählern ein fast landesdurchschnittliches Zweitstimmenergebnis, überdurchschnittliche Anteile bei den 35- bis 44jährigen sowie bei den 45- bis 59jährigen Wählern (+2,0 bzw. +1,5 Punkte) und darunter liegende Quoten bei den Wählern der Altersbereiche 25 bis 34 und ab 60 Jahre (-1,2 bzw. -1,9 Punkte).

Als einzige Partei erzielte die F.D.P. bei den Wählern aller Altersgruppen gegenüber der Bundestagswahl 1987 höhere Stimmenanteile. Die Skala reichte von +2,3 Punkten bei den 25- bis 34jährigen Wählern bis +3,3 Punkten bei den 45- bis 59jährigen Wählern.

Den GRÜNEN verhalfen die unter 45 Jahre alten Wählern zu überdurchschnittlichen, die älteren zu unterdurchschnittlichen Ergebnissen. Das Maximum ergab sich bei den Jungwählern (+5,1 Punkte), das Minimum bei den Wählern ab 60 Jahren (-3,5 Punkte).

Die Stimmenverluste erstreckten sich auf alle Altersgruppen der Wähler, wobei die Einbrüche bei den 25- bis 34jährigen besonders hoch und bei den Wählern ab 60 Jahren verhältnismäßig gering waren (-7,1 bzw. -1,1 Punkte). (Siehe Tabelle S. 295.)

Die Gliederung der Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen bestätigt für die beiden größeren Parteien eine bereits bei früheren Wahlen beobachtete Regelmäßigkeit: Für die SPD verbessern sich mit steigender Einwohnerzahl der Gemeinden die Wahlergebnisse, während sie sich für die CDU verschlechtern. Eine Abweichung von dieser Regel gibt es insofern, als die niedrigsten SPD- bzw.

höchsten CDU-Stimmenanteile nicht in der kleinsten Gemeindegrößenklasse (unter 10 000 Einwohner), sondern in der nächsthöheren Stufe mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern festzustellen sind. In Großstädten ab 200 000 Einwohner erzielten die SPD ihr bestes und die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis. Der Abstand zwischen den minimalen und den maximalen Werten betrug bei der SPD 13,2 Punkte und bei der CDU 15,3 Punkte.

diesen Gemeindegrößenklassen hatten die CDU bzw. die F.D.P. ihre größten Stimmengewinne zu verzeichnen.

Stimmenkombination

Von den 9 022 000 Wählern, deren Wahlverhalten durch die Stimmzettelauswertung ausgewertet worden ist, haben 1 352 000 (15,0 %) von der bei Bundestagswahlen gegebenen Mög-

Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Wahljahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen der jeweiligen Gemeindegrößenklasse entfielen auf				
		SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
unter 10 000	1987	38,4	45,6	8,9	6,3	0,9
	1990	35,0	48,1	11,1	3,6	2,2
10 000 – 20 000	1987	36,5	48,0	8,7	5,9	0,8
	1990	33,3	49,4	11,0	3,8	2,5
20 000 – 50 000	1987	41,6	43,1	8,3	6,2	0,9
	1990	39,1	43,8	10,8	3,7	2,6
50 000 – 100 000	1987	45,3	38,3	8,6	6,8	1,0
	1990	43,1	39,9	10,2	3,8	3,0
100 000 – 200 000	1987	48,8	35,5	7,5	7,2	0,9
	1990	46,2	35,8	10,8	3,8	3,3
200 000 und mehr	1987	49,1	33,7	7,8	8,6	0,8
	1990	46,5	34,1	10,8	4,9	3,7

Für die F.D.P. und die GRÜNEN ist eine solche Regelmäßigkeit in der Ergebnisabstufung nicht zu erkennen. Die F.D.P. hatte den höchsten Stimmenanteil in Gemeinden der niedrigsten Größenklasse. Er lag um knapp einen Punkt über dem minimalen Wert in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 50 000 und 100 000. Bei den GRÜNEN betrug die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Stimmenquote (in Gemeinden ab 200 000 bzw. unter 10 000 Einwohnern) 1,3 Punkte. Im Vergleich mit den entsprechenden Ergebnissen der Bundestagswahl 1987 ergaben sich in sämtlichen Gemeindegrößenklassen Verluste für die SPD und die GRÜNEN sowie Gewinne für die CDU und die F.D.P. Die höchsten Verluste mußten die SPD in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern und die GRÜNEN in Großstädten zwischen 100 000 und 200 000 Einwohnern hinnehmen. In

der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mit der Erststimme anders zu wählen als mit der Zweitstimme. Wie der entsprechende Vergleich mit früheren Bundestagswahlen zeigt, ist die Neigung der Wähler zum sogenannten „Stimmensplitting“ von Wahl zu Wahl größer geworden, z. B. seit der Bundestagswahl 1983 insgesamt um etwa 40 % (1983: 10,9 %). Dabei wird die Möglichkeit des Stimmensplittings geschlechtsspezifisch in unterschiedlichem Maße genutzt: Während z. B. bei 15,5 % aller männlichen Wähler keine Übereinstimmung zwischen der Erst- und Zweitstimmenabgabe bestand, waren es bei den weiblichen Wählern nur 14,6 %. Gegenüber der Bundestagswahl 1987 ist das Ausmaß des Stimmensplittings generell größer und zugleich der geschlechtsspezifische Unterschied im Wählerver-

halten hinsichtlich dieser Möglichkeit geringer geworden (1987: Männer 14,0 %, Frauen 12,9 %). Diese Entwicklung ist allerdings nicht neu, sondern sie wurde bereits beim Vergleich zwischen den entsprechenden Ergebnissen der Bundestagswahlen 1987 und 1983 festgestellt (1983: Männer 11,8 %, Frauen 10,2 %).

Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1983 – 1990 nach dem Geschlecht			
Wahljahr	Unterschiedliche Erst- und Zweitstimmenabgabe in % aller Stimmen der		
	Männer	Frauen	Männer und Frauen
1983	11,8	10,2	10,9
1987	14,0	12,9	13,4
1990	15,5	14,6	15,0

Für die beiden zahlenmäßig stärksten Parteien SPD und CDU, auf die in Nordrhein-Westfalen regelmäßig alle Direktmandate entfallen, ist – wie auch bei früheren Bundestagswahlen – eine relativ weitgehende Übereinstimmung zwischen den Zahlen der Erst- und Zweitstimmen festzustellen: Bei der SPD übertraf die Zahl der Erststimmen die der Zweitstimmen um 4,7 % (1987: 3,9 %), bei der CDU betrug der entsprechende „Überhang“ 4,1 % (1987: 8,3 %). Ebenso erhielten auch die GRÜNEN 21,4 % mehr Erst- als Zweitstimmen (1987: 15,7 %), während sich für die F.D.P. ein sehr deutlicher Überhang an Zweitstimmen ergab (61,4 %, 1987: 107,4 %).

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1987 haben sich bei der SPD und den GRÜNEN die Erststimmenüberhänge verstärkt, während bei der CDU der Erststimmen- und bei der F.D.P. der Zweitstimmenüberhang geringer ausgefallen sind.

Über das Maß an Übereinstimmung bzw. Nichtübereinstimmung bei der zweifachen Stimmabgabe geben Kombinationstabellen in Matrixform Aufschluß, in denen für jede mögliche Stimmenkombination ein gesonder-

tes Tabellenfeld vorgesehen ist. Bei der aus Vergleichsgründen notwendigen Verwendung von Relativzahlen ergibt sich eine unterschiedliche Betrachtungsweise, je nachdem, ob man die Erststimmen oder die Zweitstimmen als Beobachtungsbasis heranzieht.

Gemessen an der Zahl der Erststimmen (Erststimmen = 100) war bei den Wählern der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN das Maß an Übereinstimmung zwischen der Erst- und der Zweitstimmenabgabe geringer als bei der Bundestagswahl 1987, bei der CDU nur unwesentlich größer. Der geringere Grad an Übereinstimmung bei der SPD (88,7 %) war vor allem dadurch bedingt, daß relativ mehr Zweitstimmen an die CDU und an die F.D.P. gingen. Auf die GRÜNEN entfielen dagegen deutlich weniger Zweitstimmen von solchen Wählern, die ihre Erststimme der SPD gaben. Die geringere Übereinstimmung bei den F.D.P.-Wählern (75,0 %) kam überwiegend dem Zweitstimmenergebnis der CDU zugute, während SPD und GRÜNE geringere Anteile erhielten. Von dem deutlich niedrigeren Grad an Übereinstimmung bei den GRÜNEN (52,6 %) profitierten vor allem die SPD, aber auch die CDU, die F.D.P. und sonstige Parteien beim Zweitstimmenergebnis.

Interessant ist die Feststellung, daß von den 111 400 Wählern mit ungültiger Erststimme immerhin 41,4 % (1987: 44,3 %) gültige Zweitstimmen abgegeben haben, die gegenüber der Bundestagswahl 1987 deutlich stärker die CDU – zu Lasten der anderen Parteien – begünstigten. Bei der vorherigen Bundestagswahl war das Verhaltensmuster dieser Kategorie von Zweitstimmenwählern (Erststimme ungültig) genau umgekehrt. Die Möglichkeit, daß es sich im Zusammenhang mit der (teilweisen) Ungültigkeit der Stimmabgabe auch um ein bewußtes, d. h. gewolltes Verhalten handeln kann, ist nicht beweisbar, aber auch nicht von der Hand zu weisen.

Gemessen an der Zahl der Zweitstimmen (Zweitstimmen = 100), die für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag maßgebend ist, ist das Maß an Übereinstimmung zwischen der Zweit- und der Erststimmenabgabe bei SPD und CDU (92,9 % bzw. 92,1 %) erfahrungsgemäß größer als auf der Grundlage der Erststimmen = 100, allerdings auch hier vergleichsweise geringer als bei der vorherigen Bundestagswahl (1987: 93,9 % bzw. 95,5 %). Die bei diesem Bezugsmaßstab relativ niedrige Übereinstimmungsquote bei den F.D.P.-Wählern (46,5 %) spricht für ein bewußtes

Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990								
Zweitstimmen	Wahljahr	Erststimmen						
		SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	ungültig	insgesamt
		Erststimmen = 100						
SPD	1987	90,3	1,6	6,8	23,7	19,9	16,9	44,8
	1990	88,7	1,7	5,4	29,7	11,1	14,1	42,0
CDU	1987	1,7	88,2	12,3	4,2	6,9	12,0	38,3
	1990	2,9	88,4	16,2	5,8	10,2	16,4	39,0
F.D.P.	1987	2,4	8,8	76,5	4,0	2,8	5,5	8,1
	1990	4,2	8,3	75,0	6,3	5,0	3,5	10,6
GRÜNE	1987	5,1	0,7	2,7	66,3	34,4	3,4	7,2
	1990	2,7	0,4	1,4	52,6	2,4	1,4	4,1
Sonstige	1987	0,4	0,5	1,4	1,6	35,0	6,5	0,9
	1990	1,2	0,8	1,8	5,3	70,6	6,0	3,1
Ungültig	1987	0,2	0,1	0,2	0,1	0,9	55,7	0,8
	1990	0,4	0,4	0,3	0,3	0,6	58,6	1,1
Erststimmen insgesamt	1987/1990	100	100	100	100	100	100	100

Wahlverhalten dieses Personenkreises, das dem Umstand Rechnung trägt, daß die Erststimmenabgabe für einen F.D.P.-Kandidaten erfahrungsgemäß dieser Partei nicht zu einem Direktmandat verhilft. Daher ist auch die – offenbar aus Koalitionsgründen – immer noch hohe, wenn auch gegenüber der Bundestagswahl 1987 geringere Quote von Erststimmen für CDU-Wahlkreiskandidaten zu verstehen (31,7 %, 1987: 45,4 %). Für SPD-Wahlkreiskandidaten wurden 17,2 % der Erststimmen abgegeben (1987: 13,6 %). In diesem Zusammenhang fällt auf, daß der Grad an Übereinstimmung zwischen Zweit- und Erststimmenabgabe für die F.D.P. gegenüber 1987 wiederum um knapp 10 Punkte gestiegen ist, nachdem sich bereits zwischen 1983 und 1987 eine Steigerung um 10 Punkte ergeben hatte. Auch bei den GRÜNEN hat abermals ein um 6,5 Punkte (1987 gegenüber 1983: 6 Punkte) höherer Prozentanteil der Zweitstimmenwähler auch die Erststimme dem Wahlkreiskandidaten dieser Partei gegeben (63,8 %), obwohl auch hier dem Wahlsieg eines Direktkandidaten keine realistische Chance einzuräumen war. 28,2 % der GRÜNEN-Zweitstimmenwähler entschieden sich mit der Erststimme für einen SPD-Kandidaten (1987: 32,8 %), 3,9 % für einen CDU-Bewerber (1987: 4,2 %) und 2,2 % für einen Kandidaten der F.D.P. (1987: 1,5 %).

Unter der Sammelposition „Sonstige“ waren bei der Bundestagswahl 1990 etwa 320 000 für kleinere Parteien abgegebene Zweitstimmen (1987: 97 000) zusammengefaßt, von denen nur die Republikaner und die PDS/Linke Liste mit 133 000 bzw. 29 000 Zweitstimmen in die Stichprobenuntersuchung gesondert einbezogen worden sind. Die Wähler, die diesen kleineren Parteien ihre Zweitstimme gaben, gaben ihnen in 57,4 % der Fälle auch ihre Erststimme (1987: 32,3 %). Die größeren Parteien erhielten von diesem Personenkreis deut-

Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990								
Zweitstimmen	Wahljahr	Zweitstimmen insgesamt	Erststimmen					
			SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	ungültig
			Zweitstimmen = 100					
SPD	1987	100	93,9	1,5	0,6	3,3	0,4	0,4
	1990	100	92,9	1,6	0,9	3,6	0,7	0,4
CDU	1987	100	2,0	95,5	1,2	0,7	0,1	0,3
	1990	100	3,3	92,1	2,7	0,7	0,7	0,5
F.D.P.	1987	100	13,6	45,4	36,9	3,1	0,3	0,7
	1990	100	17,2	31,7	46,5	3,0	1,2	0,4
GRÜNE	1987	100	32,8	4,2	1,5	57,3	3,8	0,5
	1990	100	28,2	3,9	2,2	63,8	1,5	0,4
Sonstige	1987	100	19,5	21,8	6,5	11,9	32,3	8,1
	1990	100	17,2	10,7	3,7	8,6	57,4	2,4
Ungültig	1987	100	12,1	8,0	1,2	1,2	0,9	76,7
	1990	100	14,8	14,5	1,6	1,3	1,4	66,3
Insgesamt	1987	100	46,5	41,5	3,9	6,2	0,8	1,1
	1990	100	44,0	40,7	6,6	5,0	2,5	1,2

lich geringere Erststimmenanteile als bei der Bundestagswahl 1987 (SPD: 17,2 %, CDU: 10,7 %, F.D.P.: 3,7 %, GRÜNE: 8,6 %).

Von den rd. 98 000 in der Stichprobe erfaßten ungültigen Zweitstimmen waren bei zwei Dritteln der Fälle (66,3 %) zugleich auch die Erststimmen ungültig. Die gültig abgegebenen Erststimmen kamen überwiegend und fast zu gleichen Teilen der SPD und der CDU zugute (14,8 % bzw. 14,5 %). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die gültigen Erststimmen dieser Wähler (mit ungültiger Zweitstimme) insgesamt nur 0,4 % aller Wähler ausmachten und daher kaum ins Gewicht fielen.

Das bereits erwähnte unterschiedliche Verhalten der männlichen und weiblichen Wähler bei der Abgabe der Erst- und Zweitstimmen zeigt sich auch bei den einzelnen Parteien. Der für die beiden größeren Parteien SPD und CDU charakteristische hohe Grad an Übereinstimmung zwischen Erst- und Zweitstimmen gilt für die Wähler beiderlei Geschlechts, mit relativ geringen Abweichungen. Während z. B. bei der SPD die Männer eher als die Frauen dazu neigten, beide Stimmen dieser Partei zu geben, ergab sich bei der CDU der umgekehrte Sachverhalt.

Für beide Parteien waren die geschlechtsspezifischen Abweichungen (weniger als 1 Prozentpunkt) gering.

Ebenso wie bei der CDU hat auch bei der F.D.P. und bei den GRÜNEN die weibliche Wählerschaft stärker als die männliche auf die Möglichkeit des Stimmensplittings verzichtet. Bei einem gegenüber den größeren Partei-

Stimmenkombination bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen 1990 nach dem Geschlecht			
Partei	Grad der Übereinstimmung zwischen der Abgabe von Zweitstimmen (= 100) und Erststimmen bei		
	Männern	Frauen	Männern und Frauen
SPD	93,2	92,5	92,9
CDU	91,6	92,5	92,1
F.D.P.	44,0	48,8	46,5
GRÜNE	61,6	65,9	63,8

en vergleichsweise geringen Grad der Übereinstimmung in der Erst- und Zweitstimmenabgabe waren bei den kleineren Parteien die geschlechtsspezifischen Unterschiede (zwischen 4 und 5 Punkten) allerdings erheblich ausgeprägter.

Kurz notiert

Stromerzeugung 1990

1990 erzeugten die nordrhein-westfälischen Kraftwerke der öffentlichen Stromversorgung 133,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom; das waren 1,2 % weniger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte (51,0 %) der Stromerzeugung entfiel auf Braunkohlekraftwerke, 40,1 % auf Steinkohlekraftwerke, 0,4 % auf Wasserkraftwerke und 8,5 % auf Kraftwerke mit anderen Energiequellen (Öl, Gas, Müll und Kernkraft).

Einen Anstieg der Stromerzeugung meldeten Wasserkraftwerke (+1,6 %) und vor allem Steinkohlekraftwerke (+4,0 %), während Braunkohlekraftwerke (-1,6 %) und Kraftwerke mit anderen Energiequellen (-18,6 %) weniger Elektrizität produzierten.

Auftragseingänge in der Industrie im März 1991

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie konnten im März 1991 das hohe Vorjahresniveau nicht erreichen (-2 %). Hierfür waren vor allem die um 19 % verringerten Auslandsbestellungen verantwortlich, die Inlandsbestellungen nahmen demgegenüber noch um 6 % zu.

Im Investitionsgüterbereich konnte eine ausgezeichnete Inlandskonjunktur (+17 %) die Verluste im Auslandsgeschäft (-23 %) auffangen, wodurch sich insgesamt ein leichter Anstieg des Bestellvolumens (+2 %) ergab. Die Nachfrage im Verbrauchsgütersektor ging leicht zurück (-1 %), da Verluste bei den Auslandsorders (-13 %) nicht durch die Gewinne bei den Inlandsorders (+4 %) wettgemacht werden konnten. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe gingen sowohl das Auslandsgeschäft (-17 %) als auch das Inlandsgeschäft (-3 %) zurück, was insgesamt zu einer Abnahme um 8 % führte.

Insolvenzen im ersten Quartal 1991

Bei den nordrhein-westfälischen Amtsgerichten wurden im ersten Quartal 1991 895 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens gestellt, 7,5 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Gut sieben Zehntel dieser Insolvenzen betrafen Unternehmen; hier betrug der Rückgang 9,1 %, während er bei den übrigen Gemeinschaftschuldern (hauptsächlich Privatpersonen und Nachlässe) 3,4 % ausmachte.

Deutlich weniger Unternehmenszusammenbrüche als vor Jahresfrist gab es im Handel (-25,9 % auf 157), und auch im Verarbeitenden Gewerbe (-4,7 % auf 102) und im Dienstleistungsbereich einschl. freier Berufe (-2,2 % auf 179) ging die Zahl der Insolvenzen zurück. Dem stand im Baugewerbe ein leichter Anstieg (+2,8 % auf 148) gegenüber.

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Februar 1991

Die nordrhein-westfälischen Fremdenverkehrsbetriebe (mit mindestens neun Gästebetten) zählten im Februar 828 760 Gäste mit 2 449 264 Übernachtungen. Das bedeutet im Vergleich zum Februar 1990 eine Zunahme bei der Zahl der Gäste um 2,6 % und bei den Übernachtungen um 4,9 %. Die Bettenkapazität war damit zu 38,9 % ausgelastet (Februar 1990: 37,0 %).

In den einzelnen Regionen des Landes verlief die Entwicklung jedoch recht unterschiedlich: Am stärksten stieg die Zahl der Übernachtungen im Regierungsbezirk Münster (+10,8 % auf 210 989), gefolgt von Detmold (+10,6 % auf 514 893), Arnsberg (+9,9 % auf 687 842) und Köln (+2,1 % auf 618 109). Rückläufig waren dagegen die Übernachtungen im Regierungsbezirk Düsseldorf (-6,6 % auf 417 431).

Verdienste der Angestellten und Industriearbeiter im Januar 1991

Mit durchschnittlich 20,85 DM lag der Bruttostundenverdienst nordrhein-westfälischer **Industriearbeiter** im Januar 1991 um 5,4 % höher als vor einem Jahr. Im Januar vorigen Jahres hatte die Zuwachsrate 4,9 % betragen (geg. Januar 1989). Der Bruttostundenverdienst wird für alle Leistungsgruppen und einschl. Überstunden berechnet, jedoch ohne in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen.

Deutlich übertroffen wurde der für die gesamte Industrie berechnete Durchschnittslohn (20,85 DM) von den Verdiensten im Bereich der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung (24,72 DM/Std.); ebenfalls überdurchschnittliche Löhne wurden in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (22,26 DM) und im Bergbau (21,79 DM) ermittelt. In der Investitionsgüterindustrie erreichte der Durchschnittslohn 20,69 DM und im Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau) 20,38 DM, während für die Verbrauchsgüterindustrie 18,88 DM und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie 17,97 DM als Durchschnitt errechnet wurden.

Der Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter lag bei durchschnittlich 869 DM und damit 5,1 % höher als im Januar 1990. Bei den Arbeiterinnen betrug er 598 DM (+5,0 %), was vor allem auf abweichende Beschäftigtenstrukturen (Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre, geleistete Arbeitsstunden u. ä.) zurückzuführen ist.

Die regelmäßigen Verdienste der **Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich** Nordrhein-Westfalens (ohne leitende Kräfte) lagen im Januar 1991 um 4,8 % höher als vor Jahresfrist; sie erreichten im Durchschnitt 4 506 DM. Der Gehaltszuwachs vor einem Jahr hatte 4,1 % betragen (geg. Januar 1989).

Von dem Durchschnittsgehalt wichen die Verdienste in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Berufen z. T. erheblich ab: In der Industrie wurde ein regelmäßi-

ges monatliches Durchschnittsgehalt von 5 113 DM ermittelt; im Versicherungs-gewerbe betrug es – bei z. T. anderen Tätig-keiten und Ausbildungsgängen – 4 578 DM, bei Kreditinstituten 4 312 DM, im Großhandel 4 245 DM und im Einzelhandel 3 043 DM.

Männliche Angestellte verdienten im Durchschnitt der Wirtschaftsbereiche 5 141 DM (+4,6 %), während weibliche An-gestellte – insbesondere wegen abwei-chender Beschäftigtenstrukturen (Ausbil-dung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre u. ä.) – auf 3 355 DM (+5,1 %)

kamen. In den technischen Berufen, in de-nen weibliche Angestellte mit einem Anteil von 8,2 % nur schwach vertreten sind, er-zielten die Männer im Durchschnitt sogar ein Monatsbrutto von 5 459 DM; dies wa-ren 11,8 % mehr als bei ihren kaufmänni-schen Kollegen (4 884 DM).

Preisindex für die Lebenshaltung im April 1991

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-West-falen seit vorigem **Monat** (Mitte April/Mitte März) um 0,5 % auf 108,5 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vor-jahr** (April 90) beträgt die Indexverände-rung +2,6 %. Im vorigen Monat hatte die für Jahresabstände berechnete Teue-rungsrate bei +2,3 % gelegen.

Zu dem deutlichen Anstieg des Preisnive-aus gegenüber März d. J. hat neben saiso-nalen Einflüssen (besonders ernte-, sai-son- und witterungsabhängige Nahrungs-mittel: +5,1 %) und der Entwicklung der Wohnungsmieten vor allem auch ein brei-tes Spektrum administrierter Preise beige-tragen (z. B. Fernspreckgebühren; Nah-verkehrs-, Krankenhaus- und Gastarife; Kfz-Steuer).

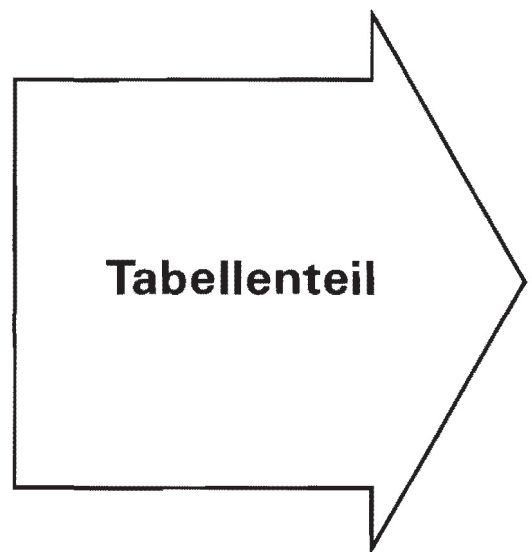
Für die ersten vier Monate 1991 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Ver-änderungsrate des Preisindex für die Le-benshaltung aller privaten Haushalte von +2,5 % (Januar bis April 1990/89: +2,5 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbei-tern und Angestellten mit mittlerem Ein-kommen betrug die Indexveränderung (auf 108,4 Punkte) gegenüber dem Vormon-at +0,5 % und in Jahresfrist +2,7 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkom-men (auf 109,2 Punkte) +0,5 % bzw. +2,5 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (auf 108,7 Punk-te) +0,6 % bzw. +2,8 %.

Veränderungen der Hauptgruppen-Indizes und andere wichtige Preisveränderungen

Rang- folge ¹⁾	Hauptgruppe, Gütergruppe, Gut	Wägungs- anteil	Veränderung gegenüber		Indexstand
			Vormonat	gleichem Monat des Vorjahres	
		%	%		Punkte
	Gesamtpreisindex	1 000	+0,5	+2,6	108,5
1	Güter für Verkehr und Nach- richtenübermittlung	144,03	+1,8	+4,2	109,1
	Fernspreckgebühren (einschl. Grundgebühr)		+8,0	+7,9	103,0
	Pkw		+1,5	+4,3	119,6
	Kfz-Reparaturen		+1,5	+3,9	119,1
	Personennahverkehr		+1,1	-7,4	103,9
	Kraftstoffe (Benzin, Diesel)		+0,8	+6,4	86,2
2	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	+0,5	+2,1	107,0
	Obst, Obsterzeugnisse		+4,2	+5,1	107,5
	Kartoffeln, Gemüse		+3,5	+0,7	111,5
	Fleisch		-0,1	+0,3	103,1
	Eier		-0,8	+6,5	114,6
3	Wohnungsmieten, Energie	250,29	+0,4	+4,0	105,9
	Wohnungsmieten		+0,4	+3,8	113,3
	Energie		+0,7	+5,0	87,8
	Gas		+4,1	+9,4	81,2
	Umlagen für Heizung, Warmwasser und Fernwärme		+1,0	+9,1	79,0
	Leichtes Heizöl		-0,9	+9,5	56,7
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	+0,2	+2,6	108,1
5	Bekleidung, Schuhe	69,47	+0,2	+2,5	110,3
6	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	+0,3	+1,8	109,5
	Dienstleistungen der Krankenhäuser		+1,2	+2,0	111,2
7	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	+0,1	+2,1	107,8
8	Güter für die persönliche Ausstat- tung, Dienstleistungen des Beher- bergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	-0,3	+0,1	115,9
	Kfz-Steuer		+1,4	+3,2	107,8
	Kfz-Haftpflichtversicherung		-3,6	-3,6	113,1

1) Der Einfluß einer jeden Hauptgruppe auf die Gesamtindex-Veränderung wird hier aus dem Produkt der Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat und dem Wägungsanteil berechnet: Rang 1 = größter preistrei-bender (bzw. geringster preisdämpfender) Einfluß; Rang 8 = geringster preistreibender (bzw. größter preisdämpfender) Einfluß.



Gliederung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Land- und Forstwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Landwirtschaft

gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung, Forstwirtschaft und Fischerei

Forstwirtschaft

Seefischerei

Binnenfischerei

gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung

Produzierendes Gewerbe

Energie- und Wasserversorgung, Bergbau

Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung

Elektrizitäts- und Fernwärmeversorgung usw.

Gasversorgung

Wasserversorgung

Bergbau

Kohlenbergbau

übriger Bergbau

Verarbeitendes Gewerbe

chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw.

chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von

Spalt- und Brutstoffen

Mineralölverarbeitung

Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren

Herstellung von Kunststoffwaren

Gummiverarbeitung

Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe

Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden

Feinkeramik

Herstellung und Verarbeitung von Glas

Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung

eisenschaffende Industrie

NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke

Gießerei

Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.

Stahl- und Maschinenbau

Stahl- und Leichtmetall-, Schienenfahrzeugbau

Maschinenbau

Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen

Fahrzeugbau

Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kfz usw.

Schiffbau

Luft- und Raumfahrzeugbau

Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren

Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten

Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren

Herstellung von EBM-Waren, Spielwaren, Musikinstrumenten usw.

Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren

Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.

Holzbe- und -verarbeitung

Holzbearbeitung

Holzverarbeitung

Zellstoff-, Papier-, Pappeerzeugung und -verarbeitung, Druckerei usw.

Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung

Papier- und Pappeerzeugung

Druckerei, Vervielfältigung

Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe

Ledergewerbe

Textilgewerbe

Bekleidungsgewerbe

Ernährungsgewerbe, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung

Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)

Getränkeherstellung

Tabakverarbeitung

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe

Ausbauergewerbe

Handel und Verkehr

Handel

Großhandel, Handelsvermittlung

Großhandel mit Waren verschiedener Art

Großhandel mit Getreide, Futter und Düngemittel, Tieren

Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren

Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.

Großhandel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk

Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölprodukten

Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.

Großhandel mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf

Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen

Noch: Handel und Verkehr

Noch: Handel

noch: Großhandel, Handelsvermittlung

Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren

Großhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren

Großhandel mit sonstigen Fertigwaren

Großhandel mit Metallwaren, Einrichtungsgegenständen

Großhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen,

Schmuck usw.

Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf

Großhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen

Großhandel mit Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art

Bundesanstalten o. ä.

Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung

Erdölbevorratungsverband

Handelsvermittlung

Einzelhandel

Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren

Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren

Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnischen usw.)

Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.

Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen

Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen

und medizinischen Erzeugnissen

Einzelhandel mit Kraft-, Schmierstoffen, Tankstellen

Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen

Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art

Verkehr, Nachrichtenübermittlung

Eisenbahnen

Deutsche Bundesbahn

Eisenbahnen (ohne DB)

Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen

Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen

See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen

Deutsche Bundespost

Übriger Verkehr

Personenbeförderung im Straßenverkehr

Güterbeförderung im Straßenverkehr (einschl. Transport in Rohrleitungen)

Luftfahrt, Flugplätze

Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung

Dienstleistungsunternehmen

Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen

Kreditinstitute

Kreditinstitute ohne Sonderaufgaben

Kreditinstitute mit Sonderaufgaben

Bausparkassen

Deutsche Bundesbank

Versicherungsunternehmen

Wohnungsvermittlung

Sonstige Dienstleistungsunternehmen

Gastgewerbe, Heime

Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe

Gesundheits- und Veterinärwesen

übrige Dienstleistungen

handwerkliche Dienstleistungen

restliche Dienstleistungen

Unternehmen zusammen

Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

Staat

Gebietskörperschaften

Bund

Länder

Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände

Sozialversicherung

Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

private Haushalte

private Organisationen ohne Erwerbszweck

private Organisationen ohne Erwerbszweck

(ohne Schulen, Krankenhäuser u. ä.)

von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

betriebene Schulen, Krankenhäuser u. ä.

VGR der Länder: Aggregationsebenen der Wirtschaftsbereiche beim Nachweis der Ergebnisse		
35 Bereiche	11 Bereiche	5 Bereiche
1. Landwirtschaft	1. Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1. Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
2. Gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung, Forstwirtschaft, Fischerei		
3. Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	2. Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, Bergbau	2. Produzierendes Gewerbe
4. Bergbau	3. Verarbeitendes Gewerbe	
5. Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw.		
6. Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren		
7. Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe		
8. Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung		
9. Stahl- und Maschinenbau		
10. Fahrzeugbau		
11. Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren		
12. Herstellung von EBM-Waren, Spielwaren, Musikinstrumenten usw.		
13. Holzbe- und -verarbeitung		
14. Zellstoff-, Papier-, Pappeerzeugung und -verarbeitung, Druckerei usw.		
15. Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe		
16. Ernährungsgewerbe, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung		
17. Bauhauptgewerbe	4. Baugewerbe	
18. Ausbaugewerbe		
19. Großhandel, Handelsvermittlung	5. Handel	3. Handel und Verkehr
20. Einzelhandel	6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	
21. Eisenbahnen		
22. Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen		
23. Deutsche Bundespost		
24. Übriger Verkehr		
25. Kreditinstitute	7. Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	4. Dienstleistungsunternehmen
26. Versicherungsunternehmen	8. Wohnungsvermietung	
27. Wohnungsvermietung		
28. Gastgewerbe, Heime	9. Sonstige Dienstleistungsunternehmen	
29. Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., Verlagsgewerbe		
30. Gesundheits- und Veterinärwesen		
31. Übrige Dienstleistungen		
32. Gebietskörperschaften	10. Staat	5. Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
33. Sozialversicherung	11. Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	
34. Private Haushalte		
35. Private Organisationen ohne Erwerbszweck		

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt am 25. 5. 1987 sowie Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen							
Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	insgesamt	darunter				
			zusammen	zusammen			
					Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversor- gung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe
	Kreisfreie Städte						
1	Düsseldorf	563 531	403 201	255 995	1 607	3 396	66 273
2	Duisburg	525 378	372 236	198 551	1 151	10 245	74 589
3	Essen	623 427	437 935	246 541	2 283	13 889	60 436
4	Krefeld	232 261	164 422	96 478	1 146	1 067	38 354
5	Mönchengladbach	249 587	175 611	103 641	1 165	1 136	36 187
6	Mülheim a. d. Ruhr	176 423	125 329	72 899	562	1 435	24 537
7	Oberhausen	220 286	157 395	85 385	588	6 922	27 058
8	Remscheid	120 132	83 305	52 616	401	606	26 195
9	Solingen	159 103	110 622	71 155	577	787	30 992
10	Wuppertal	365 662	253 776	160 110	1 078	2 120	65 250
	Kreise						
11	Kleve	261 032	182 732	106 790	8 110	2 562	28 310
12	Mettmann	479 749	347 789	221 307	2 364	2 373	87 587
13	Neuss	403 764	295 061	181 522	3 338	6 247	62 247
14	Viersen	261 697	185 299	113 792	3 827	1 531	41 931
15	Wesel	426 094	307 143	172 470	5 228	23 499	47 912
16	Reg.-Bez. Düsseldorf	5 068 126	3 601 856	2 139 252	33 425	77 815	717 858
	davon						
17	kreisfreie Städte	3 235 790	2 283 832	1 343 371	10 558	41 603	449 871
18	Kreise	1 832 336	1 318 024	795 881	22 867	36 212	267 987
	Kreisfreie Städte						
19	Aachen	229 740	165 462	92 687	900	1 145	22 514
20	Bonn	276 653	198 190	116 825	914	925	17 189
21	Köln	928 309	672 567	404 345	2 215	4 109	112 542
22	Leverkusen	154 692	112 500	68 069	421	565	35 333
	Kreise						
23	Aachen	285 966	203 621	113 130	1 607	10 246	34 989
24	Düren	233 840	166 742	96 770	3 302	4 806	30 812
25	Erftkreis	399 751	290 995	172 526	2 837	15 848	50 198
26	Euskirchen	162 820	113 697	66 518	2 485	823	18 438
27	Heinsberg	212 745	151 253	85 765	3 307	6 752	26 328
28	Oberbergischer Kreis	245 391	169 269	104 301	2 360	913	47 359
29	Rhein-Berg. Kreis	249 742	178 068	109 888	1 684	883	40 659
30	Rhein-Sieg-Kreis	476 453	339 727	208 366	4 952	1 732	57 156
31	Reg.-Bez. Köln	3 856 102	2 762 091	1 639 190	26 984	48 747	493 517
	davon						
32	kreisfreie Städte	1 589 394	1 148 719	681 926	4 450	6 744	187 578
33	Kreise	2 266 708	1 613 372	957 264	22 534	42 003	305 939
	Kreisfreie Städte						
34	Bottrop	114 640	81 943	42 777	505	6 921	9 895
35	Gelsenkirchen	287 508	200 420	102 574	724	14 143	28 397
36	Münster	246 186	179 561	102 520	1 854	1 140	13 554

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung							Lfd. Nr.
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren							
darunter Erwerbstätige							
davon in der Wirtschaftsabteilung							
Baugewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	Organisationen ohne Erwerbs- zweck und private Haushalte	Gebietskörper- schaften und Sozialversicherung	
12 824	35 680	19 960	16 601	66 175	6 802	26 677	1
12 543	24 623	15 532	4 999	35 337	4 173	15 359	2
20 207	37 873	16 032	8 331	59 042	6 632	21 816	3
5 519	12 057	5 529	2 909	20 026	1 755	8 116	4
7 272	14 522	5 697	3 664	20 601	2 013	11 384	5
4 578	11 339	3 891	2 536	15 841	1 644	6 536	6
6 741	10 929	5 221	2 303	15 959	1 735	7 929	7
2 770	5 685	2 322	1 515	8 762	830	3 530	8
4 221	9 153	3 307	2 194	12 936	1 403	5 585	9
7 702	19 072	11 698	6 028	30 283	3 417	13 462	10
8 250	12 597	6 591	3 277	22 187	2 327	12 579	11
11 600	28 941	12 433	9 649	43 003	4 348	19 009	12
10 848	23 842	10 702	9 273	35 283	3 433	16 309	13
7 333	14 573	5 816	3 809	21 761	1 632	11 579	14
12 105	19 261	8 575	5 008	31 633	3 608	15 641	15
134 513	280 147	133 306	82 096	438 829	45 752	195 511	16
84 377	180 933	89 189	51 080	284 962	30 404	120 394	17
50 136	99 214	44 117	31 016	153 867	15 348	75 117	18
4 769	10 704	4 729	4 029	31 550	2 895	9 452	19
4 890	11 159	5 266	4 359	36 938	6 332	28 853	20
22 289	50 317	31 703	24 416	106 271	10 748	39 735	21
3 532	6 540	2 772	1 784	11 304	1 152	4 666	22
8 484	13 260	5 566	3 648	22 128	2 150	11 052	23
6 738	10 165	4 919	2 739	20 914	1 771	10 604	24
10 863	21 576	8 749	9 229	33 244	3 487	16 495	25
5 882	7 260	4 725	2 478	13 728	1 412	9 287	26
8 284	9 471	3 711	2 525	14 047	1 488	9 852	27
6 294	10 380	4 412	2 855	19 286	2 158	8 284	28
7 053	12 760	4 820	5 148	25 124	2 180	9 577	29
12 596	23 383	11 292	8 646	44 667	6 238	37 704	30
101 674	186 975	92 664	71 856	379 201	42 011	195 561	31
35 480	78 720	44 470	34 588	186 063	21 127	82 706	32
66 194	108 255	48 194	37 268	193 138	20 884	112 855	33
3 442	5 678	2 164	1 118	8 285	1 105	3 664	34
7 695	12 706	5 012	2 160	19 552	2 538	9 647	35
4 949	12 551	5 325	7 487	34 404	4 430	16 826	36

Noch: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt am 25. 5. 1987 sowie Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen							
Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	insgesamt	darunter				
			zusammen	zusammen			
					Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversor- gung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe
	Kreise						
37	Borken	307 778	213 839	124 628	7 756	1 372	46 624
38	Coesfeld	176 193	122 558	73 074	4 432	1 453	17 495
39	Recklinghausen	631 024	448 593	240 065	3 407	36 954	63 833
40	Steinfurt	378 416	265 722	155 067	7 235	6 351	47 608
41	Warendorf	247 447	172 934	101 758	5 511	4 544	36 967
42	Reg.-Bez. Münster	2 389 192	1 685 570	942 463	31 424	72 878	264 373
	davon						
43	kreisfreie Städte	648 334	461 924	247 871	3 083	22 204	51 846
44	Kreise	1 740 858	1 223 646	694 592	28 341	50 674	212 527
	Kreisfreie Stadt						
45	Bielefeld	305 566	212 279	130 543	1 442	1 401	46 938
	Kreise						
46	Gütersloh	287 883	202 227	128 335	4 407	647	60 299
47	Herford	227 548	156 509	100 041	2 263	969	43 448
48	Höxter	140 653	95 364	54 865	3 303	590	16 278
49	Lippe	318 404	216 976	133 763	3 698	871	48 799
50	Minden-Lübbecke	282 588	193 176	119 613	4 590	1 296	42 971
51	Paderborn	230 717	160 699	94 792	3 642	662	35 655
52	Reg.-Bez. Detmold	1 793 359	1 237 230	761 952	23 345	6 436	294 388
	davon						
53	kreisfreie Stadt	305 566	212 279	130 543	1 442	1 401	46 938
54	Kreise	1 487 793	1 024 951	631 409	21 903	5 035	247 450
	Kreisfreie Städte						
55	Bochum	386 271	274 785	150 087	982	4 845	50 745
56	Dortmund	584 089	416 046	224 009	1 913	14 185	60 484
57	Hagen	209 363	146 342	86 141	627	1 234	31 979
58	Hamm	171 170	120 122	65 314	1 133	8 693	15 384
59	Herne	174 238	121 971	62 583	425	6 619	17 935
	Kreise						
60	Ennepe-Ruhr-Kreis	339 385	239 409	143 606	1 771	2 524	61 643
61	Hochsauerlandkreis	260 265	179 686	106 406	3 454	1 249	40 427
62	Märkischer Kreis	421 321	295 198	185 164	2 623	1 535	94 563
63	Olpe	125 142	87 189	52 186	1 258	929	24 668
64	Siegen-Wittgenstein	279 700	195 532	113 850	1 373	869	48 085
65	Soest	266 693	185 347	108 978	4 243	1 248	38 735
66	Unna	387 429	275 164	151 908	2 504	18 497	44 796
67	Reg.-Bez. Arnsberg	3 605 066	2 536 791	1 450 232	22 306	62 427	529 444
	davon						
68	kreisfreie Städte	1 525 131	1 079 266	588 134	5 080	35 576	176 527
69	Kreise	2 079 935	1 457 525	862 098	17 226	26 851	352 917
70	Nordrhein-Westfalen	16 711 845	11 823 538	6 933 089	137 484	268 303	2 299 580
	davon						
71	kreisfreie Städte	7 304 215	5 186 020	2 991 845	24 613	107 528	912 760
72	Kreise	9 407 630	6 637 518	3 941 244	112 871	160 775	1 386 820

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren							Lfd. Nr.
darunter Erwerbstätige							
davon in der Wirtschaftsabteilung							
Baugewerbe	Handel	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	Organisationen ohne Erwerbs- zweck und private Haushalte	Gebietskörper- schaften und Sozialversicherung	
11 407	15 223	5 122	3 101	21 688	2 813	9 522	37
6 626	8 923	3 393	3 139	15 900	2 065	9 648	38
19 018	27 360	10 537	6 142	45 428	5 376	22 010	39
11 068	18 209	8 888	4 822	29 078	3 804	18 004	40
6 840	11 050	3 900	3 660	17 716	2 516	9 054	41
71 045	111 700	44 341	31 629	192 051	24 647	98 375	42
16 086	30 935	12 501	10 765	62 241	8 073	30 137	43
54 959	80 765	31 840	20 864	129 810	16 574	68 238	44
6 524	17 695	6 161	4 659	31 125	3 500	11 098	45
7 693	14 582	4 595	3 313	23 224	1 893	7 682	46
6 401	11 675	4 563	2 819	17 992	1 774	8 137	47
5 089	6 314	2 879	1 435	12 300	1 098	5 579	48
9 599	15 766	4 936	4 113	29 729	2 823	13 429	49
7 969	15 224	6 890	3 138	24 246	2 786	10 503	50
6 337	9 935	4 442	2 567	19 734	2 667	9 151	51
49 612	91 191	34 466	22 044	158 350	16 541	65 579	52
6 524	17 695	6 161	4 659	31 125	3 500	11 098	53
43 088	73 496	28 305	17 385	127 225	13 041	54 481	54
8 855	19 593	7 815	4 281	33 773	3 290	15 908	55
15 871	31 150	15 161	9 058	49 933	6 005	20 249	56
4 823	11 356	7 838	2 197	16 760	2 022	7 305	57
4 622	7 762	4 384	1 904	12 405	2 040	6 987	58
6 461	7 332	3 731	1 265	11 783	1 125	5 907	59
7 512	16 727	6 696	3 832	27 278	3 054	12 569	60
8 208	11 164	5 255	2 704	21 915	2 276	9 754	61
9 759	17 951	7 212	4 603	29 561	3 037	14 320	62
3 440	5 018	2 496	1 247	8 677	805	3 648	63
7 728	12 801	5 734	3 064	22 173	2 478	9 545	64
7 496	12 369	4 490	2 782	23 796	2 560	11 259	65
10 143	18 794	7 604	4 538	27 281	3 461	14 290	66
94 918	172 017	78 416	41 475	285 335	32 153	131 741	67
40 632	77 193	38 929	18 705	124 654	14 482	56 356	68
54 286	94 824	39 487	22 770	160 681	17 671	75 385	69
451 762	842 030	383 193	249 100	1 453 766	161 104	686 767	70
183 099	385 476	191 250	119 797	689 045	77 586	300 691	71
268 663	456 554	191 943	129 303	764 721	83 518	386 076	72

Bevölkerung am 27. 5. 1970 und 25. 5. 1987 nach Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben							
Beteiligung am Erwerbsleben		27. 5. 1970			25. 5. 1987		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Bevölkerung	1 000	16 914,1	8 087,1	8 827,0	16 711,8	8 010,5	8 701,4
davon							
Nichterwerbspersonen	%	58,7	41,0	74,8	54,5	40,0	67,9
Erwerbspersonen	%	41,3	59,0	25,2	45,5	60,0	32,1
Erwerbspersonen	1 000	6 989,3	4 768,4	2 221,0	7 600,5	4 808,5	2 792,0
davon							
Erwerbslose	%	0,5	0,4	0,5	8,8	8,1	10,0
Erwerbstätige	%	99,5	99,6	99,5	91,2	91,9	90,0
Erwerbstätige	1 000	6 956,6	4 747,2	2 209,5	6 933,1	4 419,0	2 514,0
davon							
Vollzeiterwerbstätige	%	91,1	97,8	76,6	86,1	96,7	67,5
Teilzeiterwerbstätige	%	8,9	2,2	23,4	13,9	3,3	32,5

Bevölkerung und Erwerbstätige in den Wirtschaftssektoren am 25. 5. 1987 nach Regionaltypen								
Regionaltyp	Bevölkerung	Erwerbstätige						
		insgesamt	davon im					
			primären Sektor		sekundären Sektor		tertiären Sektor	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Ballungskerne	7 254 258	2 956 831	22 739	0,8	1 226 223	41,5	1 707 869	57,8
Ballungsrandzonen	3 165 543	1 338 903	20 798	1,6	622 382	46,5	695 723	52,0
Solitäre Verdichtungsgebiete	768 851	320 372	4 171	1,3	112 212	35,0	203 989	63,7
Ländliche Zonen	5 523 193	2 316 983	89 776	3,9	1 058 828	45,7	1 168 379	50,4
Nordrhein-Westfalen	16 711 845	6 933 089	137 484	2,0	3 019 645	43,6	3 775 960	54,5

Quoten der Wähler*) und Nichtwähler*) bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe	Männer				Frauen				Männer und Frauen			
	Wähler		Nicht-wähler		Wähler		Nicht-wähler		Wähler		Nicht-wähler	
	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990
	%											
Alter etwa von ... bis unter ... Jahren												
18 – 21	4,6	4,3	6,1	6,5	3,9	3,6	5,4	5,8	4,2	4,0	5,7	6,1
21 – 25	8,6	7,4	14,7	13,5	7,2	6,3	12,6	11,8	7,9	6,8	13,5	12,6
25 – 30	9,9	10,1	16,2	16,4	8,5	8,6	13,1	13,9	9,2	9,4	14,5	15,0
30 – 35	8,9	9,5	12,7	13,8	7,7	8,4	9,7	11,0	8,3	8,9	11,0	12,3
35 – 40	8,5	8,6	9,3	10,6	7,8	7,8	7,0	8,2	8,1	8,2	8,0	9,3
40 – 45	7,8	8,2	6,9	7,6	7,1	7,5	5,2	6,1	7,4	7,8	6,0	6,8
45 – 50	10,9	8,6	8,2	6,6	9,8	7,9	6,4	5,6	10,3	8,2	7,2	6,1
50 – 60	19,2	20,2	11,7	12,1	17,2	18,4	10,0	10,8	18,1	19,2	10,7	11,4
60 – 70	12,5	14,6	6,2	6,5	15,4	16,6	9,7	8,8	14,1	15,6	8,2	7,7
70 und mehr	9,1	8,5	8,1	6,4	15,3	14,9	20,9	18,0	12,4	11,9	15,2	12,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

*) ohne Briefwähler

Wählerschaft der Parteien bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Altersgruppen

Partei	Wähler mit gültiger Stimmabgabe										
	im Alter von ... bis unter ... Jahren										insgesamt
	18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 und mehr		
	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	
	jeweilige Partei = 100										
Erststimmen											
SPD	12,5	10,8	18,4	20,1	15,5	17,2	28,4	26,4	25,1	25,6	100
CDU	10,1	9,0	13,3	14,1	15,3	14,4	30,5	30,1	30,8	32,4	100
F.D.P.	10,9	10,8	15,7	16,1	18,8	17,9	30,4	30,3	24,2	24,9	100
GRÜNE	23,0	23,2	38,6	39,9	17,8	21,1	13,9	11,3	6,7	4,5	100
Sonstige	19,3	15,6	26,7	17,1	17,2	12,5	19,5	24,8	17,3	30,0	100
Insgesamt	12,1	10,8	17,5	18,3	15,7	16,1	28,4	27,4	26,3	27,4	100
Zweitstimmen											
SPD	12,2	10,8	18,1	20,7	15,1	16,8	28,7	25,9	25,8	25,8	100
CDU	9,8	9,1	13,2	14,1	15,1	14,1	30,2	29,9	31,7	32,7	100
F.D.P.	12,1	10,7	15,7	16,3	19,6	19,2	31,5	31,2	21,1	22,7	100
GRÜNE	23,1	24,0	38,1	38,3	18,9	22,2	13,5	11,1	6,4	4,4	100
Sonstige	18,9	15,6	18,3	18,3	12,5	13,3	27,4	24,3	23,0	28,4	100
Insgesamt	12,1	10,8	17,5	18,3	15,7	16,1	28,4	27,4	26,3	27,4	100

Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1987 und 1990 nach Altersgruppen der Wähler

Partei	Wähler mit gültiger Stimmabgabe											
	im Alter von ... bis unter ... Jahren										insgesamt	
	18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 und mehr			
	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990	1987	1990
	jeweilige Altersgruppe = 100											
Erststimmen												
SPD	48,4	44,3	49,4	48,9	46,5	47,3	47,1	42,9	45,0	41,6	47,0	44,5
CDU	34,8	34,4	31,9	31,7	40,8	36,6	45,0	45,3	49,3	48,7	41,9	41,2
F.D.P.	3,5	6,7	3,5	5,9	4,7	7,4	4,2	7,4	3,6	6,1	3,9	6,7
GRÜNE	12,0	10,9	13,9	11,1	7,2	6,6	3,1	2,1	1,6	0,8	6,3	5,1
Sonstige	1,3	3,7	1,2	2,4	0,9	2,0	0,6	2,3	0,5	2,8	0,8	2,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Zweitstimmen												
SPD	45,5	42,4	46,7	48,0	43,4	44,3	45,6	40,1	44,3	40,0	45,1	42,4
CDU	31,3	33,2	29,2	30,5	37,0	34,5	41,1	43,1	46,6	47,2	38,6	39,5
F.D.P.	8,1	10,6	7,3	9,6	10,1	12,8	9,0	12,3	6,5	8,9	8,1	10,8
GRÜNE	13,8	9,3	15,9	8,8	8,8	5,8	3,5	1,7	1,8	0,7	7,3	4,2
Sonstige	1,4	4,5	0,9	3,2	0,7	2,6	0,8	2,8	0,8	3,3	0,9	3,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 954	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 202	...
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,5	...
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	15 560	...
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,0	...
6	* Totgeborene	je 1 000 Geborene	3,7	...
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 840	...
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,2	...
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	127	...
10	je 1 000 Lebendgeborene		8,2	...
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (-)	Anzahl	-280	...
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		-0,2	...
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	40 288	...
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	20 881	...
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	"	+19 407	...
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	43 188	...
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	686	626
18	* darunter Männer	"	367	327
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 944	1 990
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	551	527
21	* Schweine	"	5 996	5 938
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 305	2 332
23	* Zuchtsauen	"	615	610
24	* darunter trächtig	"	416	407
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	70	80
26	* Kälber	"	16	14
27	* Schweine	"	947	992
28	* darunter Hausschlachtungen	"	7	6
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	106	115
30	* darunter Rinder	"	22	25
31	* Kälber	"	2	2
32	* Schweine	"	82	88
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	1 278	878
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 369	3 446
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 215	4 576
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	241	233
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,2	95,9
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,3	14,2
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	117	124
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	109	114
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 965	2 024
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 362	1 403
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	184 987	189 558
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 721	5 074
45	* Gehälter (brutto)	"	3 308	3 543
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	38 968	41 180
47	* darunter Auslandsumsatz	"	11 803	11 640

1) Bei den Werten des Jahres 1990 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
17 104	17 136	17 165	1
12 606	3 534	4 779	8 164	2
8,7	2,4	3,6	3
15 954	14 840	14 475	15 993	4
11,0	10,2	11,0	5
3,6	4,2	3,3	6
18 327	18 229	15 549	15 693	7
12,6	12,5	11,8	8
153	129	123	118	9
9,6	8,7	8,5	7,4	10
-2 373	-3 389	-1 074	+300	11
-1,6	-2,3	-0,8	12
56 856	57 734	47 424	13
18 995	22 038	17 160	14
+37 861	+35 696	+30 264	15
51 397	55 797	38 888	16
670	694	687	570	584	596	591	17
354	370	366	298	311	320	322	18
1 944	.	.	.	1 957p	.	.	19
551	.	.	.	525p	.	.	20
5 996	.	.	.	5 869p	.	.	21
2 305	.	.	.	2 287p	.	.	22
615	.	.	.	609p	.	.	23
416	.	.	.	408p	.	.	24
64	70	68	103	84	111	94	25
16	13	12	15	16	16	14	26
946	1 012	893	1 109	989	1 043	939	27
13	12	8	12	11	10	7	28
104	113	102	133	116	130	114	29
20	22	22	30	25	33	28	30
2	2	2	2	2	2	2	31
82	88	78	100	88	94	84	32
646	1 155	1 123	622	728	897	1 130	33
2 999	3 721	3 018	3 672	3 662	3 499	3 807	34
4 283	4 525	4 085	4 746	4 347	5 120	4 238	35
221	224	200	207	214	220	199	36
95,3	95,4	94,8	94,9	94,8	95,2	94,7	37
13,1	13,1	13,0	13,3	13,2	13,5	13,5	38
108	124	120	126	114	136,9	130,1	39
115	104	112	126	119	113	118	40
1 969	2 000	2 004	2 041	2 031	2 037	2 043	41
1 362	1 383	1 387	1 414	1 405	1 409	1 413	42
170 774	194 458	186 168r	196 244	170 340	195 875	188 097	43
4 778	4 682	4 378r	6 300	5 114	5 047	4 745	44
3 452	3 253	3 168r	4 716	3 685	3 706	3 421	45
38 956	39 904	38 105r	44 280	40 541	43 621	41 434	46
11 891	11 506	11 225r	11 812	11 009	11 434	10 912	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1989 bzw. 1990: Viehbestand am 3. Dezember 1989 bzw. 3. Dezember 1990 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 017	1 952
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 017	1 035
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	304	300
4	* Erd- und Erdölgas	"	713	734
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	394	406
6	* leichtes Heizöl	"	148	161
7	* schweres Heizöl	"	246	245
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 704	6 665
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 797	2 907
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	84	83
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	141	132
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	113	106
13	geleistete Arbeiterstunden	"	12 622	11 802
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	411	414
15	Gehälter (brutto)	"	176	179
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 734	1 655
17	darunter Auslandsumsatz	"	129	97
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	106	103
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	105	106
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	503	503
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	329	328
22	geleistete Arbeiterstunden	"	44 837	44 551
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 279	1 311
24	Gehälter (brutto)	"	1 062	1 100
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 970	13 893
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 648	4 290
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	128	142
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	117	124
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	881	921
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	603	633
31	geleistete Arbeiterstunden	"	83 149	86 486
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	2 066	2 275
33	Gehälter (brutto)	"	1 499	1 634
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	14 551	15 969
35	darunter Auslandsumsatz	"	5 496	5 641
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	123	135
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	111	118
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	337	355
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	250	263
40	geleistete Arbeiterstunden	"	34 342	35 696
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	768	850
42	Gehälter (brutto)	"	415	463
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	5 557	6 197
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 294	1 386
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	113	125
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	104	113
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	74
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 037	11 023
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	197	224
50	Gehälter (brutto)	"	157	167
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	3 156	3 466
52	darunter Auslandsumsatz	"	236	226
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	92,7	95,9
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	151,2	171,0

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
6 084	.	.	.	6 107	.	.	1
3 168	.	.	.	3 321	.	.	2
951	.	.	.	923	.	.	3
2 218	.	.	.	2 398	.	.	4
1 188	.	.	.	1 309	.	.	5
328	.	.	.	537	.	.	6
860	.	.	.	772	.	.	7
6 512	6 918	6 430r	6 812	6 320	6 932	6 525	8
2 934	3 120	2 785	3 126	2 887	3 226	2 941	9
86	86	84	86	78	84	84	10
137	136	135	130	129	129	129	11
110	109	109	103	103	102	102	12
11 284	13 366	12 215	11 617	9 515	12 939	11 546	13
377	397	362	435	376	404	367	14
172	166	162	269	175	173	172	15
1 905	1 865	1 664	1 790	1 809	1 910	1 705	16
105	117	79	97	100	109	100	17
94	107	103	103	95	111,3	104,1	18
98	104	108	113	99	110	109	19
504	501	501	503	500	499	499	20
329	327	327	327	325	324	324	21
41 241	46 101	44 126r	45 243	39 847	44 770	43 450	22
1 325	1 203	1 152r	1 662	1 312	1 242	1 187	23
1 118	1 003	965r	1 514	1 096	1 298	1 040	24
12 234	14 220	13 200r	14 755	12 310	14 596	13 589	25
4 102	4 662	4 280r	4 338	3 654	4 492	4 103	26
124	141	130	144	133	159,0	146,7	27
136	106	119	138	141	117	127	28
887	906	909	930	926	933	936	29
607	620	623	639	635	640	642	30
77 459	87 625	85 196r	89 880	77 542	88 925	85 806	31
2 084	2 090	1 950	2 790	2 294	2 307	2 162	32
1 552	1 498	1 466r	2 075	1 720	1 611	1 587	33
16 689	14 534	14 254r	17 113	17 361	16 476	15 942	34
6 365	5 028	5 242	5 698	5 901	5 140	5 085	35
105	131	143	141	117	149,6	159,1	36
109	110	117	135	120	120	129	37
337	350	351	359	358	360	362	38
250	259	260	266	265	266	268	39
31 115	36 811	34 793r	37 359	32 307	37 397	36 076	40
790	795	725	1 109	891	863	807	41
447	428	422	634	515	456	452	42
4 960	6 102	5 896r	6 900	5 691	6 867	6 737	43
1 101	1 465	1 421r	1 430	1 148	1 454	1 413	44
124	105	112	149	138	127	125	45
103	108	108	118	117	117	118	46
67	69	68	79	77	77	77	47
9 675	10 555	9 838r	12 145	11 129	11 844	11 219	48
202	198	188r	304	241	231	223	49
164	158	152r	223	179	168	169	50
3 168	3 184	3 091r	3 722	3 371	3 772	3 461	51
218	235	204	249	206	239	210	52
95,6	.	.	.	97,7	.	.	53
179,0	.	.	.	200,2	.	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 242	11 192
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 512	10 512
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 679	1 822
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	231 217	238 692
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 311	26 119
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 190	8 758
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 742	9 954
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 380	7 407
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	603,5	673,4
10	* Gehälter (brutto)	"	165,1	182,0
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 380,5	2 698,1
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 752	2 826
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 515	2 453
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 715	3 081
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	866 832	1 037 127
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	458	529
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	440	444
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 960	3 284
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	526 573	619 485
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	470	521
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 954	6 267
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	113,1	122,5
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	110,0	117,3
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	103,5	113,0
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	131,5	138,8
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	110,3	121,1
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	122,8	133,6
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	116,8	125,8
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	138,5	141,6
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	126,6	144,1
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	106,5	114,2
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	113,2	117,6
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	112,0	109,0
34	Fertigwaren	"	114,3	126,1
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	110,7	117,5
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	132,1	147,0
37	Gaststättengewerbe	"	103,2	107,2
38	Kantinen	"	130,6	145,8
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	190 006	219 879
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	205 882	408 523
Ausfuhr insgesamt				
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	13 512,9	13 202,9
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	392,8	402,1
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	13 120,1	12 800,8
44	* davon Rohstoffe	"	205,4	195,1
45	* Halbwaren	"	1 061,7	901,6
46	* Fertigwaren	"	11 852,9	11 704,2
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 674,6	3 400,5
48	* Enderzeugnisse	"	8 178,3	8 303,7
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 577,1	1 579,1
50	Dänemark	"	239,0	234,7
51	Frankreich	"	1 426,0	1 433,4
52	Griechenland	"	120,6	110,9
53	Großbritannien	"	1 286,2	1 173,7
54	Italien	"	1 102,8	1 067,1
55	Niederlande	"	1 502,5	1 480,1
56	Portugal	"	114,2	125,2
57	Republik Irland	"	67,1	63,4
58	Spanien	"	468,8	483,1

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
11 478	12 507	10 907 ^r	11 504	12 394	13 219	12 576	1
11 845	11 807	10 367	2
1 846	1 949	1 711	1 942	1 778	2 010	...	3
232 603	232 221	231 532	240 273	239 338	237 916	236 220	4
19 871	24 233	21 641	26 233	19 236	23 587	15 463	5
6 194	8 003	6 969	8 640	6 182	7 718	4 507	6
8 001	9 647	8 706	10 062	7 805	9 690	7 135	7
5 676	6 583	5 966	7 531	5 249	6 179	3 821	8
565,2	595,7	520,4	943,7	625,4	635,5	443,7	9
168,9	163,8	159,9	264,0	186,6	173,5	173,2	10
3 238,1	1 887,6	1 924,9	3 058,1	3 669,0	1 981,4	1 791,0	11
4 259	2 407	2 090	2 800	3 265	1 665	2 207	12
3 752	2 150	1 828	2 341	2 770	1 387	1 843	13
4 415	2 501	2 347	3 323	3 985	2 054	2 600	14
1 430 081	795 047	755 409	1 424 282	1 332 777	689 337	872 257	15
753	429	404	589	692	346	447	16
843	377	325	504	610	285	375	17
6 021	3 035	2 077	3 806	5 219	1 951	2 580	18
1 133 092	618 589	364 322	722 236	1 098 497	375 796	478 485	19
930	443	348	599	854	294	431	20
8 522	4 950	4 752	7 205	8 574	4 412	5 603	21
146,0	109,3	102,5	136,1	153,0	123,4	114,0	22
132,5	108,9	104,4	122,9	134,8	109,3	103,0	23
150,6	96,5	79,9	136,7	162,6	110,9	89,3	24
173,2	121,2	125,2	168,5	171,0	129,7	132,9	25
189,6	113,5	97,9	156,7	207,2	129,9	112,6	26
226,0	115,2	111,0	161,7	213,5	141,7	128,1	27
137,8	121,1	110,2	131,6	147,0	134,6	123,6	28
130,7	126,5	123,2	156,1	147,6	141,2	123,5	29
117,5	119,3	119,9	152,9	131,1	158,2	158,5	30
162,6	102,2	92,5	128,9	169,4	119,3	105,5	31
108,6	108,6	103,7	130,9	112,0	125,4	113,7	32
98,4	104,6	97,3	119,3	94,8	114,3	101,2	33
118,8	112,6	110,1	142,4	129,0	136,4	126,0	34
114,3	103,2	108,1	120,8	120,4	106,4	108,1	35
118,8	118,1	129,5	159,3	129,6	125,4	157,9	36
111,5	96,7	100,2	107,8	115,9	98,0	91,7	37
137,4	137,4	133,6	149,2	148,5	151,2	138,1	38
193 109	204 039	163 754	227 301	277 210	188 297	...	39
301 320	192 260	180 892	597 124	642 853	567 049	...	40
12 620,3	14 330,0	12 581,5	13 373,5	11 046,5	14 010,4	...	41
357,6	404,7	358,5	398,2	352,6	447,7	...	42
12 262,8	13 925,3	12 223,0	12 975,3	10 693,9	13 562,7	...	43
202,0	212,0	159,0	213,1	190,7	196,8	...	44
914,3	1 002,0	896,8	918,8	718,4	976,4	...	45
11 146,4	12 711,3	11 167,2	11 843,4	9 784,8	12 389,6	...	46
3 128,2	3 708,9	3 341,5	3 505,6	2 709,5	3 585,9	...	47
8 018,3	9 002,4	7 825,7	8 337,8	7 075,3	8 803,7	...	48
1 448,6	1 670,7	1 498,7	1 678,2	1 365,1	1 738,8	...	49
212,7	233,2	208,1	246,6	200,4	237,9	...	50
1 342,5	1 608,2	1 383,0	1 483,2	1 084,5	1 523,9	...	51
140,9	130,1	116,6	111,6	87,8	102,6	...	52
1 085,0	1 227,0	1 047,3	1 231,7	792,4	1 267,8	...	53
939,0	1 142,4	993,0	1 160,9	832,6	1 113,3	...	54
1 354,2	1 488,3	1 414,6	1 516,1	1 248,5	1 657,9	...	55
108,7	114,6	90,1	157,8	133,3	152,4	...	56
59,7	67,3	63,8	59,3	53,6	74,8	...	57
425,0	474,1	441,5	555,6	401,4	547,6	...	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 904,3	7 750,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 925,1	1 845,5
3	übrige Länder	"	3 683,5	3 607,0
Fremdenverkehr ¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	884	940
5	* darunter von Auslandsgästen	"	172	180
6	* Gästeübernachtungen	"	2 722	2 885
7	* darunter von Auslandsgästen	"	440	457
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 909	10 917
9	* davon Güterempfang	"	6 149	6 019
10	* Güterversand	"	4 760	4 598
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	12 079	11 980
12	davon Bergverkehr	"	7 415	7 723
13	Talverkehr	"	4 397	4 241
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	64 968	70 167
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	59 166	63 363
16	Lastkraftwagen	"	2 841	3 206
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	1 790	2 262
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	46 151	45 290
19	* davon mit Personenschaden	"	7 123	6 945
20	mit nur Sachschaden	"	39 028	38 345
21	* getötete Personen	"	137	127
22	* verletzte Personen	"	9 087	8 901
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 333	2 200
Deutsche Bundesbahn ³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	7 192	6 820
25	Güterversand	"	8 650	8 128
Deutsche Bundespost ⁴⁾				
26	Briefsendungen	Mill.	272	261
27	Paketsendungen	1 000	4 329	4 099
28	abgehende Ferngespräche	Mill.	298	...
29	aufgegebene Telegramme	1 000	114	...
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen ⁵⁾				
30	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	485 694	517 420
31	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	475 270	503 971
32	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	93 908	104 846
33	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	92 601	103 824
34	* an öffentliche Haushalte	"	1 307	1 022
35	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	34 303	39 424
36	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	30 002	33 315
37	* an öffentliche Haushalte	"	4 301	6 109
38	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	349 400	364 777
39	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	288 551	301 999
40	* an öffentliche Haushalte	"	60 849	62 778
41	durchlaufende Kredite	"	8 083	8 373
42	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 476	6 698
43	an öffentliche Haushalte	"	1 607	1 675

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen
Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

			1989	1990
Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	444 433	466 441
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	274 119	298 682
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	228 824	252 691
4	* von öffentlichen Haushalten	"	45 295	45 991
5	* Spareinlagen	"	170 314	167 759
6	* bei Sparkassen	"	100 626	97 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 621	10 690
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	10 198	10 908
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	329	304
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	1 696	1 484
12	* Wechselsumme	Mill. DM	18	16
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	572 589	551 027
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	544 007	524 723
15	von Lastenzuschuß	"	28 581	26 304
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	152	154
17	Mietzuschuß je Fall	"	151	154
18	Lastenzuschuß je Fall	"	158	158
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 146	...
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 857	...
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 049	...
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	9 879,5	...
23	* Steuern vom Einkommen	"	6 212,0	...
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	4 140,2	...
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	988,5	...
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	336,3	...
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	746,9	...
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 667,5	...
29	* Umsatzsteuer	"	1 762,1	...
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 905,4	...
31	* Bundessteuern	"	1 595,5	...
32	* darunter Zölle	"	179,0	...
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 269,5	...
34	darunter Mineralölsteuer	"	879,5	...
35	* Landessteuern	"	536,9	...
36	* darunter Vermögensteuer	"	127,4	...
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	202,7	...
38	* Biersteuer	"	32,8	...
39	* Gemeindesteuern ⁴⁾	"	3 414,5	...
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 756,3	...
41	* Grundsteuer A	"	14,1	...
42	* Grundsteuer B	"	567,1	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	20 290,9	...
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 164,0	...
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	7 151,6	...
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,6	...
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	13 097,4	...
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 164,0	...
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 134,1	...
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	188,6	...
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 345,2	...
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 307,9	...
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	"	2 379,0	...

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Monatsdurchschnitt 1989 bzw. 1990: Vierteljahresdurchschnitt – 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
444 433	438 388	440 797	453 087	466 441	459 266	462 833	1
274 119	270 990	274 044	291 559	298 682	293 858	297 929	2
228 824	227 379	229 001	246 507	252 691	247 811	250 038	3
45 295	43 611	45 043	45 052	45 991	46 047	47 891	4
170 314	167 398	166 753	161 528	167 759	165 408	164 904	5
100 626	98 945	98 560	94 471	97 990	96 512	96 140	6
15 880	14 862	10 167	10 253	16 822	14 778	10 251	7
11 152	17 777	10 813	10 305	10 590	17 130	10 755	8
374	310	298	271	315	291	264	9
1	1	—	1	1	2	—	10
1 649	1 411	1 672	1 338	1 290	1 310	1 218	11
16	15	16	15	13	15	14	12
565 186	550 049	565 669	553 274	549 598	542 497	563 179	13
537 270	523 995	538 708	527 050	523 367	517 285	536 653	14
27 916	26 054	26 961	26 224	26 231	25 212	26 526	15
152	153	153	156	156	157	158	16
151	153	153	156	156	157	158	17
156	156	157	161	161	161	161	18
10 220	10 209	10 228	10 428	10 441	10 417	10 436	19
5 937	5 928	5 928	6 104	6 118	6 084	6 071	20
3 059	3 060	3 064	3 091	3 095	3 095	3 100	21
18 028,7	9 275,0	8 912,9	9 307,3	18 855,6	22
13 510,5	4 691,0	3 508,3	3 707,3	13 278,9	23
7 159,6	4 200,0	2 867,4	3 528,3	7 467,6	24
3 844,6	371,8	15,8	55,6	3 492,7	25
82,5	157,1	413,7	94,6	182,4	26
2 423,8	—38,0	211,4	28,8	2 136,1	27
4 518,2	4 584,0	5 404,6	5 600,0	5 576,7	28
1 996,4	2 285,1	2 592,6	1 828,4	1 778,3 ³⁾	29
2 521,8	2 298,9	2 812,0	3 771,7	3 798,4	30
3 023,4	443,1	2 104,9	2 025,9	3 920,7	31
299,3	206,9	334,6	392,2	459,9	32
2 624,3	116,8	1 260,6	1 512,6	3 375,6	33
1 821,3	27,1	852,6	807,9	1 520,7	34
429,1	511,2	739,7	793,5	357,3	35
42,9	31,1	340,4	384,4	57,1	36
159,4	258,2	139,2	142,7	115,7	37
26,2	40,5	27,4	41,0	11,0	38
3 376,1	.	.	.	3 622,8	.	.	39
2 808,1	.	.	.	3 035,5	.	.	40
11,1	.	.	.	12,4	.	.	41
487,9	.	.	.	504,1	.	.	42
23 647,6	.	.	.	28 287,2	.	.	43
9 256,0	.	.	.	9 140,1	.	.	44
7 846,4	.	.	.	10 711,7 ³⁾	.	.	45
388,6	.	.	.	388,9	.	.	46
14 574,0	.	.	.	15 072,4	.	.	47
9 256,0	.	.	.	9 140,1	.	.	48
3 302,4	.	.	.	3 877,4	.	.	49
388,6	.	.	.	388,9	.	.	50
5 422,8	.	.	.	5 616,8	.	.	51
2 823,9	.	.	.	2 771,7	.	.	52
2 030,8	.	.	.	2 257,7	.	.	53

Ausgaben aus der Zerlegung – 3) USt-Ausgleich (1. Rate) nach Art. 31 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 18. 05. 1990 zugunsten des Beitrittsgebietes gekürzt. – 4) statt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Die mit einem Sternchen (*) versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden mit Zahlenprüfer verbrannt.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990	
			Monatsdurchschnitt		
Preise					
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte					
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	103,5	106,1	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	101,7	104,5	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	99,8	102,8	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	103,9	105,9	
5	Bekleidung, Schuhe	"	106,5	108,2	
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen					
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	103,4	106,0	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	101,6	104,5	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	100,9	104,0	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	103,8	105,7	
10	Bekleidung, Schuhe	"	106,3	108,1	
Preisindex ²⁾ für Wohngebäude					
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	108,0	114,1	
12	davon Rohbauarbeiten	"	106,8	113,4	
13	Ausbauarbeiten	"	110,0	115,1	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	Bauleistungen am Bauwerk	108,1	114,0	
15	für Bürogebäude		"	109,4	114,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	109,0	115,1
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	104,6	110,8	
Löhne und Gehälter					
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾					
Bruttowochenverdienste					
18	* männliche Arbeiter	DM	822	861	
19	* darunter Facharbeiter	"	867	910	
20	* weibliche Arbeiter	"	566	589	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	555	578	
Bruttostundenverdienste					
22	* männliche Arbeiter	DM	20,13	21,24	
23	* darunter Facharbeiter	"	21,22	22,43	
24	* weibliche Arbeiter	"	14,60	15,29	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	14,36	15,05	
bezahlte Wochenarbeitszeit					
26	männliche Arbeiter	h	40,8	40,5	
27	weibliche Arbeiter	"	38,8	38,5	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾ in Industrie und Hoch- und Tiefbau					
kaufmännische Angestellte					
28	* männlich	DM	5 117	5 329	
29	* weiblich	"	3 491	3 652	
technische Angestellte					
30	* männlich	DM	5 310	5 532	
31	* weiblich	"	3 573	3 730	
in Handel, Kredit und Versicherungen					
kaufmännische Angestellte					
32	* männlich	DM	4 226	4 409	
33	* weiblich	"	2 865	3 007	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen					
34	Gesamtdikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,3	+1,2	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1989 bzw. 1990: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
104,5	105,1	105,4	107,2	107,2	107,7	108,0	1
102,7	103,3	104,2	104,6	104,9	105,7	106,0	2
101,7	102,0	101,6	104,6	104,6	105,1	106,1	3
104,7	104,8	105,0	106,8	106,9	107,0	107,3	4
107,2	107,3	107,5	109,2	109,4	109,5	109,8	5
104,3	104,8	105,2	107,0	107,0	107,4	107,8	6
102,8	103,3	104,2	104,6	104,9	105,6	105,9	7
102,7	103,0	102,9	105,5	105,6	106,0	106,9	8
104,5	104,7	104,9	106,4	106,5	106,6	106,9	9
107,1	107,2	107,4	109,3	109,5	109,6	109,9	10
.	.	111,4	116,1	.	.	117,8	11
.	.	110,3	115,7	.	.	116,8	12
.	.	113,0	116,8	.	.	119,2	13
.	.	111,4	116,0	.	.	117,5	14
.	.	112,5	116,9	.	.	118,9	15
.	.	112,2	117,4	.	.	118,7	16
.	.	108,0	112,8	.	.	114,5	17
.	827	.	.	.	869	.	18
.	873	.	.	.	918	.	19
.	570	.	.	.	598	.	20
.	558	.	.	.	587	.	21
.	20,50	.	.	.	21,65	.	22
.	21,61	.	.	.	22,82	.	23
.	14,80	.	.	.	15,57	.	24
.	14,54	.	.	.	15,30	.	25
.	40,3	.	.	.	40,1	.	26
.	38,5	.	.	.	38,4	.	27
.	5 188	.	.	.	5 465	.	28
.	3 544	.	.	.	3 753	.	29
.	5 362	.	.	.	5 634	.	30
.	3 608	.	.	.	3 828	.	31
.	4 352	.	.	.	4 529	.	32
.	2 980	.	.	.	3 118	.	33
+0,7	+0,8	+1,0	+0,6	+0,7	+1,5	+1,5	34

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 7 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Zum

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1989	1990
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	62 679	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,4	...
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	11,0	...
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,2	...
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	27 741p	28 440p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 038	1 883
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	384	419
8	Milcherzeugung	"	2 020	1 972
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	7 213	7 412
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666
11	Umsatz	Mill. DM	141 013	151 958
12	darunter Auslandsumsatz	"	43 684	44 395
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	112,1	118,3
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe, alle Betriebe				
14	Beschäftigte	1 000	999	1 034
15	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112
16	darunter für Wohnungsbau	"	39	42
Handel				
Einzelhandel				
17	Umsatz insgesamt	1986 = 100	113,5	125,8
18	Innerdeutscher Warenverkehr	Mill. DM	600	690
19	Bezüge	"	675	1 777
Lieferungen				
Außenhandel				
20	Einfuhr	Mill. DM	42 205	45 886
21	Ausfuhr	"	53 420	53 565
Verkehr				
Beförderte Güter				
22	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	26 286	...
23	Binnenschifffahrt	"	19 565	...
24	Seeschifffahrt	"	11 746	11 807p
Beförderte Personen				
25	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	93,9p	...
Geld und Kredit				
26	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	146,9	158,6p
27	Spareinlagen ¹⁾	"	705,6	755,6
Kredite an				
28	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 921,6	2 271,0
29	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	547,2	604,1
Steuern				
30	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	38 483	39 540
31	Steuern vom Einkommen	"	22 122	...
32	Lohnsteuer	"	15 153	14 799
33	veranlagte Einkommensteuer	"	3 067	3 043
34	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 054	...
35	Körperschaftsteuer	"	2 848	2 508
36	Bundessteuern	"	5 112	5 490
37	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	5 186	5 561
38	Landessteuern	"	2 017	2 114
Preise				
39	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985 = 100	93,4	93,1
40	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1985 = 100	109,4	116,4
41	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	99,3	101,0
42	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	99,8	94,7
Preisindex für die Lebenshaltung				
43	aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0
44	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	103,9	106,7

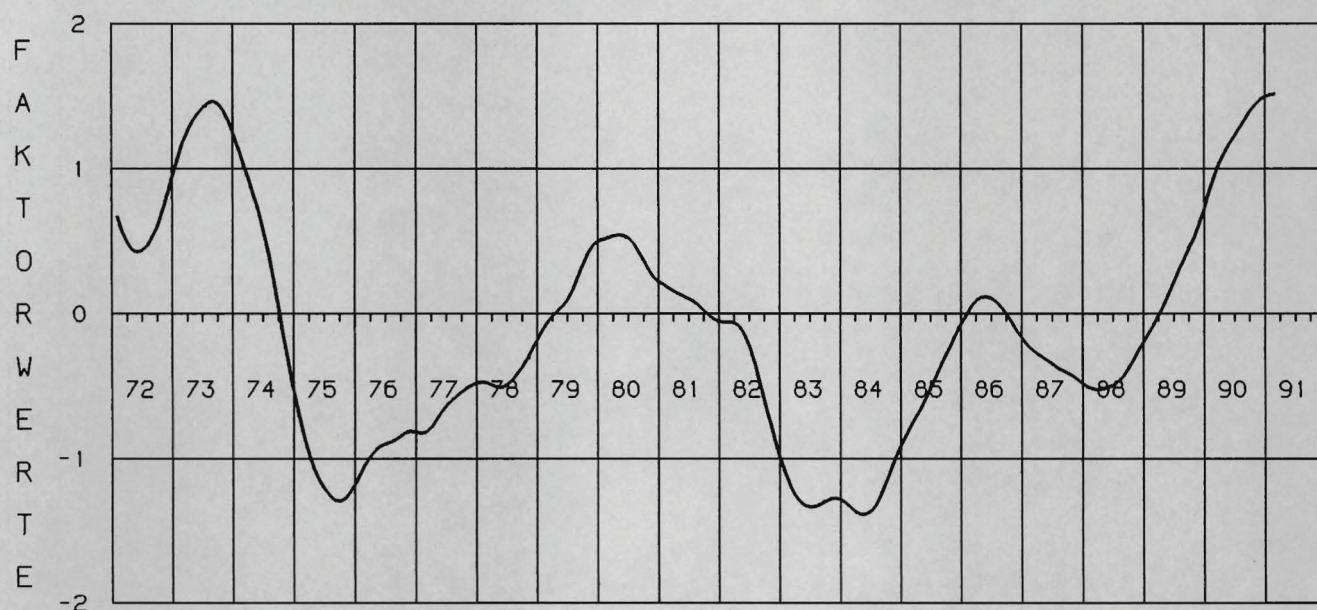
1) Jahres- bzw. Monatsende – 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs – 3) Preisindex ausgewählter Grundstoffe, Basis 1980 = 100 – 4) Basis 1980 = 100 – – Quelle:

1989	1990				1991		Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
...	1
7,1	2,4	3,5	4,9	6,1	2,3	...	2
10,5	11,2	11,6	11,3	10,3	11,5	...	3
12,0	14,0	12,7	11,2	11,3	11,7	...	4
28 016p	27 892p	27 974p	28 825p	28 719p	28 589p	28 625p	5
2 052	2 191	2 153	1 685	1 784	1 874	1 869p	6
366	395	361	473	411	480	408	7
1 897	1 913	1 731	1 809	1 867	8
7 190	7 286	7 318	7 510	7 472	7 482	...	9
595	672	655	700	595	686	...	10
148 484	141 233	139 200	166 976	154 618	157 316	152 007	11
45 601	43 216	43 174r	45 520	42 967	41 980	41 647	12
112,7	108,9	110,8	127,8	119,2	117,1	117,3	13
1 007	974	971	1 056	1 045	1 014	...	14
83	88	88	119	79	90	...	15
30	33	33	44	29	34	...	16
145,5	107,5	104,6r	142,0	157,1	124,1	177,7p	17
591	628	549	807	802	769	...	18
1 009	613	589	2 608	2 402	2 559	...	19
42 845	43 079	41 390	54 075	47 600	54 302	...	20
52 874	55 910	52 019	54 834	48 621	54 567	...	21
24 534	26 167	24 428	22
16 045	17 620	17 474	23
11 489p	11 730p	9 990p	12 460p	12 844p	24
107,7	89,5	87,9	25
146,9	141,7	141,6	158,1	158,6	157,6	158,1	26
705,6	694,3	690,0	761,0	755,6	746,9	744,1p	27
1 921,7	1 928,4	1 940,6	2 230,9	2 271,0	2 270,5	2 275,1p	28
547,2	547,5	547,5	599,5	604,1	603,9	603,0p	29
67 093	29 936	33 873	35 761	69 265	30
46 856	17 541	12 781	13 937	31
25 039	15 881	12 081	13 775	26 672	32
11 978	447	-195	-118	11 117	33
393	725	894	504	34
9 446	489	1	-224	7 376	35
10 162	800	5 614	5 648	11 164	36
10 454	857	4 691	5 871	11 582	37
1 599	1 845	2 811	2 946	1 434	38
106,7 ³⁾	105,9 ³⁾	105,2 ³⁾	95,4	94,1	95,6	94,5	39
...	129,7	40
100,0	100,1	100,1	101,8	101,5	102,4	102,3	41
100,7 ⁴⁾	96,6	96,9	91,2	91,9	91,8p	94,3p	42
105,2	105,8	106,2	108,0	108,1	108,8	109,1	43
104,9	105,4	105,8	107,8	107,8	108,5	108,7	44

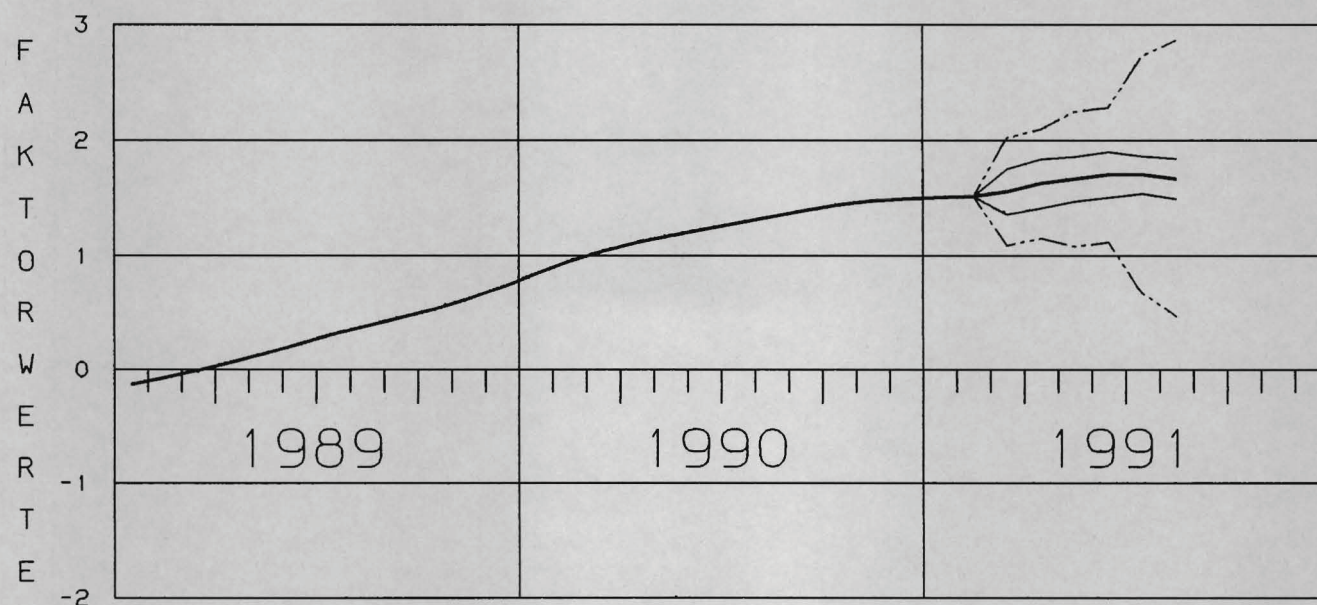
Statistisches Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS FEBRUAR 1991 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB MÄRZ 1991 BIS AUGUST 1991 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

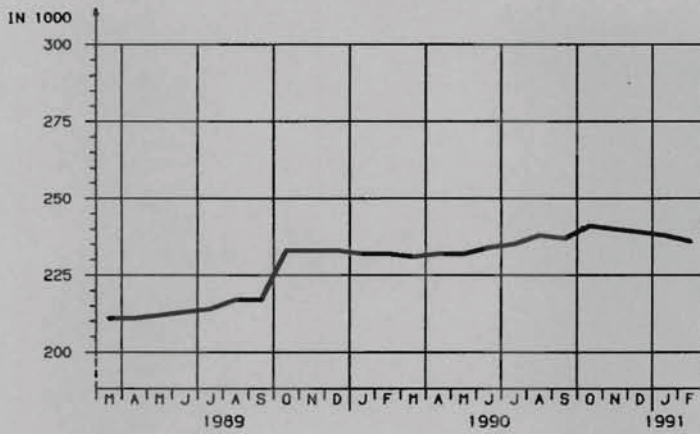
1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

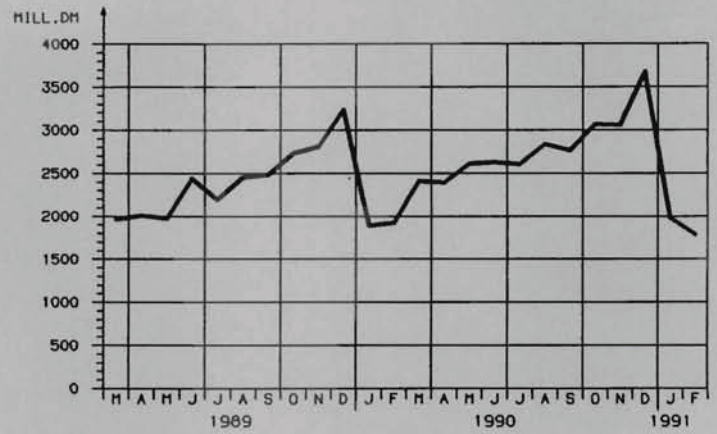
BAUHAUPTGEWERBE MÄRZ 1989 BIS FEBRUAR 1991

(NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

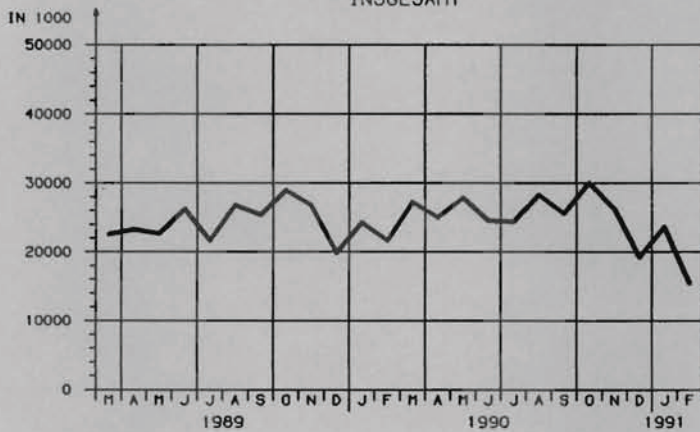
BESCHÄFTIGTE



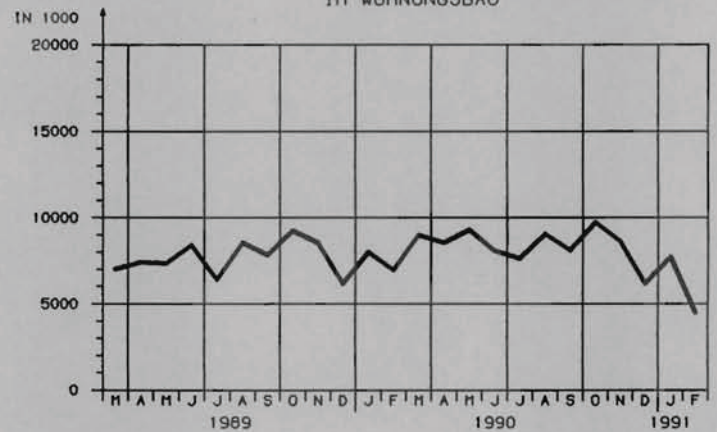
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



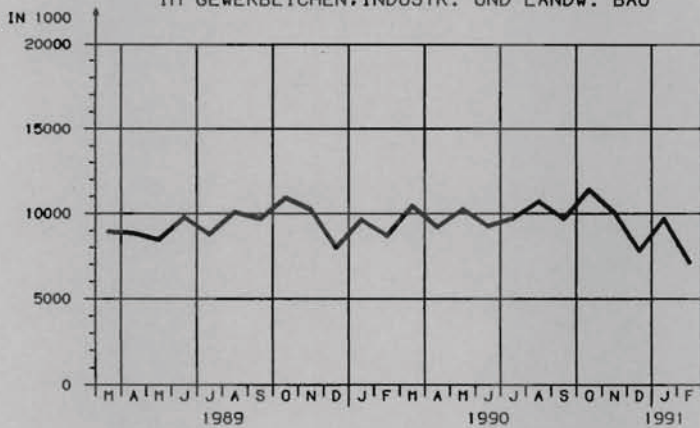
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
INSGESAMT



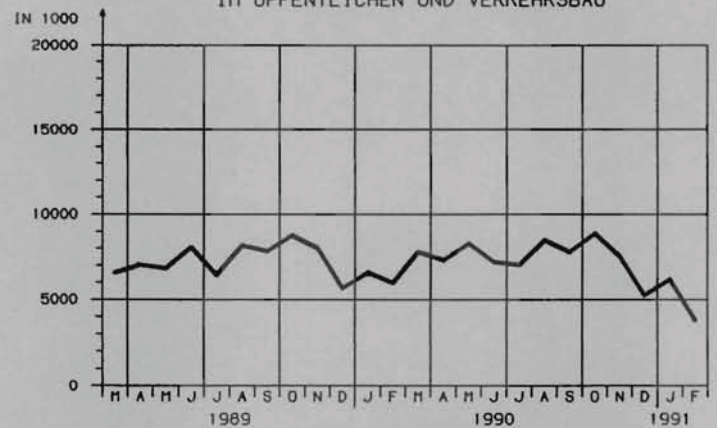
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM WOHNUNGSBAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM GEWERBLICHEN, INDUSTRI. UND LANDW. BAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN
IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU



QUELLE: LANDESDATENBANK NW

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

